Arbeitshilfen
für die
politische Bildung

Ein Schulkonflikt in der DDR

Leitfaden zum Dokumentenband

Bundeszentrale für politische Bildung

Arbeitshilfen
für die
politische Bildung

Tilman Grammes
Ari Zühlke

Ein Schulkonflikt in der DDR

Leitfaden zum Dokumentenband

Bundeszentrale für politische Bildung

Arbeitshilfen für die politische Bildung
Hrsg.: Bundeszentrale für politische Bildung
Berliner Freiheit 7
5300 Bonn 1

Ein Schulkonflikt in der DDR
Autoren: Prof. Dr. Tilman Grammes, Passau • Ari Zühlke, Berlin
Redaktion: Ulrike Puvogel, Jutta Klaeren
Satzherstellung: Froitzheim, Bonn
Druck: Chemnitzer Verlag und Druck, Zwickau
ISBN: 3-89331-164-5
Auflage: 10.000

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

Einleitung 7

Der Fall 7
Für wen ist diese Fallstudie gemacht? 9
Für welche Bildungsveranstaltungen ist der Fall besonders geeignet? 10
Wie läßt sich mit dieser Fallstudie arbeiten? 11

Kapitel I 15

„… zum Lügen gezwungen"
Die Institution erzieht

Titelbild: Die Institution Schule 17
Die Institution Schule erzieht künftige Staatsbürger 17
Zu den Dokumenten 1 bis 5 18

Kapitel II 33

„Dort kam keine Ruhe mehr an diese Schule"
Eine gezielte Provokation als Konfliktanlaß

Zu den Dokumenten 6 bis 19 35

Zwischenbilanz und Hilfe für die Bearbeitung 55

Kapitel III 57

„Da waren so viele Verstrickungen und Verzwickungen"
Die Basis muß sich positionieren und den Fall werten

Zu den Dokumenten 20 bis 48 59

Kapitel IV 97

„Schnellverfahren"
Eingaben und Proteste

Zu den Dokumenten 49 bis 52 99

Kapitel V 103

„Ich wollte den Mittelweg gehen"
Ein Forum/Tribunal als Mittel der Aufarbeitung?

Zu den Dokumenten 53 bis 60 105

Abkürzungsverzeichnis 119

Literaturverzeichnis 120

Dokumentenband

Vorwort

Im Herbst 1988 wurden in der damaligen-„Hauptstadt der DDR" drei Schüler und eine Schülerin der Erweiterten Oberschule (EOS) im Stadtteil Pankow, die den Namen des Pazifisten und Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky trägt, auf Anweisung des Ministeriums für Volksbildung von der Schule verwiesen, „relegiert" - was bedeutete: kein Abitur, kein Studium. Die Relegationsverfahren waren gekoppelt mit dem Ausschluß aus der Jugendorganisation FDJ, um dem Schulausschluß Vorschub zu leisten. Vier weitere Schüler wurden an andere Schulen versetzt oder erhielten einen Verweis. Die Vorwürfe der vom Direktor der Schule in einem „Appell" vor allen Schülerinnen und Schülern der EOS verlesenen Anklageschrift lauteten „verräterische Gruppenbildung", „antisozialistisches Verhalten", „Angriffe gegen die sozialistische Gesetzlichkeit", „staatsfeindliche Aktivitäten, von langer Hand vorbereitet..."

Bestraft wurde die Verteidigung einer eigenen - unbequemen - Meinung der Schülerinnen und Schüler zu damals sensiblen politischen Themen: In selbstverfaßten Artikeln, die sie in der mit Billigung der Schulleitung eingerichteten „Wandzeitung" aushängten, hatten sie ihre Meinung zur damaligen Streiksituation in der Volksrepublik Polen geäußert sowie Sinn und Notwendigkeit der Militärparade am bevorstehenden 39. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1988 in Zweifel gezogen und diesen Diskussionsbeitrag durch eine Unterschriftensammlung ergänzt. Von den 38 der etwa 160 Schülerinnen und Schüler, die unterschrieben, nahmen auf Druck von Schulleitung und Eltern 30 ihre Unterschrift zurück, gegen die übrigen acht wurden die Schulstrafen eingeleitet.

Die Vorgänge an der Ossietzky-Schule lösten viele betroffene Reaktionen in der Öffentlichkeit aus. Durch verschiedene intensive Bemühungen, so seitens der Evangelischen Kirche und einiger namhafter Schriftsteller, wurde versucht, die Rücknahme der Disziplinarmaßnahmen zu erreichen. Gut ein Jahr nach den Ereignissen, Anfang November 1989, wurden die Schulstrafen von der Relegationskommission des Volksbildungsministeriums annulliert. Mitte November 1989 - inzwischen war die Mauer gefallen und das politische System der DDR eingestürzt - beschloß die Pankower Stadtbezirksversammlung die Einsetzung einer Untersuchungskommission; die Eltern betroffener Schülerinnen und Schüler stellten im Januar 1990 Strafantrag gegen die Verantwortlichen.

Ein „Schulkonflikt" als Ausgangsthema für Arbeitshilfen, die für die außerschulische politische Bildung konzipiert sind? Nur auf den ersten Blick erscheint dies widersprüchlich. Am „Fall Ossietzky-Schule" lassen sich exemplarische Einblicke gewinnen in das gesellschaftlich-politische System der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in Apparate und Hierarchien des SED-Staates vor dem Umbruch, in politische Entscheidungsverläufe und in Verantwortlichkeiten, hier im Bereich des ideologisch geprägten, autoritären Bildungssystems der DDR. Im Unterschied zu spektakulären Fällen repressiver Maßnahmen gegen oppositionelle Bürger durch Erpressung, Haft oder Ausweisung werden im vorliegenden Fall Unterdrückungsmechanismen im Alltag des SED-Staates aufgezeigt. Die Fallstudie regt an zur Reflexion der Frage nach Handlungsmöglichkeiten einzelner oder von Gruppen, die für Veränderungen und gegen Ungerechtigkeiten in einem totalitären Staat durch Machtmißbrauch der Administration eintreten wollen, sowie der Frage nach den Bedingungen für die Entwicklung von Zivilcourage im Alltag. Herausgefordert wird damit auch die Fragestellung nach dem möglichen eigenen Beurteilen, Verhalten und Handeln in einer entsprechenden Situation. Die Fallstudie ermöglicht ein vertieftes Verständnis, weil die Vorgänge von den Beteiligten selbst aufgearbeitet werden. Eine zentrale Bedeutung nehmen hier die sich durch den „Leitfaden" (Kommentar zum Dokumententeil) ziehenden Interviews ein, in denen die Beteiligten selbst zu Wort kommen.

Auf die nach ihrer Rehabilitierung an die betroffenen Schülerinnen und Schüler gestellte Frage, was für sie „Wiedergutmachung" bedeuten könnte, lautete eine der Antworten: „Ich weiß nicht, ob man so was aus dem Gedächtnis streichen kann. Sicherlich nicht. Man sollte bloß diese Sache, … diese weißen Flecken, die wir in unserer Geschichte haben, unbedingt aufarbeiten."

Die Fallstudie ist ein Teilergebnis eines Projekts der Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Politische Wissenschaft und Erziehungswissenschaften der Freien Universität Berlin zum Thema „Politisches Handeln in Institutionen". Mit der Veröffentlichung in der Reihe „Arbeitshilfen für die politische Bildung" und damit der Bereitstellung für einen breiten Nutzerkreis in der Erwachsenenbildung will die Bundeszentrale einen Beitrag zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte leisten. Hierfür ist die Kenntnis lebensgeschichtlicher Hintergründe in Ost und West nicht nur eine Hilfe, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung.

Bundeszentrale für politische Bildung

Einleitung

Der Fall

„Lebenslänglich kein Abitur", bedeutete ejn Ausschluß aus der Schule für Jugendliche in der DDR. Im Herbst 1988 werden Schülerinnen und Schüler der Erweiterten Oberschule (EOS) „Carl von Ossietzky" in Ost-Berlin aus der Schule ausgeschlossen (relegiert). Der Anlaß: Sie haben kritische Artikel verfaßt und sie an einer von der Schulleitung genehmigten Wandzeitung veröffentlicht. Hinzu kommt eine spontan durchgeführte Unterschriftensammlung. Zwei Wochen später werden sie relegiert, weil, wie man im Ministerium für Volksbildung meint, ihr Ziel darin bestanden habe, „durch Verbreiten gegnerischer Auffassungen eine Opposition zum Staat und zu seinen Beschlüssen innerhalb der Schülerschaft der EOS zu formieren".

Der „Fall Ossietzky-Schule" löste in der DDR landesweite Solidaritätsbekundungen aus. Rund 30 formelle und informelle Gruppen, zum größten Teil unter dem Dach der Evangelischen Kirche organisiert, unterstützten einen DDR-weiten Aufruf zur Reform des Bildungswesens. Bekannte Schriftsteller und Autoritäten der Kirche setzten sich für die bestraften Schülerinnen und Schüler ein. Auch die westdeutschen Tageszeitungen berichteten ausführlich über den Vorfall.

Was genau ist im Herbst 1988 an der Oberschule in Berlin-Pankow passiert?

Die Institutionalisierung eines öffentlichen Meinungsforums in der EOS „Carl von Ossietzky" ging auf einen Vorschlag der FDJ an der Schule zurück. Der Direktor und die Parteileitung stimmten zu. Insgesamt herrschte im Vergleich zu anderen Erweiterten Oberschulen ein eher „liberales" Klima. Von den übergeordneten Partei- und Verwaltungsstellen wurde die „Speaker's Corner" allerdings nicht kritiklos hingenommen. Die Parteisekretärin der Schule hatte sich mit ihrer Kreisleitung, der Direktor mit der Schulbehörde auseinanderzusetzen. Eine Entscheidung fiel nicht, die „Speaker's Corner" wurde geduldet. Zwei Jahre später gab es auch an anderen Schulen Bestrebungen, das Modell der Carl-von-Ossietzky-Schule zu übernehmen. SED-Bezirkssekretär Schabowski empfahl bei Schulungsveranstaltungen der FDJ das Beispiel zur Nachahmung.

Im September 1988 stellt einer der ausgehängten Diskussionsbeiträge den Sinn von Militärparaden in Frage. Der Autor, ein Schüler der 11. Klasse, reicht seinen Artikel nach positiven Reaktionen, die sowohl aus Teilen der Schüler- wie auch der Lehrerschaft kommen, als Unterschriftenliste in der Schule herum. Eine Genehmigung des Schulleiters hat er nicht eingeholt. Der Text wird von 38 der insgesamt etwa 160 Schülerinnen und Schüler spontan unterschrieben. Auf Druck der Schulleitung ziehen 30 ihre Unterschrift wenige Tage später wieder zurück. Von den übrigen acht werden auf Anweisung des Ministeriums für Volksbildung unter Mitwirkung von Partei, Lehrern, Eltern und FDJ vier relegiert, zwei werden umgeschult und zwei erhalten Verweise.

Am 15. November 1989, wenige Tage nach dem Fall der Mauer, berichtete das Fernsehen der DDR in der neuen Sendereihe „Klartext" über den Fall[1]. Redakteur Klaus Flemming hatte bereits Ende Oktober die Dreherlaubnis erhalten. Zuschauerreaktionen führten zu einer weiteren „Klartext"-Reportage, die am 1. Dezember 1989 im Fernsehen der DDR gesendet wurde.

Im Zeitraum November 1989 bis Mai 1990 untersuchte eine von der Stadtbezirksversammlung Berlin-Pankow eingesetzte öffentliche Untersuchungskommission die Vorgänge an der Ossietzky-Schule. Sie

1 Diesen Dokumentarfilm mit dem Titel „Ein Rausschmiß - und nun?" (Dauer: 38 Minuten) hat die Bundeszentrale für politische Bildung über ihr Angebot audiovisueller Medien verfügbar gemacht. Der Verleih erfolgt über die Landesbildstellen und Landesfilmdienste. Zum sinnvollen Einsatz dieses Films vgl. Arbeitsanregung zu Dokument 41 (Seite 88). - „Der Film lebt von Interviews mit betroffenen Schülern und den Verantwortlichen, die damals gegen die Schüler Repressalien eingesetzt hatten. Während der Wende gedreht, spiegelt der Film den Beginn gesellschaftlicher Umwälzungen wider. Dies zeigt sich darin, daß bestimmte Situationen ohne parteiliche Vorgaben geschildert werden können. Es wird jedoch auch die unterschiedliche Haltung der Beteiligten zu dem speziellen Vorfall und den allgemeinen politischen Prozessen deutlich. Die gemachten Aussagen zeugen von unterschiedlicher Einsicht und unterschiedlicher Bereitschaft zur Verhaltensänderung. Obwohl Vorwissen zum Verständnis des Films nicht nötig ist, wären Kenntnisse über die Situation an den Schulen der DDR von Vorteil." (aus: AV-Medienkatalog 1992, Bundeszentrale für politische Bildung)

lud die Verantwortlichen vor und zog Akten des Bildungsministeriums und der anderen beteiligten Stellen ein. Vor der Kommission fanden zahlreiche Anhörungen statt, die in der Form Gerichtsverfahren ähnelten. Die Verhandlungen wurden aufgezeichnet.

Ob dieser überregional bekannt gewordene Fall repräsentativ für die Situation an den Schulen der DDR war, mag offenbleiben. Relegationen aus politischen Gründen hat es in der Geschichte der DDR immer wieder gegeben. In den 80er Jahren dürfte der Regelfall jedoch das „Kleinkochen" solcher Konflikte gewesen sein - zumindest nach außen hin. Eine Chance zur Veröffentlichung bestand für die Betroffenen in aller Regel nicht. Dies ist im Herbst 1988 anders: Die öffentliche Diskussion des Falles Ossietzky-Schule können die Mächtigen in der DDR schon nicht mehr verhindern. Die „von oben" betriebene Zuspitzung der Auseinandersetzung trifft auf unerwarteten Gegendruck „von unten". Deshalb lassen sich an diesem Fall exemplarisch Einblicke in das Innenleben des SED-Staates gewinnen. Warum?

Die Relegation kritischer Schülerinnen und Schüler verweist - im Gegensatz etwa zur Verhaftung oder Ausweisung oppositionell eingestellter Bürger - auf den Alltag in der DDR. Zwar gehörten Relegationen nicht zur alltäglichen Erfahrung in der Schule, waren bei unbotmäßigem Verhalten aber jederzeit möglich. Durch die Zuspitzung eines am Anfang „harmlosen" Konflikts wird die alltägliche Verknüpfung politischer mit persönlichen Konfliktsituationen deutlich und nacherlebbar. Unsere Fallstudie hat daher auch eine sozialpsychologische Funktion. Die Schule ist eine Institution, die jede Leserin und jeder Leser durchlaufen hat. Indem die Institution Schule im Mittelpunkt einer Fallstudie zur DDR steht, wird es jedem möglich, sich in die Konfliktsituationen des Falles zurückzuversetzen. Ist Schule nicht zunächst einmal immer Schule, Unterricht immer Unterricht, egal in welchem Gesellschaftssystem?

Unsere Schule liegt im Ostberliner Stadtteil Pankow. In dem imposanten Gebäude wurden seit 1909/1914 Jugendliche auf das Leben in ganz unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vorbereitet: Monarchie, Weimarer Republik, nationalsozialistische Diktatur, Deutsche Demokratische Republik und seit 1990 für das Leben in einer parlamentarischen Demokratie, der Bundesrepublik Deutschland (Dokument 3).

Wir möchten die Leserinnen und Leser einladen, die Geschichte dieser Institution und ihrer Mitglieder durch eine bewegte Zeit hinweg gedanklich nachzuvollziehen und, soweit möglich, auch emotional mitzuerleben: vom sozialistischen Bildungssystem der DDR über die „Wendezeit" des Jahres 1989/90 in das vereinigte Deutschland der Gegenwart hinein. Aber die Vergangenheit wirkt in der Gegenwart fort. Der Konflikt im Herbst 1988 dreht sich um die Frage, ob bestimmte Schülerinnen und Schüler weiterhin Mitglied dieser Institution Schule sein sollen und können. An diesem Konflikt und seinen Lösungsmechanismen läßt sich das Funktionieren des vormundschaftlichen Staates aus einer Innenperspektive heraus verstehen, da der zunächst lokale Konflikt immer weitere Kreise in den Apparaten und in den Hierarchien des Systems zieht. Im Besonderen wird daher etwas Allgemeines exemplarisch sichtbar.

Die Fallstudie möchte die außenstehenden Leserinnen und Leser in ein Gespräch verwickeln: Mit den am Konflikt beteiligten Jugendlichen, ihren Lehrern und Eltern, Funktionären sowie Fachleuten in der Verwaltung. Die Auseinandersetzung mit den Gedanken und Handlungen der Beteiligten soll Ihnen helfen, vorläufige Antworten zu entwickeln auf bohrende Fragen, was wirklich war, wie es dazu kommen konnte und wie sich ähnliche Entwicklungen künftig verhindern lassen. Aus der Binnenperspektive wird sich vieles erheblich komplizierter darstellen, als Sie es bisher möglicherweise zu sehen gewohnt waren.

Ohne die Hilfe von Konfliktbeteiligten wäre dieses Heft nicht möglich gewesen. Wir danken deshalb allen, die unsere Arbeit durch Interviews und den Einblick in Originaldokumente tatkräftig unterstützt haben. Wichtige Anregungen und Unterstützung bei der Recherche erhielten wir von Wilhelm Lindner (Vater eines relegierten Schülers), Dr. Hans-Joachim Franzen (Studienrat Gymnasium Steglitz) und Rechtsanwalt Eckart Wähner. Ihnen sowie den beteiligten Lehrerinnen und Lehrern der Ossietzky-Schule sei an dieser Stelle für ihre Kooperation gedankt. Eine Hilfe war auch das Buch von Jörn Kalkbrenner mit dem Titel „Urteil ohne Prozeß: Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler", erschienen im Dietz-Verlag Berlin 1990. Kalkbrenner war bei den Sitzungen der Pankower Untersuchungskommission zugegen und hat seine Aufzeichnungen sowie die „Klartext"-Sendungen zu einer kleinen Reportage verarbeitet. Für die kritische Lektüre einer Vorfassung dieser Fallstudie danken wir Professor Dr. Gerhard Göhler vom Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin und Professor Dr. Joachim Dikau vom Fachbereich Erziehungswissenschaften der FU Berlin.

Zu den Schülerinnen und Schülern, die den staatlichen Repressalien ausgesetzt waren, hatten wir keinen direkten Kontakt. Sie - die letzten von ihnen haben im Sommer 1991 Abitur gemacht - wollten nach Auskunft ihrer Eltern nicht immer wieder „mit dieser Geschichte" konfrontiert werden. Dies haben wir respektiert und ihre Stellungnahmen aus der erwähnten „Klartext"-Reportage verwendet.

Die Nachnamen der Beteiligten sind im Leitfaden und im Dokumentenband, mit Ausnahme der Namen einiger oberster Funktionsträger in Partei und Staat und Personen des öffentlichen Lebens, aus Gründen des Personenschutzes abgekürzt.

Für wen ist diese Fallstudie gemacht?

Diese Fallstudie richtet sich sowohl an Dozentinnen und Dozenten wie auch an ein breites Spektrum von Lernenden und Interessenten in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. Sie ist sowohl zum Selbststudium als auch zur Bearbeitung in einer Gruppe geeignet.

Besonders kann die Fallstudie helfen, Antworten auf folgende Fragen zu diskutieren - im Dreischritt von Sehen (1) - Beurteilen (2) und Handeln (3):

1. Wie funktioniert das komplizierte Gefüge des gesellschaftlich-politischen Systems der Deutschen Demokratischen Republik vor der Wende? Wie kommen politische Entscheidungen im SED-Staat zustande? Welche Rolle spielen die Funktionäre, welche Rolle die „kleinen Leute"? Was muß ich wissen, um das Arbeiten dieses Gesellschaftssystems von innen heraus zu verstehen?

2. Wer trägt Verantwortung für Mißstände im Bildungssystem der DDR? Sind „alle ein bißchen mit Schuld", oder liegt die Verantwortung bei genau bestimmbaren Einzelnen oder Gruppen, z.B. beim Volksbildungsministerium, bei der Schulverwaltung, bei der Schulleitung? Woran liegt es, daß Entscheidungen autoritär durchgesetzt werden, der „Demokratische Zentralismus" zum „vormundschaftlichen Staat" entartet?

3. Über welche Handlungsmöglichkeiten verfügen in einem autoritären Staat, der den Entscheidungsverläufen des „demokratischen Zentralismus" folgt, Einzelne und Gruppen, die etwas verändern möchten oder einfach nur das Wohl ihrer Kinder sichern wollen? Was können Schüler, Lehrer, Eitern, Jugendorganisationen, Betriebskollektive, Verwaltungsangehörige, Parteimitglieder konkret unternehmen, wenn sie die Balance halten müssen zwischen alltäglichem Überleben im System und dem Widerspruch gegen Ungerechtigkeiten, zwischen kurzfristigen und langfristigen Perspektiven?

„Interessiert Sie das wirklich?" wurde ein Interviewer, der nach der Wende das Innenleben eines Volkseigenen Betriebes (VEB) erkunden wollte, von erstaunten Betriebsangehörigen gefragt. Sie meinten damit die Details des Alltags von 40 Jahren DDR. Die Neugier für die alten, gerade über Bord geworfenen Verhältnisse mag manchem skurril erscheinen; für politische Bildung ist sie unverzichtbar. Fallstudien zu den informellen Entscheidungsmechanismen im sozialistischen Staat lassen die strukturelle Differenz zum demokratischen Rechtsstaat deutlich werden. Sie sind für die politische Bildung auf allen Ebenen nötig, soll diese zur Verständigung zwischen den Bürgern in West und Ost beitragen. Denn: Sie provozieren die Frage, wie man selbst in entsprechenden Situationen gehandelt hätte. Ein Lehrer der Carl-von-Ossietzky-Schule vermutet:

> „Die Verantwortung des einzelnen darf man natürlich nicht beiseite wischen. Dennoch: Ich ärgere mich immer über Leute, die jetzt von drüben kommen und so tun, als wenn sie, wenn sie hier gewesen wären, natürlich ganz anders gehandelt hätten. Mit ihnen hätte man das natürlich nicht machen können. - Gewiß: In einzelnen Fällen vielleicht. Aber ich glaube, auch 95 % der Lehrer in Westdeutschland hätten sich ähnlich verhalten, wenn sie unter ähnlichen oder denselben Umständen hätten handeln müssen." (Interview A. Zühlke, Mai 1991)

Im Zusammenspiel von Dokumenten und Materialien entwickelt sich ein produktiver Pulsschlag von Verallgemeinerung und Konkretisierung, der Einsichten übertragbar werden läßt (Transfer). Welche strukturellen Unterschiede für das Handeln von Einzelnen oder Gruppen bestehen zwischen einer „sozialistischen Demokratie" und einem „demokratischen Rechtsstaat"? Ein Gedankenexperiment wird möglich: „Wie hätte ich, wenn ich in der DDR gelebt hätte, die entsprechenden Situationen beurteilt und gehandelt?" Unter welchen Bedingungen wäre es möglich gewesen, im Alltag Zivilcourage zu entwickeln?

Für welche Bildungsveranstaltungen ist der Fall besonders geeignet?

Elemente des vorliegenden Materials wurden zunächst im Frühjahr 1990 bei einer Lehrerweiterbildung in Halle erprobt sowie im Sommersemester 1992 in einem Seminar mit Lehrerstudenten an der Universität Passau.

1. Lehrerweiterbildungskurse, nicht nur für die Fächer Geschichte und Politik/Sozialkunde, in den neuen und in den alten Bundesländern. Die Fallstudie kann helfen, die eigene Vergangenheit im Schulsystem der DDR aufzuarbeiten, die eigene Lehrerrolle kritisch zu reflektieren. Elemente der Fallstudie können auch im Unterricht zum Thema DDR in Mittel- und Oberstufenklassen eingesetzt werden. Im Deutschunterricht kann an ausgewählten Dokumenten der Sprachduktus des autoritären Staates nachvollzogen werden. Auch die Bedeutung der Öffentlichkeit und der Medien in der Informationsgesellschaft kann thematisiert werden.

Ein exemplarischer Ankündigungstext für die Arbeit mit der Fallstudie:

Zivilcourage im SED-Staat - ein Schulkonflikt als Lehrstück

Der Umbruch der sozialistischen Systeme sollte ein Standardthema politischer Bildungsarbeit der 90er Jahre sein. Doch wie funktionierte der SED-Staat wirklich an der Schnittstelle von Alltag, Arbeitswelt und politischem System? Wer war wann Opfer, wann Täter? Welche Handlungsspielräume bestanden im Alltag?

Am anschaulichen Beispiel eines Schulkonflikts wollen wir diese Fragen selbstreflektiv nacherleben und gleichzeitig für Schüler der nachwachsenden Generation lebendiges Unterrichtsmaterial entwickeln und erproben (Sekundarstufe I und II). Methoden wie Rollenspiel, Planspiel, meditative Selbstreflexion, Tribunal werden wichtig für strukturelle Erkenntnis: Wie habe/hätte ich selbst in alltäglichen Konfliktsituationen gehandelt? Wie kann ich Zivilcourage entwickeln? Wie unterscheiden sich Schuldemokratie 1988 und 1992? Oder ist Schule Ost wie West gar immer Schule - eine mehr oder weniger sanft anpassungsfördernde Institution?

Zielgruppe: Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe I und II

2. Begegnungsseminare zwischen Alt- und Neubundesbürgerinnen und -bürgern aller in den Konflikt einbezogenen Gruppierungen (Schüler, Jugendorganisationen, Parteimitglieder usw.). Die Fallstudie ermöglicht eine zeitgeschichtliche Gedankenreise in die jüngste Vergangenheit, die den Faden der Verständigung von Menschen und Generationen mit unterschiedlichen Erfahrungen über das, was wirklich gewesen ist, nicht abreißen läßt. Vergessen und Verdrängen wäre die schlechteste Form des Umgangs mit Geschichte.

3. Seminargruppen von Schülern, Lehrern, Eltern und Schulverwaltungsbeamten, die sich auf eine Tätigkeit in schulischen Gremien vorbereiten oder eine solche Tätigkeit reflektieren möchten. Die Extremsituation an der Pankower Schule kann als Spiegel für den Normalfall dienen, um eigene Handlungsmöglichkeiten und -grenzen innerhalb einer demokratischen Schule und eines rechtsstaatlichen Bildungssystems auszuloten.

4. Zeitgeschichtliche Seminare zur Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Von dem Schulkonflikt aus läßt sich ein anschauliches Panorama des „real existierenden Sozialismus" erarbeiten. Das komplexe Staatsgefüge, jenes störanfällige Räderwerk des vormundschaftlichen Staates, wird transparent, so daß die Lektüre und das Verständnis theoretisch weiterführender Literatur zur DDR erheblich erleichtert wird.

Wie läßt sich mit dieser Fallstudie arbeiten?

Was ist ein Fall?

Ein „case" ist nach allgemeinem Verständnis die möglichst wirklichkeitsgetreue Beschreibung einer tatsächlichen historischen Begebenheit, sei es im juristischen Bereich ein Prozeß vor Gericht, im Management-Bereich eine oder mehrere geschäftliche Entscheidungen oder im Public-Policy-Bereich ein politisches (oder zumindest „public") Problem und seine Bearbeitung. Die Fälle werden in der Regel chronologisch dargestellt, wobei versucht wird, möglichst alle relevanten Faktoren in die Darstellung einzubeziehen, „to tell it like it was". (…)

Von verschiedenen möglichen Typen von Fallstudien werden in den Public-Policy-Programmen in der Regel „decision-forcing cases" verwendet. Bei dieser Form eines Falles wird das jeweilige Problem, eine bestimmte historische Ausgangssituation, oder ein Ereignis geschildert, und die Teilnehmer werden dann mit der Frage konfrontiert, was sie in diesem Fall unternehmen würden. Die Fälle sind oft aus der Sicht einer bestimmten Person geschrieben (zum Beispiel Abteilungsleiter bei einer Behörde, Stabsstelle in einem Ministerium usw.), und die Frage lautet dann „What should X do?"

Ein typischer Public-Policy-Fall umfaßt zwischen zehn und 50 Seiten. Er enthält oft eine große Anzahl von Daten, aber diese sind wie in der Wirklichkeit auch, ungeordnet, und ihre Relevanz für das zu bearbeitende Problem ist durchaus nicht immer gegeben. Die Darstellung versucht nicht, die Problemstellung oder die relevanten Faktoren zu ordnen. Eher wird im Gegenteil versucht, ein möglichst wirklichkeitsgetreues Bild von der Komplexität, Interdependenz und Unsicherheit der Entscheidungssituation zu vermitteln.

aus: W. Jann, Policy-orientierte Aus- und Fortbildung für den öffentlichen Dienst: Erfahrungen in den USA und Lehren für die Bundesrepublik Deutschland, Basel/ Boston/ Stuttgart 1987, S. 110f.

Die Fallstudie[2] untergliedert sich in zwei Teile: die Dokumente sowie einen ausführlichen Leitfaden (Kommentar).

Das „Herz" der Fallstudie bilden die **60 Dokumente.** Sie erzählen den Fall entlang der Spuren, die er schriftlich und mündlich hinterlassen hat. Sie bleiben unkommentiert und, wenn es die Vorlage zuließ, im originalen Layout. Sie sind im Dokumententeil zusammengefaßt und können beliebig vervielfältigt werden. Dadurch ist eine flexible Gestaltung der Fallstudie möglich. Der Einsatz der Materialien und Akzentsetzungen können mit der Zielgruppe abgestimmt und die Fallstudie in kurz- oder auch in langzeitpädagogischen Veranstaltungen variabel genutzt werden.

Der **Leitfaden (Kommentar)** gliedert sich in vier Untergruppen:

1) Zu jedem Dokument vermittelt ein einleitender Text zunächst notwendige Hintergrundinformationen zur Situation. In 40 Jahren DDR hatte sich eine eigenständige Sprache herausgebildet, die nur oberflächlich vertraut erscheint; hier heißt es oft, das Lesen zwischen den Zeilen zu trainieren.

2) Wir haben versucht, so oft wie möglich die Beteiligten selbst zu Wort kommen zu lassen - insbesondere dann, wenn es um die Wertungen des Geschehens geht. Die Interviews spiegeln die Vorgänge in der nachträglichen Reflexion der Beteiligten. Damit ergänzen sie nicht nur die Kommentierung von außen, sondern ermöglichen im Detail Interpretationen, die anders nicht geleistet werden könnten. Allerdings: Interviews, offene Briefe, Sitzungsprotokolle, die erst in der „Wendezeit" (Oktober/November 1989) entstanden sind, können auch der Legitimation des eigenen Handelns dienen. Hier ist intensive „Quellen-

Allgemein zur Fallstudie vgl. Tilman Grammes/Agnes Tandler, Die Fallstudie (Case study), in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Methoden in der politischen Bildung - Handlungsorientierung, Bonn 1991 (Schriftenreihe Band 304), bes. S. 213-229. Dort zahlreiche weitere Literaturangaben.

kritik" gefordert. Durch die weitgehende Authentizität der Wertungen kann sich der Leser selbst ein Urteil bilden.

3) Zusatzinformationen (z.B. in Form von Literaturauszügen), denn die Fallstudie kann die Vermittlung systematischen Wissens anbahnen (vgl. das weiterführende Literaturverzeichnis zur DDR am Schluß). Solche Zusatzinformationen können je nach Bedarf an die gesamte Lerngruppe ausgegeben werden. Auch die Zusatzinformationen kommentieren das Geschehen weitgehend aus der Binnenperspektive des „real existierenden Sozialismus". Durch die Methode der immanenten Kritik soll es möglich werden, das Gesellschaftssystem vor seinem eigenen Anspruch zu kritisieren.

4) Arbeitsanregungen geben Ihnen methodische Vorschläge, wie Sie mit den Dokumenten und Zusatzmaterialien arbeiten können. Unser Ziel ist ein Transfer von Entscheidungssituationen in die aktuelle Lebenswelt des Benutzers. Die existenzielle Situation des Schulkonfliktes macht es dabei nur in Einzelfällen möglich, Konfliktsituationen nachzustellen (Rollen- oder Planspiel). Es sollen statt dessen Lernformen gefunden werden, die den Handlungs- und Entscheidungsdruck der Konfliktbeteiligten ansatzweise nacherlebbar machen.

Der Akzent liegt deshalb auf

- Selbsterfahrungsphasen, in denen Sie sich befragen, wie Sie in analogen Situationen Handlungsspielräume wahrgenommen und sich verhalten hätten (besonders in Kapitel III).
- Wertungsphasen, besonders als abschließende Bilanz des Falles (Kapitel V). Dabei werden aktuell diskutierte Formen der Aufarbeitung (Tribunal/Forum) kontrovers aufgegriffen.

Die Präsentation der Fallstudie ermöglicht den Einsatz einer Vielzahl von Methoden, so z.B. Bildmeditation, Lesung, Rollenspiel, Simulation, Streitgespräch und die Methode des Tribunals/Forums. Die Fülle des Materials erfordert für ein- oder mehrtägige Seminarveranstaltungen in jedem Fall eine Äkzentsetzung bzw. Auswahl des Materials. Zur zeitlichen Koordination von Informationsverarbeitung und Reflexion bieten sich die folgend genannten drei Möglichkeiten an. Dabei werden Teilnehmergruppen, die über eigene lebensgeschichtliche Erfahrungen im SED-Staat verfügen, eher eine analytische Bearbeitung der Dokumente wählen (Methode des Tribunals), während Gruppen ohne solche bewußten Erfahrungen (z. B. jüngere Schüler, Erwachsene in den alten Bundesländern) vom simuiativen Umgang mit den Dokumenten und von der Methode der Reportage einen größeren Gewinn haben dürften.

1. Methode des Tribunals

Die gesamte Fallstudie (Dokumente und Leitfaden) kann von allen Teilnehmern als Vorbereitung gelesen werden. Das Seminar konzentriert sich dann auf die Durchführung eines Tribunals/Forums. Anregungen dazu finden Sie auf den Seiten 112f.

2. Methode der Reportage

Wird der Fall dagegen sukzessive gemeinsam in einer Gruppe durchgearbeitet, kann mit der Methode der Reportage gearbeitet werden: Arbeitsgruppen stellen einzelne Phasen des Falles zu einer „Nachricht" zusammen und tragen sie der übrigen Gruppe vor. Dafür kann z. B. ein Kommentator (Nachrichtensprecher) die Meldung verlesen, und jeweils eine Sprecherin und ein Sprecher sprechen die weiblichen bzw. männlichen Interviewpassagen. Auch wenn die Teilnehmer den Text vorher gelesen haben, kann der Fall auf diese Weise sinnvoll aufbereitet werden. Der oft komplizierte Fallablauf wird noch einmal vergegenwärtigt. Durch den Zwang zur Textauswahl muß sich die Gruppe über die Wichtigkeit der einzelnen Informationen und damit über die Struktur des Falles verständigen. Die anschließenden Diskussionsphasen können so aspektreicher ausfallen.

3. Methode der Simulation

Vertiefte Erkenntnisse ergeben sich, wenn einzelne Ereignisse zunächst simulativ durchgespielt und erst anschließend mit den dokumentierten Vorgängen verglichen

werden. Eine Anregung dazu finden Sie insbesondere im Kommentar zu Dokument 41, wo es um den Ausschluß kritischer Schülerinnen und Schüler aus der FDJ geht. Welches Bild machen Sie sich von Entscheidungsprozessen im SED-Staat, und wie laufen sie wirklich ab? Dieses Verfahren von Simulation und anschließender Konfrontation mit der Realität erfordert allerdings erheblich mehr Zeit. Die Dokumente müssen bei diesem Verfahren sukzessive in die Arbeitsgruppe eingegeben werden, damit der Verlauf des Konfliktes nicht vorweggenommen wird.

Den Leserinnen und Lesern wünschen wir angeregte politische Diskussionen, Einsichten in die Struktur „realsozialistischer" Herrschaftssysteme, aber auch Selbsterkenntnis. Es besteht eine verbreitete Ratlosigkeit darüber, wie die Vergangenheit des SED-Staates aufgearbeitet werden kann. Auf einer Podiumsdiskussion „Alte Lehrer- neue Schule" im Januar 1991 in Ludwigsfelde (Land Brandenburg) stellte eine Mutter eine bescheidene Anforderung an die Lehrerinnen und Lehrer ihrer Kinder: „Menschen, die bei sich selbst sind." Dies gilt sicher nicht nur für die Pädagoginnen und Pädagogen …

Ari Zühlke/Tilman Grammes Freie Universität Berlin/Universität Passau, September 1992.

Kapitel I

„… zum Lügen gezwungen"
Die Institution erzieht.

Titelbild: Die Institution Schule

Das Titelfoto kann Ihnen helfen, sich in Situation und Atmosphäre des „Tatortes" unseres Falles hineinzuversetzen. Nehmen Sie sich Zeit für eine Bildmeditation. (Das Foto läßt sich mit einem Epidiaskop gut großflächig projezieren bzw. auf eine Overhead-Folie kopieren.) Durch den Schulflur treten die Teilnehmer an der Fallstudie gedanklich auf die gleiche Weise in den Ort des Geschehens ein wie die in der Wirklichkeit beteiligten Akteure zum Schuljahresbeginn im September 1988.

Arbeitsanregungen:

1) Sie werden im Verlauf der Fallstudie immer wieder aufgefordert sein, Entscheidungen zu treffen. Dies erfordert eine der Situation angemessene Klugheit. Erinnern Sie sich an Ihre eigene Schulzeit. Tauschen Sie Erfahrungen aus: Welche Gefühle fallen Ihnen spontan ein, wenn Sie dieses Foto betrachten? Geborgensein, Vertrautheit, Angst, Freundschaften, Erfolge/Mißerfolge …? Welche Assoziationen weckt das Foto?

2) Gleichzeitig zum Betrachten des Fotos könnte die Geschichte „Eine Falte, spinnwebfein" von Erich Loest (Seiten 27ff.) vorgelesen oder über Band eingespielt werden. Diese Erzählung kann eine Brücke zur eigenen Schülerbiographie schlagen. Erfahrungen mit der Rezeption dieser Studie zeigen, daß sie außerordentlich gut geeignet ist, sich an eigene Erfahrungen aus der Schulzeit zu erinnern. Die Geschichte von Erich Loest bietet vor allem einen Anlaß, sich Konkurrenzsituationen zu vergegenwärtigen, die Sie selbst erlebt haben. Dies kann sich auf die Schule, aber auch auf die Familie, den Betrieb, den Sportverein usw. beziehen.

Die Institution Schule erzieht künftige Staatsbürger

Es ist immer wieder behauptet worden, daß die informelle Struktur der Schule als Organisation erzieht und unser Leben prägt. Schule bleibe in jedem Gesellschaftssystem immer Schule, die die nachwachsende Generation in die Gesellschaft einpasse. Dies sei vor 100 Jahren nicht anders gewesen als heute, in der DDR nicht anders als in der alten oder neuen Bundesrepublik. Begründet wird diese Behauptung mit den erzieherischen Wirkungen der Schulorganisation (Konkurrenz). Behalten Sie diese These die gesamte Fallstudie über im Auge.

Der folgende Text des Konstanzer Bildungsforschers Helmut Fend vermittelt Ihnen Anregungen, die unterschiedlichen Wirkungen des „heimlichen Lehrplans" der Schule auf das soziale und politische Verhalten der Beteiligten zu diskutieren. Beachten Sie, daß auch in anderen Organisationen, z.B. lehrerausbildenden Universitäten, Verwaltungen, Betrieben ähnliche Prozesse ablaufen.

Konfliktinduzierendes Lernfeld

Wenn man sich die Situation vor Augen führt, daß etwa 20 bis 30 Kinder und Jugendliche jeweils in Klassen zusammengefaßt sind und hier einer vergleichenden Leistungsbeurteilung „unterworfen" werden, dann ist unübersehbar, wie auf dieser Grundlage eine deutliche Rangordnung der Schüler nach Leistungsfähigkeiten entsteht. Die Schulklasse ist somit ein in hohem Maße Vergleichs- und konfliktinduzierendes Lernfeld, das die einzelnen Schüler potentiell auseinander dividiert. (…) Was geschieht nun im Rahmen so ambivalenter Konstellationen? Die Klasse kann sich auseinanderdividieren in solche, die nicht bedroht sind, und in solche, die sich gemeinsam gegen die schulische Bedrohung wehren. Es kann aber auch ein Solidaritätsgefühl insgesamt entstehen, das zu kollektiven Schutzreaktionen führt.

aus: Helmut Fend, Sozialgeschichte des Aufwachsens: Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1988, S. 156.

Tip: Das erste Kapitel (Dokumente 1 bis 5) präzisiert die angesprochene Problematik für das Schulsystem der DDR. Wenn Sie unmittelbar in den Konflikt einsteigen wollen, wird es sinnvoll sein, gleich mit Dokument 6 weiterzuarbeiten und die Folgeseiten erst später heranzuziehen.

Zu den Dokumenten 1 und 2:

Aufnahme in eine Institution

„Ja, wir erziehen Lügner und Heuchler", bekannte ein Bauer einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) aus dem Mecklenburgischen, „aber es geht nun einmal nicht anders. Wenn die Kinder es zu etwas bringen sollen, müssen sie sich anpassen und schreiben, was der Lehrer von ihnen erwartet. Das heißt ja nicht, daß sie den politischen Unsinn auch glauben müssen."

aus: Peter Merseburger, Grenzgänger: Innenansichten der anderen deutschen Republik, München 1988, S. 108.

„Wissen Sie, gegen Doppelzüngigkeit in der Erziehung war ich immer, und ich hätte nie einen Lehrer dazu angehalten, daß er die Schüler heucheln läßt…"

Volksbildungsministerin Margot Honecker am 20. Dezember 1989 vor dem zeitweiligen Ausschuß der Volkskammer der DDR zur Überprüfung von Fällen des Amtsmißbrauchs.

Seit dem 1. September 1988 besucht Svenja die Carl-von-Ossietzky-Schule im Berliner Stadtteil Pankow, einem ruhigen, äußerlich etwas biederen Wohnbezirk im Nordosten der Stadt. Wie (fast) alle Kinder und Jugendlichen in der DDR hat sie vom siebten bis zum sechzehnten Lebensjahr die zehn Klassenstufen der Polytechnischen Oberschule durchlaufen. In der zehnten Klasse hat sie sich für die Aufnahme an die Erweiterte Oberschule „Carl von Ossietzky" beworben, um dort das Abitur zu machen. Das Abitur wird später eine Voraussetzung für die Zulassung zum Hochschulstudium sein.

Für Svenja wird es nicht genügen, ihr Verhalten am institutionellen Sachzweck Lernen auszurichten. Mit der Aufnahme in eine neue Gemeinschaft (Initiation), deren Zugang eng begrenzt ist, übernimmt sie eine soziale Rolle, an die Erwartungen geknüpft sind. Je besser sie die mit ihrer neuen Rolle verbundenen Erwartungen erfüllt, desto größer werden später ihre Chancen sein, bestimmte Positionen in der Gesellschaft zu erreichen (Statuspassage). Dies nennt man die Selektions- oder Allokationsfunktion der Schule.

Aus dem Ineinandergreifen verschiedener Rollen (Schüler, FDJ-Mitglied, Klassenkamerad, Staatsbürger, Familienmitglied, Freund) sowie aus Widersprüchen zwischen der eigenen Einstellung und den gesellschaftlichen Erwartungen können Rollenkonflikte entstehen, die das Funktionieren der Schule in Frage stellen können.

Im „realsozialistischen" Gesellschaftsmodell der DDR waren Rollenkonflikte allerdings nicht vorgesehen. Alle Bürger, so hieß es, hätten „gemeinsame Grundinteressen".

Das Immunsystem

Das gestaltende Element der gesellschaftlichen Konstruktion des „real existierenden Sozialismus" war die kommunistische Ideologie - genauso wie die Religion für die Kirche. Diese Ideologie stellt ein Normensystem dar, in dem die Legitimität idealer gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen kodifiziert und äußerlich durch bürokratische Herrschaft garantiert war. (…)

Der bürokratische Partei- und Staatsapparat aktualisierte nach Bedarf die ideologische Doktrin, verbreitete sie unter der Bevölkerung, plante, organisierte und lenkte deren Aktivitäten in die Richtung jeweiliger Zielsetzungen, kontrollierte und gewährleistete die Übereinstimmung des Verhaltens der Menschen in den diversen Lebensbereichen mit den ideologischen Normen. Dieser Staats- und Parteiapparat durch-

drang alle „Poren" des gesellschaftlichen Lebens und entwickelte sich zur entscheidenden Sozialisationsinstanz für den Berufs- und Lebenslauf der einzelnen Gesellschaftsmitglieder.

aus: Christo Stojanov, Das „Immunsystem" des „real existierenden Sozialismus", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19191, S. 36-46, hier: S. 37.

Schülerinnen und Schüler, die einen Aufnahmeantrag für die Erweiterte Oberschule stellten, wurden zunächst *beurteilt.*

Nach Paragraph 4 der EOS-Aufnahmeordnung hatten die Direktoren der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (POS) für jeden Schüler, der nach der 10. Klasse zur EOS (Erweiterte Oberschule) wechsein wollte, um das Abitur zu machen, eine Gesamteinschätzung mit dem Standpunkt der Schule zum Besuch einer Erweiterten Oberschule beim Schulrat des Kreises bzw. Stadtbezirks[1] vorzulegen. Geschrieben wurden diese Beurteilungen in der Regel Von den jeweiligen Klassenlehrern an der POS.

Im Berliner Stadtteil Pankow beantragten von rund 1200 Schülern pro Jahrgang etwa 400 Schüler die Zulassung zur EOS. Ungefähr 160 von ihnen wurden in der Regel zugelassen. Die Hälfte davon kam an die EOS „Carl von Ossietzky" (Dokument 3), die andere Hälfte an eine andere Pankower EOS. Dieses Verhältnis von Anträgen und Zulassungen entsprach dem landesweiten Durchschnitt. Wurde der Antrag auf den Besuch einer EOS vom Schulrat genehmigt, gelangten von dort aus sämtliche Antragsunterlagen an die aufnehmende EOS. Den dort unterrichtenden Lehrern waren die Beurteilungen also schon bekannt, bevor die Schüler an der Schule eintrafen. Was in solchen „Gesamteinschätzungen" in der Regel zu lesen war, schildert eine Lehrerin der EOS „Carl von Ossietzky" im Februar 1991:

„Er läuft in dem Gleis, in dem er zu laufen hat."

Lehrerin T.: Natürlich kannten wir die Beurteilungen. Aber da wir selbst immer Beurteilungen schreiben mußten, wußten wir auch, was wir von zumindest einem Teil der Beurteilungen zu halten hatten. Im ersten Teil wurden ganz normal die intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Schülers eingeschätzt, seine Schwächen auf bestimmten Gebieten aufgewiesen, aber alles in allem waren die Kandidaten, die zur EOS kamen, natürlich schon im Vorfeld ausgewählt und möglichst leistungsstark.

Im zweiten Teil, dem sogenannten „gesellschaftlichen Verhalten", auch da war eigentlich die Schülerpersönlichkeit wenig deutlich, weil sich viele Sachen auch irgendwo in feststehenden Formeln über die Jahre eingeschliffen hatten. Was ist eine „parteiliche Haltung" beispielsweise? Da wußten Sie: Aha, er [der Schüler] läuft in dem Gleis, in dem er zu laufen hat oder macht das, was von ihm erwartet wird.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „ Carl von Ossietzky ", Februar 1991.

Die Lehrerin übersetzt die Formel „parteiliche Haltung" nicht etwa mit politischer Linientreue, sondern viel einfacher und ganz allgemein mit angepaßtem Verhalten. Angepaßtes Verhalten geht in einem autoritär-oligarchisch strukturierten Staat in der Regel mit der Anerkennung der jeweiligen Staatsdoktrin und der Internalisierung der von ihr vorgegebenen Normen einher. Dennoch mußte aus dieser Sicht eine „parteiliche Haltung" nicht notwendig ein aktives Eintreten für bestimmte Ziele bedeuten. Im Gegenteil: Es konnte offenbar ein geradezu passives Erfüllen „von oben" vorgegebener Anforderungen sein (= „Nicht-Handeln"). Um eine „parteiliche Haltung" unter Beweis zu stellen, konnte es genügen, verbal so Stellung zu nehmen - im politischen Jargon der DDR bezeichnete man dies als „sich positionieren" -, wie es vom Schulleiter, von der FDJ oder von der Partei erwartet wurde. Aus dieser Perspektive stellt sich dann die Frage, ob nicht „politische" Auswahlkriterien in der DDR im Grunde genommen ein „unpolitisches" Verhalten verlangten.

1 Die Begriffe „Bezirk", „Stadtbezirk" und „Kreis" führen leicht zu Mißverständnissen: Die DDR war nicht in Länder, sondern in Bezirke gegliedert; die Stadt Berlin (Ost) galt insgesamt als „Bezirk", der sich in „Stadtbezirke" (z.B. Berlin-Pankow) aufgliederte. Die SED organisierte sich unterhalb der Bezirksebene in „Kreisen". In Berlin (Ost) waren die SED-Kreise mit den Stadtbezirken identisch.

Charakteristisch für die DDR wäre dann weniger die vermeintliche Politisierung von Entscheidungen, die unter sachlichen Gesichtspunkten getroffen werden sollten (in diesem Fall die Leistungsfähigkeit eines Schülers), sondern eher der Konformitätsdruck.

Gleichzeitig wurde durch die immer wiederkehrende Aufforderung, Stellung zu nehmen, jede von der vorgegebenen Linie auch nur geringfügig abweichende Position zu „politischem" Verhalten - unabhängig davon, welche Motive einer solchen Stellungnahme zugrunde lagen.

In der DDR sollte sich das Handeln der Menschen an der „sozialistischen Moral" orientieren:

> **Moral, sozialistische:** (…) Da die Partei für sich in Anspruch nimmt - auf der Grundlage der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus -, die historischen Gesetzmäßigkeiten in ihren Grundzügen erkannt zu haben und ihre Politik auf diesen Kenntnissen aufzubauen, sei auch die marxistisch-leninistische E[thik] „erstmals in der Geschichte der Menschheit" imstande, eine wissenschaftliche und zugleich für die Gesellschaftsmitglieder Verbindlichkeit beanspruchende Sittenlehre auszuarbeiten.
>
> Diese Auffassung von der Wissenschaftlichkeit und „historischen Richtigkeit" der M[oral]-Normen hat die Grenzen zwischen M[oral] und Recht verschwimmen lassen. Eine Reihe von Ethikern und Rechtswissenschaftlern sieht in den Rechtsnormen gleichsam nur das „moralische Minimum", das mit Hilfe staatlicher Zwangsmittel durchgesetzt und gesichert wird. Moralische Normen (…) wirkten - ihre Verinnerlichung vorausgesetzt - über das Gewissen der einzelnen.
>
> Andere halten dieser Auffassung jedoch entgegen, daß auch M[oral]-Normen nur dann wirksam sind, wenn sie mit (zwar nicht staatlichem, sondern sozialem) Zwang verbunden sind: „In vielen Fällen ist die Verurteilung eines Verhaltens durch die eigene Brigade, durch das Dorf, für den einzelnen viel unangenehmer als eine gerichtliche Entscheidung. Ein Kraftquell der gesellschaftlichen Gerichte liegt gerade darin, daß sie beide Möglichkeiten, die der Moral und die des Rechts, miteinander vereinen können." Wichtiger scheint jedoch aus dieser Sicht, daß die Normen der S.M. [Sozialistischen Moral] sich nicht „rein" durchsetzen, sondern erst relevant werden, wenn sie in die Gruppennormen Eingang gefunden haben.
>
> *aus: DDR-Handbuch. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln, 3., überarb. und erweiterte Aufl. 1985, S. 917.*

Im obigen Lexikonartikel werden zwei Wege genannt, die zur Verwirklichung gesellschaftlicher Normen (der Moral und des Rechts) führen können: ihre Verinnerlichung über das Gewissen des einzelnen und sozialer Druck durch die Gruppe. In beiden Fällen wird vom einzelnen eine Anpassungsleistung gefordert. Ob von passiver oder von aktiver Anpassung gesprochen werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, in welchem Maße die eigene Einstellung vom Normensystem der Gesellschaft abweicht.

Aktive Anpassung

Viele Menschen in der DDR redeten, wenn auch notgedrungen, sehr überzeugend in zwei Sprachen: einer offiziellen, in der sie die gewünschte Loyalität gegenüber dem DDR-Staat an den Tag legten, und in einer privaten, in der sie ihre wirkliche Meinung sagten. Sogar Kinder hatten gelernt, sich zu fragen: Meinen meine Eltern das, was sie jetzt gerade sagen? Oder ist es bloß ihre offizielle Meinung?

All das hat vorsichtig gemacht und mißtrauisch: Vorsichtig wurden die DDR-Bürger in dem, was sie sich zu sagen trauten und wem sie es sagten. Die alltägliche Vorsicht ist eine aktive Anpassungsleistung, die dahin führt, vieles nicht zu sagen. Sie bindet

den Bürger eng an den Staat: Er weiß, mit seiner Überlebensstrategie trägt er bei zum Weiterbestand des Systems, schützt es vor Widerspruch, Kritik und Veränderung.

Insbesondere die Angehörigen der Führungselite des gesamten Landes mußten sich krümmen: Tausende Professoren, Lehrer, Erzieher, Staatsanwälte, Richter, Ärzte, Betriebsleiter. Selbst in einem Buch über Schweinezucht finden sich Ergebenheitsadressen an den SED-Sozialismus. Nur im Zentrum der Macht selber - wie dem ZK und dem Politbüro - und an den Rändern der Gesellschaft war die Freiheit größer, die Wahrheit zu sagen, ohne karriereschädliche Folgen zu erleiden. Wer Heizer war und Öfen mit Braunkohle belud, dem konnte nicht mehr viel passieren. Von hier kamen die Witze, die den Staat lächerlich machten.

Mißtrauisch wurden die DDR-Bürger, weil sie nicht sicher sein konnten, meint mein Kollege das, was er da sagt? Oder macht er sich auf Kosten der Wahrheit das Leben bequem? Wich das, was er sagte, von der geforderten offiziellen Meinung ab, dann konnte es sein, daß hier ein Spitzel im Auftrag der Stasi provozierte. Auch dann konnte man ihm also nicht einfach glauben. Eine Situation ähnlich wie beim Pokerspiel, wo der Gesichtsausdruck meines Partners nichts darüber verrät, was er für ein Blatt spielt. Der SED-Staat mutete den Menschen Konflikte zu, denen ein Westbürger nie ausgesetzt war.

Hinzu kamen zahlreiche Massenveranstaltungen. Sie verlangten den Bürgern ab, aktiv ihre Verbundenheit mit dem System zu bekunden. Dazu dienten Aufmärsche, gemeinsame Hochrufe, Fähnchenschwenken, Fahnenappelle, der Pioniergruß, landesweite Geldsammlungen für wohltätige Zwecke, das Falten der Stimmzettel. Solche Kundgebungen sind Ergebenheitskontrollen für den Staat, für den Bürger, der nicht überzeugt ist, sind sie Anschläge auf sein Selbstwertgefühl. Wer Regimetreue bekundet, ohne sie zu fühlen, erniedrigt sich selbst. Es steht Westbürgern nicht zu, das zu verurteilen.

Aber jetzt besteht die Gelegenheit und Veranlassung, darüber öffentlich nachzudenken. Das Spitzelsystem verändert die Mentalität der Bürger. Denn es verletzt tief das Selbstbewußtsein und trennt die Welt unscharf in Freund und Feind, oben und unten. Wenn heute in der ehemaligen DDR die Neigung zum Rassismus hochkommt, Fremdenfeindlichkeit sich ausbreitet, Polen, Vietnamesen, Russen angepöbelt werden und sich feindselige Gefühle gegen Schwache austoben, so steckt dahinter auch eine gehörige Portion Selbsthaß der DDR-Bürger. Wer sich selber nicht achtet, verschafft sich Linderung, indem er andere verachtet. Die Folgen können wir nur ahnen. Sie sind nicht mit dem Tag verschwunden, an dem die Menschen der ehemaligen DDR frei wählen konnten.

aus: Lienhard Wawrzyn, Der Blaue: Das Spitzelsystem der DDR. Berlin 1991, S. 13f.
(Der Autor ist Drehbuchautor und Regisseur in West-Berlin.)

Wenn Anpassung nicht nur kontrolliert, sondern auch belohnt wird, kann es zu einer Art „stillen Komplizenschatt" zwischen Kontrollierenden und Kontrollierten kommen:

Konformismus und Anpassungsdruck

Die kollektive Moral schützt vor dem Risiko individueller Abweichungen. Das Kollektiv ist für die Handlungen seiner Mitglieder verantwortlich; es ist ein wesentliches Vermittlungsglied, durch das der ideologische Apparat Kontrolle über die Individuen ausübt. (…)

Der Konformismus wird unter diesen Bedingungen zu einer Überlebensbedingung: Je stärker der Anpassungsdruck, desto ausgeprägter erscheint die konformistische Disposition der einzelnen, desto mehr soziale Energie wird dafür verwendet.

Der paternalistischen Fürsorgepflicht herrschender Eliten entspricht ein „infantiles" Gefühl der garantierten Vorsorge durch diese Gruppen, das eine der wichtigsten Absicherungen des Systems gegen sozialen Wandel darstellt.

aus: Christo Stojanov, Das „Immunsystem" des „real existierenden Sozialismus", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/91, S. 36-46, hier: S. 42.

Gesellschaftsvertrag

Dieser Staat gewährte soziale Sicherheit um den Preis der Freiheit, der Wahrhaftigkeit und deshalb der Würde. Es war der schmähliche Gesellschaftsvertrag: Wohlverhalten gegen Wohlergehen als Staatswohltat mit der Pflicht zu beständiger Dankbarkeit und pauschaler Akklamation.

aus: Richard Schröder, Was war verkehrt an diesem Sozialismus?, in: Die Zeit, 12. September 1991.

Das - letztlich nicht aufhebbare - Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Fürsorge und staatlicher Kontrolle verdeutlicht auch der folgende Interviewabschnitt:

Fürsorge und Kontrolle

Lehrer P.: Neben diesen Beurteilungen war unsere Aufgabe, schon bevor die Schüler an unsere Schule kamen - und die habe ich an sich recht gern wahrgenommen - schon Elternbesuche durchzuführen. Also Hausbesuche, wo ich immer darum gebeten habe, daß die Schüler mit anwesend sind, um einmal das häusliche Milieu kennenzulernen - das war für mich sehr wichtig; also: Wie ist das ganze Umfeld? - und zweitens natürlich auch schon mit den Schülern ins Gespräch zu kommen. Ich entnahm diesen Gesprächen an sich immer viel mehr als aus den Beurteilungen. Denn man merkte dann doch schon, ob diese auch in den Beurteilungen häufig auftauchenden Dinge wie Abstraktionsfähigkeit und geistige Sachen und so weiter und so fort, auch Naturwissenschaften und weiß ich was… daß man da ein bißchen zumindest andeutungsweise schon was mitbekam. So daß man sagen konnte: Wenn die Schüler hier an unsere Schule kamen, war ein erster Eindruck vorhanden.

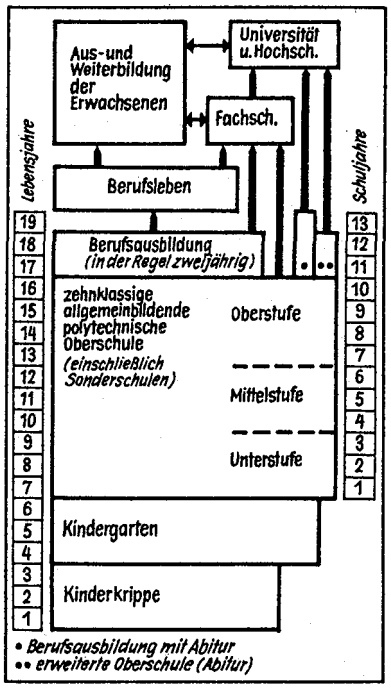
Lehrerin L.: Man kann das vielleicht noch ergänzen: Es wurde großer Wert darauf gelegt, daß eigentlich schon im Vorfeld des Schuljahres, also in der Regel im Mai, die ersten Elternversammlungen mit den neuen Schülern stattfanden und daß wir dann auch kurz vor Schuljahresende noch einmal mit den Schülern zusammentrafen, was für uns Klassenleiter, glaube ich, auch ganz wichtig war. Zumindest schon mal die Gesichter gesehen zu haben, wenn die Schüler dann am ersten Schultag hier anrückten. Man hat also bestimmte Dinge schon mal besprechen können.

Lehrerin T.: Das war einfach notwendig, denke ich, weil wir die Schüler ja nur zwei Jahre hatten. Und nach dem 11. Schuljahr - das ist für mich nach wie vor eine Ungeheuerlichkeit - mußte man eine Studienbeurteilung verfassen, die detaillierter zu sein hatte als alle bislang erstellten Beurteilungen. Und ich muß sagen: Ich habe jedesmal ein schlechtes Gewissen gehabt, und wenn ich nicht die Zuarbeit von Kollegen gehabt hätte, hätte man das eigentlich gar nicht tun dürfen: nach einem Jahr einem Menschen [eine] in irgendeiner Weise den Lebensweg bestimmende Beurteilung zu schreiben!

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Weil die Anzahl der Plätze an den Erweiterten Oberschulen (EOS) sehr begrenzt war, konnten nur rund zehn Prozent der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs ihre Ausbildung an einer EOS fortsetzen. Das bedeutet, daß aus jeder Klasse zwei, maximal drei, Schüler ausgewählt werden mußten. Wer für den Besuch der EOS nicht zugelassen wurde, konnte sich für eine „Berufsausbildung mit Abitur" bewerben. Das nebenstehende „Strukturschema unseres einheitlichen Bildungssystems", das am 19. August 1989 in der „Berliner Zeitung" - dem damaligen Parteiorgan der Berliner SED - abgedruckt wurde, zeigt diese beiden Ausbildungsgänge als Nadelöhr auf dem Weg zum Hochschulstudium.

Strukturschema
unseres einheitlichen Bildungssystems



„ . . . zum Lügen gezwungen"

Lehrer B.: Es ist so, daß es aus den rund 30 Polytechnischen Oberschulen im Jahr um die 400 Anträge auf den Besuch der Erweiterten Oberschule gab. In einer Runde beim Schulrat wurde seitens der Abteilung Volksbildung beim Rat des Stadtbezirks und seitens der Direktoren entschieden, welche Schüler aufgrund der Anträge, die gestellt worden waren, zur Erweiterten Oberschule zugelassen werden. Es waren immer mehr Anträge, als Plätze an den Erweiterten Oberschulen waren, und demzufolge mußte aufgrund der Leistungseigenschaften, wie sie in den Beurteilungen zum Ausdruck kamen, bzw. aufgrund der dort bereits angegebenen Studienwünsche entschieden werden beziehungsweise eine erste Entscheidung vorgenommen werden: Welche Schüler werden nicht zum Besuch der Erweiterten Oberschule zugelassen?

Lehrerin E.: Bei der Bewerbung spielte natürlich auch eine Rolle, welchen Beruf ein Jugendlicher später ergreifen wollte. Wenn es zum Beispiel der Beruf des Offiziers war, dann spielten da die Noten weniger eine Rolle bei der Aufnahme an die EOS. Ich muß allerdings auch sagen: Berufe wie Lehrer zum Beispiel hatten Vorrang, und deshalb ist es oftmals eben auch so gewesen, daß Schüler gesagt haben, sie wollen Pädagogik studieren und, sobald sie hier an der Schule waren, dann natürlich - ich will nicht sagen natürlich, [sondern] es ist oft vorgekommen - hauptsächlich dann ganz schnell den Berufswunsch wechselten, und waren dann bei der Medizin, zum Beispiel, oder Kunstwissenschaften oder so. Das hatte natürlich den ganz erheblichen Nachteil, daß eigentlich die Schüler und auch die Eltern zum Lügen gezwungen waren.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „ Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Daß in funktional ausdifferenzierten Industriegesellschaften Menschen mit Blick auf ihre Eignung für bestimmte Funktionen beurteilt werden müssen, steht außer Frage. Welche Kriterien galten in der DDR für die Aufnahme in die Erweiterte Oberschule?

„Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten"

Lehrerin S.: Es gab immer drei Kriterien erstens für die Aufnahme an diese Schule und dann letztendlich natürlich auch für eine spätere Studienzulassung. Das war also einmal die Frage des Leistungsvermögens, dann der nachgewiesenen Leistungen - also laut Zeugnis - und dann natürlich des entsprechenden politischen Engagements, das sich aber auch gezeigt hat - und so wurde es zum großen Teil auch interpretiert - in der Studienwahl. Das heißt also, im Prinzip: „Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten. .."

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Die Aufnahmebedingungen, die von den Lehrerinnen und Lehrern genannt werden, stimmen mit den Kriterien in der Aufnahmeordnung überein:

A gute Leistungen im Unterricht (Zeugnis)
hohe Leistungsfähigkeit und -bereitschaft

B politisch-gesellschaftliches Engagement
„parteiliche Haltung"
„Verbundenheit mit der DDR"

C Studienwahl/ Berufswunsch
„Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten"

D politische und gesellschaftliche Stellung der Eltern
soziale Herkunft des Schülers

Die Voraussetzungen unter A bis C werden in der Verordnung in einem einzigen Absatz genannt (Paragraph 2 Absatz II). Darin kommt zum Ausdruck, daß eine „hohe Leistungsfähigkeit" ohne die „Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik" gar nicht möglich ist, mithin ein Gegensatz zwischen beiden Bedingungen normativ gar nicht existieren kann.

Dieser Anspruch brachte in der Wirklichkeit des Schulalltags Konflikte hervor:

„Eintütung"

Lehrerin S.: Diese - na, sagen wir mal: Eintütung oder Reglementierung - begann eigentlich relativ früh, und damit bewegten sich sowohl die Schüler wie auch die Eltern wie auch wir als Lehrer immer auf einer gewissen Gratwanderung.

Das heißt, der Idealfall war, wirklich einen echten Konsens herzustellen, daß also ein Schüler oder eine Schülerin mit guten Leistungen wirklich Lehrer werden wollte und also auch wirklich bereit war, sich in der Gesellschaft für die Klasse, für die Schule zu engagieren. Das war der absolute Idealfall. Ideal insofern, weil der also keine Probleme brachte.

Aber alles, was also links oder rechts um auch nur ein Grad von diesem Idealfall abwich, brachte also ungeheure Konflikte. Für jeden. Brachte Konflikte für die

Eltern, Konflikte für die Schüler, Konflikte für die Lehrer. Um immer irgendwo das wieder auszugleichen - wie so ein Meßinstrument, wenn man merkte, auf der einen Seite wurde der Konflikt zu scharf-, mußte man als Klassenleiter im Interesse seiner Schüler, die man ja auch mochte und wo man ja auch irgendwo ein Vertrauensverhältnis herzustellen versuchte, das irgendwo wieder zu kompensieren, damit sie ihren Studienplatz erhalten und damit eben so eine Sache wie „Naja, ich möchte Lehrer werden, Biologie/Chemie, eigentlich habe ich aber im Hinterkopf: Ich würde furchtbar gern Chemie studieren"...

Oder künstlerische Berufe: Das war fast unmöglich! Wir haben … nicht wir am Tische, aber es wurden im Rat des Stadtbezirks in der Abteilung Volksbildung - in dieser Aufnahmekommission - reihenweise Schüler abgelehnt für die Aufnahme in die Abiturstufe, weil sie künstlerische Berufe ergreifen wollten. So etwas wie Maler, Schauspieler oder Journalist, das war also schon halbwegs schwierig. Mit der Begründung, das ist kein zwingender Hochschulberuf oder so, fiel man da schon durch die Raster. Also blieb die Variante: Na gut, ich werde Deutschlehrer und habe im Hinterkopf: Eigentlich möchte ich Journalistik studieren.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky"', Februar 1991.

In Paragraph 3 Absatz V der Aufnahmeordnung heißt es, „Kinder von Angehörigen der Arbeiterklasse" seien entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in die Erweiterte Oberschule aufzunehmen. Daß dieser Anspruch tatsächlich eingelöst worden ist, erscheint fraglich. In den letzten Jahren der DDR wurden über die soziale Zusammensetzung der Abiturienten keine Zahlen mehr veröffentlicht.

In der Aufnahmeordnung heißt es weiter, „hervorragende Leistungen der Eltern beim Aufbau des Sozialismus" seien „bei der Entscheidungsfindung zu beachten".

Gesellschaftliche Auszeichnungen

Lehrer B.: Das Besondere daran war, daß aufgrund einer ablehnenden Entscheidung [des Kreisschulrates] dann Eltern Eingaben [vgl. dazu auch Seite 100] machten - nicht mehr beim Rat des Stadtbezirks, sondern bei der Kreisleitung der SED, der Bezirksleitung der SED, beim Magistrat von Berlin -, dort ihre gesamten *gesellschaftlichen Auszeichnungen* aufzählten und teilweise später Zulassungen zum Besuch der Erweiterten Oberschule nur aufgrund der Verdienste der Eltern ausgesprochen wurden und nicht aufgrund des Könnens der Schüler. Das gab es dann doch in einer Reihe von Fällen, und wir mußten dann hier sehen, wie wir mit diesen Jugendlichen arbeiten, ohne die Verdienste der Eltern dabei zu berücksichtigen, sondern das Können der Jugendlichen zu entwickeln.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „ Carl von Ossietzky" im Februar 1991.

Das Interview verdeutlicht, wie nah Fürsorge und persönliche, familiäre Abhängigkeiten beieinander liegen können. Ein Schüler wird gewissermaßen als Teil seiner Eltern definiert. Gleichzeitig werden Eltern für aktive Anpassungsleistungen, die sie im Interesse ihrer Kinder erbringen (und damit zugleich vor sich selbst rechtfertigen können), belohnt.

Die Berücksichtigung der sozialen Herkunft der Eltern bei der Auswahl von Abiturienten hat einen geschichtlichen Hintergrund: Die Bildungspolitik der DDR zielte auf die Brechung des alten „bürgerlichen Bildungsprivilegs". Kinder und Jugendliche aus Arbeiterfamilien sollten gefördert werden. Das bekannteste Beispiel dafür war die Einrichtung einer eigenen Schule für Arbeiterkinder, der „Arbeiter- und Bauernfakultät" (ABF). Auch diese Maßnahme zielte nicht nur darauf, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, sondern sie sollte zugleich die Akzeptanz der neuen Gesellschaftsordnung fördern.

„Ich habe der DDR auch persönlich manches zu verdanken"

Lehrer W.: ABF heißt Arbeiter- und Bauernfakultät. Sie wurde gegründet mit der Gründung der DDR und hatte die Aufgabe, junge Leute zu befähigen, eine Hochschule zu besuchen. Da hat man eine Menge gelernt. Überhaupt waren wir bereit - die jungen Leute, die Gelegenheit hatten, an der ABF zu lernen -, wir waren bereit aufzuholen, was man uns vorher versagt hatte.

Also, man muß wissen, daß das Bildungssystem [vor Gründung der DDR] so aufgebaut war: Es gab eine Volksschule, eine vierjährige Volksschule, und in der vierten Klasse wurden die Weichen gestellt. Die einen gingen zum Gymnasium, die anderen zur Mittelschule, und der Rest hatte dann die Möglichkeit, bis zur achten Klasse zu gehen, also die achte Klasse abzuschließen, und es war klar - und da führte kein Weg jetzt rüber zu den anderen Zweigen -: Wer in der vierten Klasse nicht zur Mittelschule oder zum Gymnasium gekommen war, der mußte diesen Weg einschlagen, also entweder Arbeiter werden oder vielleicht Handwerker.

Das ist ja das Schwierige: In der vierten Klasse sollte nun entschieden werden, was wird aus jemandem. Und ich empfand das dann wirklich als einen Nachteil, daß ich nur bis zur achten Klasse die Schule besuchen durfte und ein Teil der Bildung einem verschlossen war, und habe dann, als sich die Gelegenheit hier bot, sie wahrgenommen. Es ging also mit anderen Worten um die Brechung des Bildungsprivilegs. Wir haben das begrüßt. Ich kann auch heute nicht sagen, daß das etwas Schlechtes gewesen sein sollte, und insofern habe ich der DDR auch persönlich manches zu verdanken. Und das war auch ein Grund dafür, daß ich lange Zeit an der Überzeugung festgehalten habe: Die DDR ist ein guter Staat.

Allerdings hatte diese Ausbildung an der ABF noch eine Kehrseite, die uns dann früher oder später einen Konflikt brachte. Da wir nun ausgebildet wurden, kostenlos, und noch 200 Mark Stipendium erhielten, sagte man uns: „Ihr habt dafür auch der Arbeiterklasse zu dienen!" Dagegen ist ja nun gar nichts zu sagen, daß man dem Volke dient. Aber der Arbeiterklasse dienen hieß ja konkret: die Politik der SED mitmachen, möglichst in die Partei eintreten.

aus: Interview A. Zilhlke mit Lehrer Manfred W., Mai 1991.

„Arbeiter- und Bauernfakultäten" (ABF)

Bereits 1950 waren 33 % aller Studenten der Universitäten und Hochschulen der DDR Angehörige der Arbeiterklasse bzw. der werktätigen Bauernschaft. Dieser Anteil hat sich bis zur Gegenwart auf etwa 59 % erhöht. (…)

In den Betrieben gewährleisteten die neuen Leitungen in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen, daß die besten jungen Arbeiter zum Studium delegiert wurden. In jedem Kreis der DDR bestanden Auswahlkommissionen unter Leitung des FDGB. Das in der Regel dreijährige Studium schloß mit dem Abitur ab. (…)

Die ABF hatten einen wesentlichen Anteil an der Herausbildung einer sozialistischen, fest mit der Arbeiterklasse verbundenen Intelligenz. Aus den Reihen ihrer Absolventen gingen zahlreiche Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Wissenschaftler und Künstler der DDR hervor. Die weitere Entwicklung des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens erlaubte die Schließung der meisten ABF nach 1961.

aus: Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1985.

Die Geschichte der ABF bildet den Stoff für Hermann Kants Roman „Die Aula" aus dem Jahr 1966 (Berlin [Ost], später auch Frankfurt/Main).

Arbeitsanregungen:

> **Lehrerin G.:** Ich bin eine Kollegin, die ja erst im September [1990] hier [an der EOS „Carl von Ossietzky"] angefangen hat und vorher an einer zehnklassigen Schule [einer POS] gearbeitet hat. Und die Beurteilungen, die Ihr bekommen habt, die stimmten ja teilweise nicht. Wir haben die natürlich seit Jahren zugeschnitten, weil wir wollten, daß bestimmte Leute zur EOS kommen. Das muß man dazusagen: Die waren nicht objektiv.
>
> *aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „ Carl von Ossietzky ", Februar 1991.*

1) Versetzen Sie sich in die Situation einer Klassenlehrerin/eines Klassenlehrers und verfassen Sie eine Beurteilung
   a) für eine mißliebige Schülerin oder einen mißliebigen Schüler und
   b) für eine Schülerin oder einen Schüler, der/dem Sie den Zugang zur EOS ermöglichen wollen!
2) Von den Jugendlichen in der DDR wurde ein passives Erfüllen „von oben" vorgegebener Anforderungen erwartet. Um eine parteiliche Haltung unter Beweis zu stellen, genügte es, in entsprechenden Situationen das Erwartete zu sagen, ohne es wirklich zu glauben. Diskutieren Sie, ob so das Verhalten Jugendlicher bzw. Erwachsener nicht nur in der ehemaligen DDR, sondern auch
   - in den neuen Bundesländern
   - in den alten Bundesländern

   zutreffend beschrieben ist. Wo werden aus Ihrer Erfahrung Unterschiede sichtbar?
3) Zur Grafik Seite 23: Beachten Sie den Zeitpunkt der Veröffentlichung! - Der SPIEGEL beginnt seine Titelgeschichte am 14. August 1989 (Nr. 33/Jg. 43) so: „Mehrere hundert Flüchtlinge drängen sich in Bonner Botschaftsgebäuden, Zehntausende DDR-Bürger verlassen ihr Land - ein Exodus hat eingesetzt, der ans Ende der fünfziger Jahre erinnert. Es sind meist Junge, die in den Westen wechseln; sie kommen aus Frust oder aus Protest und wollen der Resignation in der Heimat entgehen …" - Welches Ziel könnte die Berliner Parteiorganisation der SED mit dem Abdruck der Grafik in der „Berliner Zeitung" zu diesem Zeitpunkt verfolgt haben?

Erich Loest

Eine Falte, spinnwebfein

„Monika Haubert- Physik". Die Heftmappe stand hochkant im Regal, ins Auge fallend, triumphierend; Monikas Blick wurde schon angezogen, während sie den Wecker zum Verstummen brachte. So war es am Abend vorher ihre Absicht gewesen: Wachwerden und im selben Augenblick den Hefter sehen und die Siegesfreude spüren: In Physik stand sie unumstößlich auf der Eins, die Drei vom Januar war ausgemerzt, diesen gemeinen Einbruch hatte sie überwunden, eine Eins draufgesetzt und noch eine Eins und mit der Pötzoldt gestritten, als die eine Zwei für Mitarbeit eintragen wollte, unter Tränen gestritten, daß sie sich immerfort gemeldet und schließlich bei den leichtesten Fragen eben nicht mehr gemeldet hatte, war ja sinnlos, da könnte sie gleich ihren Arm mit einem Strick an der Decke anbinden. Und die Pötzoldt hatte wenigstens die Zwei gestrichen, wenn sie sie schon nicht durch eine Eins ersetzt hatte, aber endlich gelang noch eine herrliche Eins in einer Klassenarbeit - überraschend angesetzt, ohne Vorbereitung, hinterhältig von der Pötzoldt. Nun war in Physik alles dufte. Blieb bloß noch Mathe.

Es war ein heller Tag, wie der vorhergehende auch, blau der Himmel, man konnte zuschauen, wie es im Garten grün wurde. Rollschuhlaufen, dachte Monika und streckte sich und verlagerte das Gewicht von einem Fuß auf den anderen, griff wechselseitig in die Luft, sackte am Tisch zusam-

men und stützte das Kinn in die Hand und überlegte, wie es wäre, heute begännen Ferien, sie könnte wirklich Rollschuhlaufen wie zum letzten Mal vor zwei Jahren. Doch mit vierzehn lief man nicht mehr Rollschuh, wenigstens nicht in diesem Viertel. Aber heute eine Arbeit in Mathe. Oder die Stunde fiel aus, weil Letscho krank war, nach Berlin mußte, Minister geworden war, nach Kuba flog, um den Leuten dort beizubringen, wie man Mathe in der siebenten Klasse lehrte, Letscho, der schöne Letscho, der doofe Locken-Letscho, Herr Hans-Dieter Lettmann.

Nun reckte sich Monika doch fünf Minuten lang und spürte die Haut heiß werden in den Hüften und am Rücken und wechselte Standbein und Spielbein, denn diese Übung, so hatte sie gelesen, regte das Wachstum an, so groß war sie bei weitem nicht, daß sie auf weiteres Wachsen hätte verzichten können. Im kleinsten Drittel der Klasse, klein, aber fein, ich bin klein, mein Herz ist rein, alles Mist, *größer als Mutti mußte sie werden,* die Oma hatte sie längst hinter sich gelassen. Groß und unglaublich lange Beine und langer schwingender Rock und nackte Füße in Sandalen mit knallroten Zehennägeln, so als Lehrerin vor die Klasse treten und die Brauen hochziehen wie die Pötzoldt und auf diese Krumpel in der ersten Bank hinunterschauen und sagen: „Was hatte ich aufgegeben?" Oder besser Malerin mit ungeheuer langen Beinen, gespreizt vor der Staffelei stehend und ein tolles Bild hinschmeißen. Mit meterlangen Beinen auf einem Barhocker mit wüst kurzem Rock. Wie hoch war ein Barhocker?

Ihre Arme fielen herunter, ein Gedanke schlug durch den Körper und ließ die Lippen sich öffnen und jetzt auch die Haut am Hals heiß werden: Elternabend! Da warf Monika den Bademantel über und fuhr in die Pantoffeln und klapperte die Treppe hinunter und riß die Küchentür auf, da war Mutti nicht, um die Ecke in die Diele, sie hatte Kaffee vor sich und rauchte schon wieder, oder vielleicht auch nur schon, und Monika stieß zusammen mit der Atemluft heraus: „Morgen, Mutti, wie war's gestern?"

„Ach, ganz gut!" Blick zur Uhr wie immer, wenn Monika morgens aus ihrem Zimmer kam, kontrollierend, Frau Haubert maß diese zwei Morgenstunden zwischen dem eigenen Aufstehen und dem Gehen der Tochter mit Routinemaßen: Duschen und Frühstückbereiten und Frühstükken mit ihrem Mann, der allein nur am Küchentisch stehend ein Brötchen geschlungen hätte. Während er den Wagen aus der Garage fuhr, räumte sie sein Gedeck ab und stellte das des Sohnes hin; wenn sie hörte, daß ihr Mann das Gartentor schloß, trat sie ans Fenster, hob lächelnd die Hand, das war Ritus. Sie weckte Ralph und horchte hinauf zu Monika und schaute auf den Stundenplan neben der Küchentür: Dienstags und Freitags schlief Moni eine Stunde länger. Ein scheinbares Idyll, erzwungen durch schwerste Operation nach böser Krankheit vor einem Jahr; Betätigung, Betätigung, und wenn alle aus dem Haus waren, würde sich Frau Haubert für zwei Stunden wieder hinlegen müssen. „Bist gut weggekommen, hab mit Frau Pötzoldt hinterher noch gesprochen. Nun wasch dich erst mal."

„Was vom Durchschnitt?"

„Weißt du doch selber."

Angelika, Hotte, Jacqueline. „Keine Reihenfolge? Die Zweite?" „Frau Pötzoldt hat die Spitzengruppe genannt und das Mittelfeld und einige am Schluß. Fünf sollen abgehen."

„War wohl ziemlich sinnlos?"

„Gar nicht. Aber nun wasch dich."

Das Wasser brannte auf der gespannten Haut, lief eisig in die offenen Augen, davon wurden sie glänzend, hieß es. War alles noch im Fluß, konnte sich ändern. Aber ein Zwischenergebnis: Angelika Arndt mit 1,19 vor Monika Haubert mit 1,21, dann Hotte Manzelt mit höchstens 1,4, aber Jungen wurden ja gemein vorgezogen, Hotte hatte seinen Platz für die EOS sicher. Gehausoviel Jungen wie Mädchen kamen zur EOS, und für einen Augenblick ließ Monika den Gedanken zu, sie würde abgelehnt, da riß ein schwarzes Loch auf, sie vergaß den Mund zu schließen und verschluckte sich und beugte sich über die Wanne und hustete. Nicht zur EOS, das war wie Furcht vor einer gräßlichen Krankheit, wie, unter die Straßenbahn zu kommen und ein Bein zu verlieren. EOS und Abitur und Studium, das Recht auf Bildung, so hatte sie's wieder und wieder gehört, und Diplomingenieur wie Vati oder an der Bauhochschule studieren wie Ralph, es mußte ja nicht unbedingt Medizin sein. Kein Gedanke, sie könnte ein Bein verlieren oder bekäme Hirnhautentzündung und würde blöd dadurch und säße mit stierem Gesicht in der Ecke, und Ralph führte seine Freunde mit hochgezogenen Brauen an seiner blöden Schwester vorbei. Monika bog den Kopf zurück und atmete flach, der Husten hörte auf. Sie dachte: An gar nichts anderes denken, nicht ausmalen, was sonst geschähe, es nicht beschreiben.

„Frau Pötzoldt hat dich natürlich gelobt", sagte Frau Haubert, als Monika wieder in die Diele kam. „Dich und Angelika. Daß ihr die anderen mitreißt und so weiter."

„Und Hotte?"

„Nach wie vor disziplinlos."

„Ach der! Der darf alles, weil er General wird. Jungen dürfen überhaupt alles. Der ist praktisch schon in der Vorbereitungsklasse, oder?"

„Daß du immer losschimpfst, wenn von Horst die Rede ist."

„Weil der alles darf! Weil der schlechter ist als Angi und ich!"

„Ich brauche dir doch wohl keinen Vortrag zu halten, daß Offiziere gebraucht werden. Brötchen? Brot?"
„Mir egal."
„Nun werd nicht patzig, Moni, bitte!"
Monika sah ihrer Mutter zu, wie sie eine Scheibe Grobbrot mit Butter und Marmelade bestrich, sie nahm es und sagte gedankenlos: „Danke". Drei oder vier zur EOS, dachte sie, warum nicht auch Hotte, das war doch ihr egal, und um den vierten Platz sollte sich streiten wer wollte.
„Ich bin dann noch ein Stück mit Frau Pötzoldt gegangen. Sie hat mir etwas im Vertrauen gesagt, Moni. Aber das mußt du für dich behalten, hörst du? Das darf auch Frau Pötzoldt eigentlich noch gar nicht wissen."
Monika schluckte hinter, sie nickte ernsthaft, ihr konnte man etwas anvertrauen, natürlich.
„Aus eurer Klasse kommen nur zwei in die Vorbereitungsklasse."
Monika legte das Brot auf den Teller, blickte darauf, blickte rasch zu ihrer Mutter hoch, sah deren Gesicht sofort an, daß kein Spaß getrieben wurde. Sie fragte: „Zwei?" Kein rechter Ton hatte sich bilden wollen. Sie räusperte sich und fragte nochmals: „Zwei?"
„Ja."
Angi mit 1,19, sie selber mit 1,21, sie war keineswegs Arbeiterkind, nur zwei kamen zur EOS, und sie war schlechter als Angi, beste Freundin seit Jahren, Banknachbarin, Vertraute vieler Geheimnisse, plötzlich Rivalin, Feindin. Diese Gedanken folgten einander so rasch, daß Monika nicht einmal vor ihnen erschrak, sie bildeten sich im Augenblick heraus und flossen zusammen zu einem Druck in der Kehle und einer hochschnellenden Entschlossenheit, die gleich darauf versikkerte.
„Schlimm?"
„Klar."
„Ein paar Wochen bleiben ja noch. Wenn du dich anstrengst!"
„Ja, Angi weiß nichts?"
„Nein. Und du darfst es ihr nicht sagen, hörst du."
Monika schluckte. Sie würde es niemandem sagen, und Angi schon gar nicht. Sie mußte sie in Mathe schlagen, sofort, heute, immer. Aber wenn Angi in eine andere Stadt zöge. Wenn sie *sehr* krank würde. Nein, nicht, das nicht!
Sonnenlicht flimmerte durch die Birke neben dem Haus, Monika Haubert trat hinaus und drehte sich an der Gartentür zum Küchenfenster um und hob die Hand und winkte, das war Ritus. Sie sah nicht, ob ihre Mutter hinter der Gardine stand. Die Platten waren sauber nach einem Regenguß, manchmal war Monika losgerannt aus der geknickten Straße zwischen den Villen heraus bis vor an die Chaussee und sogar bis zur Kreuzung. Dort hatte Angi oft auf sie gewartet. Ganz früher waren sie Hand in Hand weitergegangen, später Arm in Arm. Monika hoffte, sie würde Angelika erst in der Klasse treffen mit allen anderen zusammen, sie könnte ihr zunicken und Hälloh sagen: Es war nicht üblich, allen im Rudel die Hand zu geben. Redestoff gab es - der Elternabend gestern. Die Mathearbeit. Kein Wort vom Geheimnis.
Hotte rannte kurz vor einem Trabant herüber und schlug ihr mit der flachen Hand auf den Unterarm und fragte fröhlich, wobei er immerfort versuchte, ihr in die Augen zu blicken, deshalb ging er einen Schritt vor ihr und drehte sich halb zur Seite: „Weißt "du, daß Klupsche und Fritz miteinander gehen? Weißt du nicht? Aber auf der Kleinmesse waren sie dreimal zusammen."
„Du spinnst, du spinnst überhaupt. Klupsche nie!"
„Stets."
„Nie!"
„Hast du Mathe gemacht?"
„Klar." Und sie sagte ihm, was bei ihr schwer einfetzte und was sie sinnlos fand. Da meinte Hotte, gerade das wäre überhaupt nicht sinnlos, sinnlos wäre bloß, daß er sich zwei Formeln nie merken konnte, weil er sie immer durcheinanderschmiß. Eine für sich könnte er sich bestimmt merken, aber zwei wären sinnlos.
„Gerade zwei sind prima. Du bist selbst sinnlos."
Da standen sie schon vor der Schule.
Angelika saß auf ihrem Platz und schaute hoch und lächelte und streckte Monika die Hand hin.
„Is'was?"
„Letscho mit seinem Mist. In der ersten Stunde 'ne Arbeit hat mich schon immer angenervt. Von gestern gehört?" Monika kramte in der Tasche und legte Heft und Lineal und Kugelschreiber zurecht, Angelika fuhrwerkte noch in ihren Nachschriften. Da klingelte es, in der nächsten Sekunde stand Letscho in der Tür, Locken-Letscho, Herr Hans-Dieter Lettmann. Horst Manzelt rasselte die Meldung runter; diese Woche rasselte er, die nächste Woche würde er bellen, dann nuscheln.
„Ans Werk!" lärmte Lettmann und rieb sich die Hände und rief die üblichen Warnungen, es solle ja keiner abschreiben, und wer beim Vorsagen erwischt würde, käme sofort in die Hölle; gerade in der ersten Stunde seien seine Ohren munter wie bei einem jungen Schäferhund. Schon schrieb Lettmann die Aufgaben an die Tafel, die erste ein Klacks, wie Monika auf den ersten Blick sah, man mußte sozusagen nur ein paar Formeln ausfüllen, war in einer Minute gemacht, die zweite schien schon schwerer zu sein, die dritte war ein ausgesprochener Brocken, und Lettmann warnte: Langsam angehen, erst nachdenken, dann rechnen, auch auf Zwischenlösungen gab es Punkte! Monika wendete den Kopf zu Angelika. Angelika zu Monika, da sagte Lettmann: „Auch die Damen Arndt und Haubert werden um äußerste Diskretion gebeten", aber er sagte es so, daß Angelika

und Monika zu ihm hinauflächelten, sie, die Stars der Klasse. „Das Rennen beginnt, wer fertig ist, kann sein Heft abgeben. Ist einer fertig?" Und wieder lächelten Monika und Angelika.

Monika nahm sich den Brocken vor, aus Neugierde, nicht aus Taktik. Erst nachdenken, nicht gleich rechnen, im Formelheft nachschlagen, das war gestattet, kombiniert und probeweise gerechnet, in Brüchen hängengeblieben, es war nicht Lettmanns Methode, Aufgaben schon im Beginn in Kleinrechnerei ausarten zu lassen. Lettmann liebte Linie, Schmiß, da stimmte wohl etwas nicht, Monika rechnete pro forma weiter, schaute auf die Uhr, noch konnte sie sich Experimente leisten. Mit einem Seitenblick sah sie, daß Angi die erste Aufgabe geschafft hatte und in der zweiten steckte, Lettmann schnüffelte unterdessen in den hinteren Bankreihen herum, dort war es nötig, Betrugsmanöver im Keim zu ersticken, dort legte er hin und wieder den Finger auf ein Heft und schnalzte mißbilligend. Wieder Mist gebastelt, mein Alter, hieß das; wer auf der Drei kümmerte, war für solcherlei Hinweis dankbar.

Nun baute Monika doch den Ansatz neu, begriff im Nu, daß sie auf dem richtigen Weg war, auf einmal ging's wie geschmiert, ein kleines Verrechnen auf halber Strecke, weiter - am Ende ließen sich Zahlen massenhaft gegeneinander aufheben, und siehe da, das Ergebnis hieß Plus-Minus-Null, ein sauberes Resultat nach Letschos Art. Der Brocken war geschafft, jetzt die Aufgaben eins und zwei, da sah Monika mit einem Seitenblick, daß Angelikas Nase glänzte, daß die Lippen schmal waren - Angi in Druck? Die zweite Aufgabe war es wohl, die Kopfschmerzen bereitete, da stöhnte Angi und schaute hilfesuchend zu Monika, aber die hatte ja die Aufgabe selbst noch nicht geschafft, schickte sich eben an, Nummer eins vom Tisch zu bringen. Jetzt sollte Nachbarschaftshilfe einsetzen, wußte Monika, Letscho hatte bei den Hinterbänklern vollauf zu tun, aber Monika hörte ihre Mutter sagen: „Nur zwei", und einer war Hotte Manzelt. Zahlen schnellten in ihrem Gedächtnis hoch, 1,19 und 1,21, und Angi kippte in Mathe auf die Zwei, wenn sie heute eine Drei baute; man mußte den Durchschnitt neu berechnen, und dann war es gar nicht so, daß Angi *unbedingt* vor ihr lag, da bestand plötzlich wieder Hoffnung. Die Aufgabe zwei - Monikas Blick huschte aufs Nachbarheft, der gleiche Ansatz bei Angelika wie bei ihr, kein Problem also, jetzt kam auch Angelika anscheinend besser vom Fleck, aber sie hatte Zeit verloren, und der Brokken lag noch vor ihr. Monika dachte: Zwölf Minuten noch. Letscho fragte eben munter: „Noch keiner fertig?" Ein Kribbeln lief durch Monikas Arm, als sie den Bogen mit der falschen Berechnung der Aufgabe drei seitlich aus ihrem Heft herausschob, auf Angelika zu, als sie sich zwingen wollte, nicht zu wissen, was sie tat. Ihr Gesicht rötete sich, als wäre sie beim Stehlen ertappt worden, sie hörte wieder ihre Mutter sagen: „Wenn du dich anstrengst!" und sah das furchtbare schwarze Loch vor sich, wenn sie nicht eine von diesen beiden war. Sie schwitzte in den Achselhöhlen wie schon einmal, als sie in der Aula stand und zum ersten Mal vor der ganzen Schule ein Gedicht aufsagen mußte, Johannes R. Becher: „Der große Plan". Oder Max Zimmering. Monika unterstrich die Resultate sauber, kleidete das Ergebnis der Aufgabe in einen Antwortsatz, wie Letscho es mochte, blickte nicht zu Angelika, wollte nicht wissen, ob Angelika jetzt den falschen Rechenweg abschrieb, dachte: Sie würde sowieso nicht fertig. Aber sie wußte auch, daß Letscho angekündigt hatte, für Teilergebnisse gäbe es Punkte. „Nun mal langsam fertig werden!" Monika drehte sich um. Hotte gab eben das Heft lässig ab, als sei es das Selbstverständlichste von der Welt, daß er als erster fertig war. „Jetzt eene roochen", sagte er halblaut, und Letscho schüttelte drohend die Faust. Monika starrte wieder auf ihr Heft, die Zahlen verschwammen, sie flüsterte: „Schaffst du's noch?" Sie sah, daß Angelika nicht mehr schrieb, fing einen wirren Blick auf, zog den Zettel mit dem falschen Rechenweg unter ihr Heft, schämte sich zum ersten Mal während der grauenvollen letzten Viertelstunde, zwang die Zahlen 1,19 und 1,21 in ihr Hirn, aber die halfen nicht, sie mußte auch denken: Meine beste Freundin.

„Darf ich die Damen bitten?"

Da hielt Monika ihr Heft hoch, wobei sie den linken Arm auf den Zettel mit der fehlerhaften Rechnerei legte, Herr Lettmann nahm ihr Heft und Angelikas Heft und kehrte noch einmal zur vorletzten Bank zurück, wo einer, der fast auf der Vier stand, verzweifelt um Gnadenfrist bat. Aber auch hier ging nichts mehr; Lettmann entrang seinem Sorgenkind das Heft und war noch nicht aus der Tür, da schrie Horst Manzelt schon die Ergebnisse in den Raum, und Angelika Arndt fragte ihre Freundin und Banknachbarin nach deren Resultat der dritten Aufgabe und wurde blaß und biß sich auf die Lippen, und Monika stieß das richtige Ergebnis heraus und ließ den Zettel mit dem falschen Gerechne in ihrer Tasche verschwinden und hoffte, sie könnte ihn schon in dieser Pause vernichten, nie wäre mehr von ihm die Rede, und sie könnte ihn für immer aus ihrem Gedächtnis tilgen.

„Aber du hast doch ..."

„War erst auch Mist bei mir."

„Und ich dachte..."

„Was?"

„Ich hab das abgeschrieben."

Monika kramte in ihrer Tasche, dabei roch sie den Schweiß unter ihrem Arm. „Das Falsche?"

„Ja."

„Mensch, Mensch, bloß gut, daß ich nicht im Heft gerechnet habe." Das schien ein Strohhalm zu sein.
„Und ich dachte, du hättest mir den Zettel extra hingeschoben."
„Ach wo. Du, Angi, doch nicht was Falsches!"
„Ich krieg bestimmt 'ne Drei. Wir schmeißen deinen Zettel rasch weg, ja? Rauskommen kann nichts."
„Nein, rauskommen kann nichts."
In der nächsten Stunde war Deutsch, ein Roman war von einzelnen Schülern stückweise gelesen worden, jetzt setzten sie ihre Kenntnis-Fetzen zusammen. Die Rolle von Kortschinski. Als Nagulnow aus der Partei ausgeschlossen wird. Niemand wußte, was die GPU war, nicht einmal Horst Manzelt, das Geschichtsas. Einmal fragte die Lehrerin die beiden Musterschülerinnen auf der ersten Bank: „Na, ihr, nicht in Form heute?" In der Pause danach wiederholte Angelika: „Du, ich komme bestimmt bloß auf 'ne Drei."
Nach Schulschluß gingen Monika und Angelika zusammen bis zur Kreuzung, sie redeten schlaff über diese Mathematikarbeit und über das Hausarbeitspensum für den nächsten Morgen und über eine Aufsatzgliederung. Zu Hause sagte Monika, sie hätte keinen Hunger, die Mathearbeit hätte sie geschafft für den ganzen Tag. Sie ging in ihr Zimmer und schmiß sich bäuchlings aufs Bett und hoffte, sie könnte einschlafen und hätte, wenn sie erwachte, etwas sehr Schlimmes, Böses vergessen. Aber es war zu hell und zu warm, und eine Spatzenmeute machte unglaublichen Krach.
Nach einer Viertelstunde stand Monika auf und blickte in den Spiegel. Unter den Lidern hatte sich eine spinnwebfeine Falte gebildet. Man konnte sie übersehen, aber sie war da.

Erich Loest: Pistole mit sechzehn. Erzählungen, Hamburg 1979, S. 219-228.

Zu den Dokumenten 4 und 5:

Stundenplan und Stundentafel der EOS - Die Welt der Fächer

Dokument 5 zeigt die Stundentafel für die Erweiterte Oberschule (EOS). Sie entstammt einer Anweisung des Ministeriums für Volksbildung vom 26. Januar 1980 zur Stundentafel an erweiterten allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen (VuM 1981 Nr. 1 S. 1, abgedruckt in der Textausgabe „Sozialistisches Bildungsrecht Volksbildung -Oberschulen") und galt seit dem Schuljahr 1981/82.

Das Fächerspektrum der EOS stimmte fast vollständig mit dem der Oberstufe der Polytechnischen Oberschule (Klassen 7 bis 10, vgl. Abbildung Seite 23) überein. Lediglich eine zweite Fremdsprache wurde im Pflichtbereich zusätzlich unterrichtet, der polytechnische Unterricht wurde in Form eines Wahlpflichtfaches „Wissenschaftlich-praktische Arbeit" weitergeführt. Die ästhetische Komponente war in der Stundentafel noch schwächer ausgeprägt als in der Pflichtschule, es war nur eine Wochenstunde Kunsterziehung oder Musik (als Wahlpflichtfach) vorgesehen. Neben den Regelklassen mit erweitertem Russischunterricht (mit 3-5 Wochenstunden Russisch entsprechend der abgebildeten Stundentafel, aber jeweils einer zusätzlichen Stunde für die zweite Fremdsprache) existierten an einigen Erweiterten Oberschulen Spezialklassen physikalisch-technischer Richtung sowie Klassen mit verstärktem neusprachlichem Unterricht oder verstärktem altsprachlichem Unterricht. Fakultative Kurse konnten bis zum Umfang von drei Wochenstunden gewählt werden. Angeboten wurden vor allem Kurse zur Vertiefung mathematisch-naturwissenschaftlicher Themen und Grundkurse in einer dritten Fremdsprache, darunter auch die Sprachen Polnisch und Tschechisch.

Politische Bildung erfolgte in der DDR zugleich als Unterrichtsprinzip und als Fach (Staatsbürgerkunde) - als parteiliche Unterweisung. Jeder Fachlehrer war verpflichtet, den sogenannten ideologischen Pflichtanteil in seinen Unterricht einzubeziehen.

Arbeitsanregungen:

1) Erstellen Sie mit Hilfe der Stundentafel Ihren Stundenplan als Schülerin/Schüler der 11./12. Klasse einer Erweiterten Oberschule.
2) Vergleichen Sie die Stundentafel der EOS mit einer Stundentafel für die gymnasiale Oberstufe heute.

3) Vergleichen Sie den wöchentlichen Stundenanteil des Politik- bzw. Sozialkundeunterrichts in der gymnasialen Oberstufe mit der Stundenanzahl für das Fach Staatsbürgerkunde an der EOS.
4) Tauschen Sie eigene Erfahrungen aus: Welche Rolle hat politische Erziehung in Ihrer Schulzeit gespielt? Gab es Themen und Werturteile, die erwartet wurden bzw. die man nicht ansprechen durfte? Können Sie sich an Konflikte mit Lehrern oder Mitschülern über politische Fragen erinnern, die eventuell nachteilige Folgen für Sie hatten?

Kapitel II

„Dort kam keine Ruhe mehr an diese Schule"* Eine gezielte Provokation als Konfliktanlaß?

** Volksbildungsministerin Margot Honecker*

Zu den Dokumenten 6 und 7:

Offener Brief und „Kurze Darstellung der Ereignisse"

Der offene Brief des Stadtjugendpfarramts wendet sich „an alle Berliner Gemeinden". Das Stadtjugendpfarramt war für die Koordination der kirchlichen Jugendarbeit in Berlin (Ost) zuständig. Der offene Brief vermittelt einen Eindruck davon, wie Mitglieder von Gemeinden und Oppositionelle aus den Bürgerbewegungen von den Vorgängen an der Carl-von-Ossietzky-Schule erfuhren. Die Herstellung solcher offenen Briefe (Flugblätter) kostete erhebliche Mühe. Sie mußten einzeln als Matrizen abgezogen werden, so daß sie nur in geringen Stückzahlen (etwa 100 bis 200) hergestellt werden konnten. Im Rahmen der Kirche wurden sie zunächst verschickt und dann (auch außerhalb der Kirche) von Hand zu Hand weitergereicht. So konnte durch die Nutzung der kirchlichen Organisationsstrukturen eine *Öffentlichkeit* für den Fall hergestellt werden. Durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung sollte Druck auf die politischen Entscheidungsträger ausgeübt werden. Zugleich erhofften sich die Betroffenen durch die Beteiligung der Kirche und die Information der Öffentlichkeit einen gewissen Schutz vor weiterer Bestrafung. Sicher waren sie sich ihrer Sache allerdings nicht: Diese „Provokation" hätte auch zu weiterer staatlicher Verfolgung führen können. In einigen der betroffenen Familien rechnete man täglich mit Verhaftungen.

Hinweis: Die Diskussionen, die unter den bestraften Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern zu diesem Punkt geführt wurden, finden Sie im Kommentar zu Dokument 49 (Seite 99). Um die Mobilisierung der öffentlichen Meinung geht es schon in Dokument 10: Schüler Kai sammelt Unterschriften gegen eine Militärparade. Stellen diese Unterschriftensammlung und zwei weitere Wandzeitungsartikel (Dokumente 8 und 12) eine „Provokation des Staates" dar? Werden die kritischen Schülerinnen und Schüler durch ihre Aktionen zu „Staatsfeinden"? Darüber diskutieren die Genossen Lehrer auf der Parteiversammlung (Dokument 20). Die „Kurze Darstellung der Ereignisse", die als Anlage mit dem offenen Brief verschickt wurde, informiert Sie zunächst über den Fall aus Sicht der Betroffenen.

Zu den Dokumenten 8 und 9:

Wandzeitungsartikel (1) über die Situation in Polen und Berichte in der DDR-Presse

„So sehen wir das." = Anspielung auf eine entsprechende Rubrik in der FDJ-Zeitung „Junge Welt"

VR = „Volksrepublik"

PAP = „Polnische Presseagentur" (offizielle Presseagentur der Volksrepublik Polen)

PVAP = „Vereinigte Polnische Arbeiterpartei" (polnisches Pendant zur SED)

Sloty = Polnische Währung (100 Sloty wurden 1988 gegen 0,76 D-Mark getauscht.)

Die „Speaker's Corner", eine Art „Schwarzes Brett", hing seit 1986 im Foyer der Carl-von-Ossietzky-Schule. Sie war auf Initiative der FDJ mit Duldung des Direktors eingerichtet worden.

Atmosphäre des offenen Meinungsstreits

Die Situation zu Beginn des Jahres 1988/89 ergab, bezogen auf die Bereitschaft der Lehrer, sich den Fragen der Schüler zu allen bewegenden Problemen der nationalen und internationalen Entwicklung zu stellen, und gemeinsam mit ihnen nach Antworten zu suchen, aus unserem gemeinsamen, in den vergangenen Jahren entwickelten praktizierten Überlegen und Suchen nach einer Atmosphäre des offenen Meinungsstreits.

Wir hatten uns zunehmend darauf verständigt, den offenen Meinungsstreit zu pflegen und auch kontroversen Meinungen Raum zu geben. Nach unserem Verständnis mußte die Schule der Ort sein, wo jeder Schüler die ihn interessierenden und

berührenden Fragen stellen kann, wo ihm auch erlaubt ist, Zweifel anzumelden und Vorschläge zur Entwicklung des Schulklimas in der genannten Hinsicht zu unterbreiten. Der Weg dieser Auffassung war auch für uns Lehrer der EOS „Carl von Ossietzky" nicht leicht, wir haben uns dann, wenn es konkret wurde, lange beraten und miteinander diskutiert, uns Stärke und Vertrauen in die Richtigkeit unserer Grundauffassung gegeben. Dies war um so notwendiger, als wir uns mit unserem Herangehen fast ständig in den Widerspruch zwischen den im Schulhaus vertretenen Schüler- und Lehrermeinungen einerseits und den Auffassungen über die politische Führung einer Schule (besonders EOS), die im Ministerium für Volksbildung, der Stadtbezirksabteilung und der Parteiebene (ehemalige SED) vorherrschten, brachten.

aus: handschriftliche Stellungnahme des Direktors der EOS „ Carl von Ossietzky " gegenüber dem Kreiskriminalamt Pankow, 20. März 1990.

Diskussionen in der Schule

Als diese Artikel aushingen, da war eine unwahrscheinliche Diskussion in der Schule. Das Schuljahr hatte ja gerade erst begonnen, und normalerweise mußten diese politischen Diskussionen immer erst angekurbelt werden. Wir waren eigentlich alle erfreut, daß es so eine Diskussion gab und ein Pro und Contra, und die Schüler waren also richtig eifrig dabei. Es war wirklich eine ganz tolle Situation - durch diese Artikel! Nun haben wir alle mitgemischt: die Schüler und die Lehrer. Wir haben in den Pausen diskutiert und so weiter. Wir fanden auch nichts Schlimmes dabei. Allerdings haben sich viele an der Form dieses Artikels gestoßen, weil das eben so reißerisch aufgemacht war. Über diese Form konnte man sich wirklich streiten.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Die Parteisekretärin meint, der Artikel über die Volksrepublik Polen sei „reißerisch" aufgemacht gewesen. Die „Kurze Darstellung der Ereignisse" im offenen Brief des Stadtjugendpfarramtes spricht dagegen von einer „sachlichen Grundhaltung des Artikels" (Dokument 7). Urteilen Sie selbst, indem Sie Dokument 9 zu Hilfe nehmen. Dort finden Sie einige der Zeitungsausschnitte, die Benjamin und Shenja-Paul für ihren Artikel verwendeten. Sie stammen aus den DDR-Zeitungen „Neues Deutschland" (zu dieser Zeitung vgl. auch Seite 117) und „Berliner Zeitung".

Als Lehrerin und Parteisekretärin sorgt sich Frau E. um den Schulfrieden. Erinnern Sie sich an Redensarten wie: „Wenn das jeder machen würde..." oder „Wenn dieses Beispiel Schule macht...". Die zur Genossenelternversammlung eingeladenen Eltern reagieren ähnlich: Sie verweisen auf andere sozialistische Länder, in denen „es auch unter der Jugend angefangen" habe (Kapitel III, Kommentar zu Dokument 36). Dabei geht es weniger um den Inhalt eines einzigen kritischen Artikels. Eltern und Lehrer sorgen sich um das Klima an der Schule.

Gutes Schulklima

(…) Es ist deshalb nicht ohne Bedeutung, welches Klima in der Schule herrscht, welche Normen und Gewohnheiten dort gelten. Bereits auf der Zentralen Direktorenkonferenz haben wir hervorgehoben, wie wichtig für die Schüler eine Atmosphäre in der Schule ist, in der Ordnung herrscht, Normen gesetzt sind, die für die Beziehungen in unserer Gesellschaft charakteristisch sind. Solche Normen in den Kollektiven, in den Beziehungen der Lehrer und der Schüler untereinander, Beziehungen eines achtungsvollen, freundlichen, gerechten Umgangs miteinander im Alltag wirken weit über die Schulzeit hinaus.

Wir bekräftigen nachdrücklich, daß der Anspruch an sozialistische Erziehung heute und auch künftig in erster Linie durch einen wissenschaftlichen, von unserer Ideologie durchdrungenen, parteilichen und lebensverbundenen Unterricht realisiert wird, durch das vorbildliche und pädagogische Wirken jedes Lehrers und Erziehers.

aus der Rede Margot Honeckers auf dem IX. Pädagogischen Kongreß in der DDR im Juli 1989 (vollständig abgedruckt in: Deutsche Lehrerzeitung 25/89). - Zur Interpretation offizieller Texte aus der DDR finden Sie Hinweise auf Seite 72f.

Arbeitsanregungen:

Streitgespräch

Am 24.09.1988, es war ein Sonnabend, kam es in einer Pause zu einem Streitgespräch zwischen mir und einigen Mitschülern. Sie hielten mir vor, daß ich sie in Gewissenszwang brächte. Ich sollte aufhören mit dem Diskutieren, weil ich damit alles bisher Gewonnene („Speaker's Corner") aufs Spiel setze. Diese Diskussion wurde von der Chemielehrerin Frau R. aufgegriffen und ohne meinen Willen in die Unterrichtszeit ausgedehnt. Die Lehrerin meinte am Ende der Stunde, daß es gut gewesen sei, die Stunde darüber zu diskutieren.

aus: Vernehmungsprotokoll des Zeugen Benjamin L., Kreiskriminalamt Pankow, 26. Februar 1990.

Gegenartikel

Frage: Es wurde bekannt, daß Sie Anfang September 1988 einen Artikel von der „Speaker's Corner" mit dem Inhalt über die Rolle Solidarnosc abgenommen haben und diesen mit nach Hause nahmen. Was war der Grund hierfür (…)?

Antwort: (…) Den Artikel habe ich mitgenommen, weil ich der Ansicht war, daß man gesellschaftliche und geschichtliche Verhältnisse nicht so auf diese Art und Weise reduzieren kann. Ich habe einen kleinen Beitrag dazu geschrieben mit dem Hinweis bzw. Vorschlag, darüber ein Gespräch zu führen bzw. zu diskutieren. Das erfolgte jedoch auf Grund der dann folgenden Ereignisse nicht mehr.

aus: Vernehmungsprotokoll des Zeugen Karsten K., Kreiskriminalamt Pankow, 21. März 1990. (Karsten K. war der Sohn eines einflußreichen Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs und besuchte die Ossietzky-Schule.)

1) Versuchen Sie, sich die Schülerdiskussion, von der Benjamin berichtet, und die vorgetragenen Argumente zu vergegenwärtigen.
2) Verfassen Sie den kleinen Beitrag aus der Sicht von Karsten. (Karsten besuchte seit September 1988 die EOS „Carl von Ossietzky". Vgl. auch Seite 100)

Zu Dokument 10:

Wandzeitungsartikel (2) und Unterschriftensammlung gegen eine Militärparade in der DDR

Der Wandzeitungsartikel von Kai stellt den Sinn von Militärparaden in Frage. Kai hängt ihn zunächst als Plakat an der „Speaker's Corner" aus. Aus der Schüler- wie auch aus der Lehrerschaft kommen sowohl positive als auch negative Reaktionen. Einige Schülerinnen und Schüler unterschreiben den Text spontan. Daraufhin reicht Kai seinen Artikel als Unterschriftenliste in der Schule herum. 38 Schülerinnen und Schüler unterschreiben. Eine Genehmigung des Schulleiters hat Kai nicht eingeholt.

Das ursprüngliche Plakat von Kai konnte später nicht mehr wiedergefunden werden. Eine Abschrift des Textes übermittelt der Direktor als Anlage einer Fallmeldung an die Stadtbezirksschulrätin. (Zur Fallmeldung selbst siehe Dokument 14). „Anlage 2" enthält die schriftlichen Stellungnahmen, die als Reaktion auf Kais Plakat an der „Speaker's Corner" angebracht wurden. Eine dritte Anlage, die hier nicht abgedruckt ist, bezieht sich auf die Unterschriftensammlung und listet die „persönlichen Daten der unterzeichnenden Schüler" auf.

Ein Anlaß für Kai, die Militärparade zum 39. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1988 in Frage zu stellen, war die Flugkatastrophe auf dem US-Militärflugplatz im pfälzischen Ort Ramstein. Dort waren am 28. August 1988 bei einer militärischen Flugschau drei italienische Kampfflugzeuge in geringer Höhe zusammengestoßen, eines von ihnen ist brennend in die Zuschauermenge gerast. Dabei kamen zahlreiche Menschen ums Leben, über 300 wurden schwer verletzt. Dieses Ereignis wurde von der DDR-Presse ausführlich zur Kritik an der Militärpolitik der NATO-Staaten genutzt. Schülerin Katja münzt diese Kritik auf die Militärparade in der DDR um:

Politinformation

Ich hatte am ersten Tag des neuen Schuljahres die Aufgabe, eine Politinformation vor der Klasse durchzuführen. Ich wählte das Thema: „Die Katastrophe in Ramstein in der BRD." Im Ergebnis der Behandlung dieses Themas warf ich die Frage auf, „ob unsere Militärparade nicht auch nur eine Demonstration von Stärke und Macht darstellt". Darüber wurde dann in der Klasse auch ganz offen diskutiert.

Kai hat dann im Ergebnis einen Artikel verfaßt, der den Sinn von Militärparaden in Frage stellte. Diesen Artikel habe ich dann auch unterschrieben und dieser wurde an der „Speaker's Corner" an der EOS „C.v.O." ausgehängt und zur Diskussion gestellt. (…) Dieses Schreiben mit unseren Unterschriften wollten wir an das Verteidigungsministerium schicken.

aus: Vernehmungsprotokoll der Zeugin Katja I., Kreiskriminalamt Pankow, 8. März 1990.

38 Schülerinnen und Schüler unterschreiben Kais Text. Die Unterschriften will Kai später an den Verteidigungsminister schicken. In einem Interview des DDR-Fernsehens, das vor dem 9. November 1989 (dem Tag der Grenzöffnung) geführt, aber erst am 14. November 1989 in der erstmalig ausgestrahlten Sendung „Klartext" gezeigt wurde, begründet er seine Aktion:

Ein politisches Symbol

Schüler Kai: Warum Unterschriftensammlung? Ich denke nach wie vor, daß eine Unterschriftensammlung eine geeignete Methode der Meinungsäußerung ist. Mir ging es vor allem darum, auch zu dokumentieren, daß eben längst nicht mehr alle Abiturienten nun voll auf der Linie der Führung mitreiten.

Gegen die Militärparade, das war mehr Zufall. Die lag nunmal so in dieser Zeit. Und die hat natürlich einen großen Symbolcharakter und strahlt irgendwo für mich immer eine Geisteshaltung aus, die ich für ein Überbleibsel aus dem preußischen Militarismus halte. Ich glaube auch noch heute, daß wir sowas heutzutage nicht mehr nötig haben.

Schülerin Georgia: Und da habe ich unterschrieben, da ich dachte, daß die Liste dann ans Ministerium oder so entsandt wird. Weil ich das richtig fand. Und daß ich einfach bekunden wollte, daß ich auch der Meinung bin, daß das nicht mehr notwendig ist.

aus: Interview im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November 1989 - Videoaufzeichnung.

Für Kai symbolisiert die Militärparade eine militaristische Einstellung, die er ablehnt. Er weiß, daß er mit seiner Unterschriftensammlung die Parade selbst nicht verhindern kann. Deshalb versucht er, eine öffentliche Diskussion zu provozieren.

Zeichen setzen

Klassenlehrerin Petra L.: Dann kam ich eines Tages in die Schule und da sagte der Direktor: „Bitte informieren und belehren Sie Ihre Schüler, daß Unterschriftensammlungen im Schulhaus verboten sind!" Und das muß man nun mal sagen: Das Strafgesetzbuch der DDR hatte die entsprechenden Paragraphen. Das war nicht gestattet! Und dann bin ich reingegangen und habe belehrt und habe auch noch halb scherzhaft gesagt: „Also Leute, wir klären das anders. Ich will euch nochmal sagen: Das ist nicht gestattet!" und dachte eigentlich auch, daß die Dinge damit erledigt sind. Ich wußte ja auch zu dem Zeitpunkt noch nicht, daß das von den Schülern ja *ganz bewußt* gemacht wurde. Die haben ja im nachhinein auch gesagt, sie wollten ein *Zeichen setzen.*

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Wer für ein bestimmtes Ziel öffentliche Unterstützung erreichen möchte, versucht häufig, symbolische Aktionen durchzuführen, die sich ihrerseits ebenfalls gegen politische Symbole (in diesem Fall die Militärparade) richten können.

Öffentliche Aufmerksamkeit erreichten zum Beispiel auch Leipziger Schüler 1956, indem sie ein Ritual mit einem neuen Inhalt füllten und es dadurch provokativ verfremdeten:

Trauerkleidung beim Fahnenappell

Als im Jahre 1956 die Nachricht, daß die ungarische Freiheitsbewegung von russischen Panzern niedergewalzt und zusammengeschossen worden war, Leipzig erreichte, erschienen am folgenden Tag die Schüler des Thomas-Gymnasiums zum ersten Mal vollzählig zum Fahnenappell. Nur, die etwa 40 Schüler und Schülerinnen der Oberklassen trugen Trauerkleidung. Die SED-Funktionäre verstanden. Die Schule wurde sofort geschlossen, was sich rasch herumsprach und sogar durch die ausländische Presse ging. Bestraft wurden die Schüler nicht, da sie weder einen Anstifter noch das allzu offensichtliche Motiv für das Tragen der schwarzen Kleider nannten.

aus: Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg. Erg. Neuaufl., 3. Aufl. Waldkirch 1981, S. 162f.

Anders als Georgia, die „einfach bekunden wollte, daß ich auch der Meinung bin, daß das [Militärparaden] nicht mehr notwendig ist", bestätigt Kai, was ihm später vorgeworfen wird: Er habe mit der Unterschriftensammlung nicht nur gegen die Militärparade protestieren, sondern zugleich darauf hinweisen wollen, „daß längst nicht mehr alle Abiturienten nun voll auf der Linie der Führung mitreiten". Die Funktionäre des

Ministeriums für Volksbildung werten diese Absicht später als fehlende „politisch-moralische und charakterliche Reife", die ebenso wie die „Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik" in Paragraph 2 Absatz II der Aufnahmeordnung (Dokument 2) gefordert werde.

Kai bestreitet jedoch, daß die beabsichtigte Distanz zur Führung des Staates und mangelnde Verbundenheit mit der DDR gleichzusetzen seien. In einer Erklärung, die zusammen mit dem offenen Brief des Stadtjugendpfarramts (Dokument 6) und der „Kurzen Darstellung der Ereignisse" (Dokument 7) am 4. November 1988 an alle Berliner Gemeinden verschickt wurde, schreiben Kai, Benjamin, Katja, Alexander, Shenja-Paul und Philipp: „Die gegen uns erhobenen Vorwürfe veranlassen uns, noch einmal die Gemeinsamkeiten unserer politischen Überzeugungen und damit auch unsere Grundhaltung zu unserem Staat darzulegen: Wir wollen in der DDR leben und lernen. Wir wollen schöpferisch an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft mitwirken. Wir wollen offen unsere Meinung äußern und diskutieren."

Obwohl jede Parteiversammlung stolz auf einen (angeblich) „ehrlichen und kritischen Meinungsaustausch" war (vgl. auch Dokument 20) und Teilnehmer an offiziellen Veranstaltungen stets zur „offenen und freimütigen Diskussion" aufgefordert wurden, zeigt der Fall, wo die Trennlinie zwischen erlaubter und unerlaubter Kritik verlief:

„Halten zu Gnaden"

Lehrer Manfred W.: Frau L., Klassenlehrerin von Kai und Katja, hatte mehrmals zu verstehen gegeben und auch öffentlich geäußert, daß sie nicht einverstanden ist mit der Tatsache, daß eine Militärparade durchgeführt wird, daß sie da also auf der Seite der Schüler steht.

Aber ich glaube, sie wollte das auf eine andere Weise lösen: indem sie einen Brief nach oben gesandt hätten - einen Brief, in dem eine gewisse Unterwürfigkeit, die Achtung vor der Obrigkeit nicht verlorengeht. Das durfte man. Man konnte ja manches kritisieren. Aber es durfte nicht eine solche „Respektlosigkeit" sein, wie sie in diesem Text zum Ausdruck kam, den die Schüler da unterzeichneten.

Frau L. meinte: Wir schicken eben dann einen Brief direkt an den Staatsrat [„kollektives Staatsoberhaupt" der DDR; Funktion eines repräsentierenden Staatspräsidenten] oder so und bringen darin zum Ausdruck, daß wir diese Parade - in vorsichtigen Worten: nicht für günstig halten. Das durfte man ja. Man durfte sich nur nicht offen der Obrigkeit widersetzen.

Wie wäre das weitergegangen? Dieser Brief wäre nach oben gegangen und dann...

...wäre gar nichts passiert.

Hätte es einen Antwortbrief gegeben?

Es hätte einen Antwortbrief gegeben. Und da hätte Frau L. auch einiges einstecken müssen. Man hätte sie gefragt, warum sie dem nicht entgegengetreten ist.

Eine gewisse Liberalität hatte das System inzwischen schon entwickelt. Sie waren klug genug, um solche Dinge zu dulden. Nur dieser ehrfürchtige Ton, dieses etwas Unterwürfige durfte nicht fehlen. Man durfte sich ja etwas aufbäumen, aber dann mußte man wieder zu diesem „Halten zu Gnaden" zurückkehren. Wenn das geschehen wäre, wäre das alles nicht so schlimm geworden.

Andererseits wäre diese ganze Geschichte sowieso in der Weise gelaufen, wie es die Obrigkeit vorhatte. Aber ich meine, wenn das der einzige Fall gewesen wäre, nur das, wenn es nur um die Parade gegangen wäre und man ein solches Schreiben verfaßt hätte und es hätte an dem nötigen Respekt nicht gefehlt, wäre gar nichts Schlimmes passiert.

Nun ist es ja so, daß die Schüler Öffentlichkeit herstellen wollten. Wäre dieser Effekt mit einem solchen Schreiben denn auch erreicht worden?

Nein, eben nicht. Niemand hätte das erfahren.

Man hätte das auch nicht in der „Jungen Welt" veröffentlichen können - den Brief und die Antwort?

Ach was! Die „Junge Welt" hätte das niemals gedruckt! Es wäre versickert. Man hätte gewissermaßen diesen Zorn abgeleitet.

Wäre es denkbar gewesen, eine Veranstaltung in der Schule zu organisieren?

Das hätte der Direktor öffentlich niemals geduldet.

Nicht mal in Form von Fragen?

Ja, das vielleicht. Fragen durfte man ja. Und dann hätte man die Antwort mehr oder weniger akzeptieren müssen. Dann wäre die Sache erledigt gewesen. Aber das wollten die Schüler ja offensichtlich nicht. Die wollten ja nun wirklich …

.. .Protest zum Ausdruck bringen.

Ja. Sie wollten an dieser Stelle nicht mehr mitmachen. Das war „das Problem". Und das hätte Frau L. „pädagogisch lösen" sollen. Und das war nicht möglich.

Also gab es für die Schüler eigentlich kein Forum, wo sie solchen Protest hätten unterbringen können?

Nein. Das gab es nicht. Oder nur scheinbar! Es gab alles zum Schein. Es wurden Foren durchgeführt, aber die waren so angelegt - es wurde ja alles geplant -, daß am Ende wieder die „richtige Meinung" die herrschende war.

aus: Interview A. Zühlke mit Lehrer Manfred W., Mai 1991.

Kai und jene Schüler, die seinen Artikel zunächst unterschreiben (30 von ihnen ziehen ihre Unterschrift auf Druck ihrer Eltern und ihrer Lehrer wenige Tage darauf wieder zurück), üben öffentlich Kritik. Damit verlassen sie die Doppelrolle des loyalen Staatsbürgers, der Kritik nur privat äußert.

Zwiedenken

Glaubt man den Medien der DDR, so steht einer klugen Führung eine bereitwillige und mitdenkende Bevölkerung zur Seite. Aber die Erfolgsmeldungen der Führung über „ihre Bevölkerung" täuschen.

Der Widerspruch erklärt sich durch ein Phänomen, das in der theoretischen Diskussion als Differenz zwischen den Erfahrungen im Alltag und den ideologischen Normen und Erziehungsstrategien formuliert wurde und das im gelebten Leben als alltägliche „Schizophrenie" erscheint.

Tagsüber - bei der Arbeit, im Büro, in der Schule, in der Fabrik, auf den Massenversammlungen und Demonstrationen - wird dem Staat und der Partei Loyalität bekundet, wird im Staatsbürgerkundeunterricht sozialistisches Bewußtsein demonstriert und auf dem Amt die notorische Subalternität [= Unterwürfigkeit] gepflegt. Außerhalb der Arbeit - im privaten Rahmen - sieht alles anders aus. Da schimpft und opponiert man, da gelten andere Denkmuster.

(…) Der Tribut an Staat und Partei, der von niemandem in Frage gestellt wird, erscheint als veräußerlichtes Ritual, das mit dem Denken und Bewußtsein der Menschen nicht mehr viel zu tun hat. Ein glaubwürdiger Schizophrener zu sein, gilt heute als positiver Lebenswert. Das Zwiedenken wird dem Kind schon von klein auf abverlangt: bei den Jungen Pionieren, in der Schule, in der FDJ, am Arbeitsplatz.

(…) Es spielt keine Rolle, wieviel *innere* Ablehnung der einzelne Bürger seinem Staat entgegenbringt, solange er diese nur in seinem privaten Rahmen äußert. Sobald sich aber die Kritik als Alternative zum vorherrschenden Denken *öffentlich* präsentiert, greift der Staat ein.

aus: Antonia Grunenberg, Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Hrsg. von Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann. Bonn 1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 275), S. 221-238, hier: S. 228.

Das Verhältnis zwischen der in allen öffentlichen Bereichen geforderten Parteinahme für die Politik der Staats- und Parteiführung und dem Recht auf Meinungsfreiheit verdeutlicht auch Artikel 27 der Verfassung der DDR:

Verfassung der DDR: Artikel 27

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht wird durch kein Dienst- oder Arbeitsverhältnis beschränkt. Niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

(2) Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung bestand also nur „den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß". Das bezog sich vor allem auf Artikel 1 der DDR-Verfassung, der den Sozialismus als Gesellschaftsordnung und die führende Rolle der SED darin festschrieb.

Obwohl den später relegierten Schülern nun vorgeworfen wird, sich „antisozialistisch" verhalten zu haben, sind sie einige Monate zuvor zur Erweiterten Oberschule delegiert und damit anderen Bewerbern vorgezogen worden, gerade weil sie „bewußtes gesellschaftliches Engagement" und „vorbildliches Verhalten" bewiesen hätten (vgl. Dokument 1). Darauf macht später auch die Pankower SED-Kreisleitung aufmerksam (Dokument 15, dort Seite 7). Die Behauptung der oben zitierten Lehrerin T., ein Schüler, dem für den Wechsel zur Erweiterten Oberschule eine „parteiliche Haltung" attestiert worden sei, laufe eben „in dem Gleis, in dem er zu laufen hat oder macht das, was von ihm erwartet wird" (Seite 19), wird dadurch in ihrer Zwangsläufigkeit eingeschränkt.

Arbeitsanregungen:

1) Erinnern Sie sich an eine Situation, in der sie selbst aufgefordert wurden, einen öffentlichen Aufruf zu unterschreiben. Auch das Ausliegen einer Unterschriftenliste (im Büro, im Laden, beim Vereinstreffen) ist eine „stumme" Aufforderung, Stellung zu nehmen. Welche innerlichen Abwägungen treffen Sie in diesem Moment?

2) Stimmen Sie Kais Ansicht zu, eine Unterschriftensammlung sei „eine geeignete Methode der Meinungsäußerung"? Haben Sie die Überzeugung in die Tat umgesetzt? Haben Sie selbst einmal überlegt, durch eine Unterschriftensammlung „ein Zeichen zu setzen"? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

3) Formulieren Sie eine Eingabe an den Staatsrat. Berücksichtigen Sie dabei auch die Ausführungen von Lehrer Manfred W. Die Funktion von Eingaben im Verwaltungssystem der DDR wird auf Seite 100f. erläutert.

4) Auch im Schulrecht der Länder der Bundesrepublik waren und sind Unterschriftensammlungen genehmigungspflichtig. Halten Sie diese Regelung für angemessen? Diskutieren Sie mögliche Konfliktfälle:

   a) Wie sollte ein Schulleiter/Klassenleiter reagieren, wenn er von einer vollzogenen Unterschriftensammlung seiner Schüler zu einer aktuellen politischen Streitfrage aus der Lokalzeitung erfährt?

   b) Wie reagieren Sie als erziehungsberechtigte Eltern, wenn Sie von Ihren Kindern erfahren, daß diese „spontan" (ohne Genehmigung) sich gegen eine empfundene Ungerechtigkeit empören?

Zu Dokument 11:

Militärparade

Die Kampfpresse der FDJ

Die besondere journalistische Aufmerksamkeit der Partei gilt jedoch der Jugend, dem ausgemachten „Zielobjekt des Klassengegners". Konsequent setzt sie der Infiltration durch das Westfernsehen die eigene Jugendpresse mit einem klaren Erziehungsprogramm entgegen. Als Hauptwaffe wird hier die „Junge Welt" eingesetzt, das tägliche Kampforgan des FDJ-Zentralrats. (…)

Die „Junge Welt" stellt zum einen eine Art Miniausgabe des „Neuen Deutschland" dar; die aktuellen Meldungen werden hier in Kurzform wiedergegeben. Das Erziehungsprogramm der Zeitung aber ist geschickt ausgeklügelt und auf die gleichzeitige Bewältigung aller großen Probleme zugeschnitten. Über einen kumpeligen Ton wird zunächst versucht, den privaten Interessen der Jugendlichen gerecht zu werden. Fürsorglich widmet sich das Blatt dem ersten sexuellen Erlebnis, der neuesten Mode, dem Sport.

Dann folgen die Schwerpunkte. Ein breites Feld wird stets der „wissenschaftlich-technischen Revolution" eingeräumt - jede Ausgabe wimmelt von FDJlern, die (bevorzugt im Blauhemd) an Computern basteln und sichtlich von der „Liebe zur Wissenschaft" durchdrungen sind. Den zweiten Schwerpunkt setzt die Erziehung zum „festen Klassenstandpunkt" - und hier gerät das Organ regelrecht zur Keule: Patriotismus, Wehrbereitschaft, Disziplin und Linientreue werden per Leitartikel, Kommentar oder Leserbrief dem Jugendlichen unermüdlich ins Bewußtsein gehämmert.

aus: Freya Klier, Lüg Vaterland: Erziehung in der DDR. München 1990, S. 176-184. (Freya Klier, geboren 1950 in Dresden, war freischaffende Theaterregisseurin in der DDR. 1985 erhielt sie Berufsverbot. Anfang 1988 wurde sie aus der DDR ausgebürgert.)

Der Artikel „Des Volkes Soldaten demonstrierten die Kraft des Friedens" erscheint in der Wochenendausgabe des FDJ-Zentralorgans „Junge Welt" am 8./9. Oktober 1988. Berichtet wird über die „Ehrenparade der Nationalen Volksarmee zum Nationalfeiertag" - eben jene Militärparade, deren Sinn Kai und seine Mitschüler in Frage gestellt hatten.

„Selbst wenn Äußerlichkeiten bei solchen Paraden manche die Stirn runzeln lassen…", heißt es in der dritten Spalte des Artikels, „unter dem NVA-Stahlhelm sieht es anders aus." Daß Pankower Schüler

öffentlich Kritik an der Militärparade geäußert hatten, hatte sich nicht nur in oppositionellen Gruppen und Teilen der Evangelischen Kirche herumgesprochen. Auch der Zentralrat der FDJ war informiert (vgl. Dokument 41). Das Zugeständnis, die Erscheinungsform der Parade könne zu Kritik Anlaß geben, läßt sich als Reaktion auf diese Kritik deuten. Im vorletzten Absatz des Artikels heißt es: „Bliebe also die Frage nach dem heutigen Sinn unserer Soldatenparade, wo in der Tat ein echtes erstes Abrüstungsabkommen hoffnungsvolle Zeichen setzte, Dialogpolitik und gegenseitige Manöverbeobachtung vertrauensfördernd wirken." Damit wird der Kritik an der Parade eine gewisse Berechtigung zugesprochen. Zugleich wird die Ehrenparade aber mit dem Hinweis gerechtfertigt, sie sei „eine zeitgemäße, gerechtfertigte Demonstration an zuständige NATO-Adressen". Die Abhaltung von Militärparaden kann als *symbolische Politik* bezeichnet werden. Der Streit um die Militärparade dreht sich also um ihren symbolischen Wert. Während die protestierenden Schülerinnen und Schüler meinen: „Dem internationalen Ansehen der DDR sowie dem gesamten Friedensprozeß würde ein Verzicht auf die Militärparade am 7.10. guttun", ist der FDJ-Zentralrat der Auffassung, die Nationale Volksarmee demonstriere „die Kraft des Friedens".

Schlagzeilen

DDR wird weiter zur Abrüstung beitragen

Sowjetunion will das Wettrüsten auf See beenden. Washington hatte bisherige Angebote abgelehnt

Warschauer Pakt bereit zu Abrüstungsschritten. Nächstes Außenministertreffen 1989 in Berlin

Friedensforen mit Partnerstädten der BRD. Meinungsaustausch über Grundfragen der Gegenwart

Konsultationen Warschauer Vertrag - NATO fortgesetzt. UdSSR-Delegationsleiter drängt auf Erfolge in Wien.

Eduard Schewardnadse: Chancen für weitere Abrüstungsschritte. UdSSR-USA: Zweitägiges Treffen der Außenminister

Sowjetunion unterstützt DDR-Friedensinitiativen. Bedeutung regionaler Abrüstungsmaßnahmen betont.

DDR-Verteidigungsminister: Vorteil der Abrüstung liegt auf der Hand. Interview Heinz Keßlers für BRD-Wochenzeitung

aus: Überschriften der DDR-Tageszeitungen „Neues Deutschland" und „Berliner Zeitung", September und Oktober 1988. (Die beiden SED-Zeitungen waren neben dem Fernsehen aus dem Westen und der DDR die wichtigsten Informationsquellen für die Bevölkerung in Ost-Berlin.)

Zu Dokument 12:

Wandzeitungsartikel (3): Ein Armee-Gedicht als Realsatire

Das Gedicht ist in wörtlicher Fassung der Zeitschrift „Volksarmee" entnommen. Es war bei einem Lyrikwettbewerb in der DDR mit einem Preis ausgezeichnet worden. Die Aktion einiger kritischer Schülerinnen und Schüler bestand „nur" darin, dieses Gedicht an der Wandzeitung ihrer Schule zu veröffentlichen. Sie untertitelten das Gedicht mit der Feststellung:

„Ein Gedicht, das uns sehr zum Nachdenken angeregt hat."

Dies ist ein typischer Satz aus Schüleraufsätzen. Die Wirkungsweise einer Realsatire besteht darin, daß ein Text aus seinem ursprünglichen Kontext (in diesem Fall die Militärzeitschrift) in ein anderes Umfeld

(hier die Wandzeitung in der Schule) gebracht wird. Schon ein knapper ironischer Kommentar kann dann die Provokation bewirken.

Arbeitsanregung:

Versuchen Sie, durch eine Realsatire einen Mißstand in Ihrem Umfeld aufs Korn zu nehmen, um eine Diskussion zu provozieren. Welche Erfahrungen machen Sie?

Die „Speaker's Corner" der EOS „ Carl von Ossietzky"

Zu Dokument 13:

Meldepflicht der Schuldirektoren für außergewöhnliche Vorkommnisse

Die vorliegende Anweisung zur Meldepflicht „außergewöhnlicher Vorkommnisse" war eine „vertrauliche Dienstsache". Deshalb trägt sie den Vermerk „VD". Sie stellt einen Auszug aus der „Informationsordnung" des Ministeriums für Volksbildung dar und stand nur den Direktoren der Schulen zur Verfügung. Allerdings: Vollständig lesen durften sie die Informationsordnung auch nicht. Die Schulleiter wurden in viertel- bis halbjährigen Abständen mündlich von ihrem Inhalt und möglichen Änderungen in Kenntnis gesetzt. (Dienstvorschriften, die nachlesbar sind, erhöhen die Transparenz der Verwaltung!)

Im ersten Teil der Dienstanweisung werden sämtliche Vorkommnisse aufgezählt, die von den Direktoren an die nächsthöhere Verwaltungsinstanz, den Kreisschulrat (Stadtbezi rksschui rat), weitergegeben werden mußten. Unfälle, Sachschäden und schwerere disziplinarische Verstöße - sämtlich Beeinträchtigungen des Schulbetriebs, die von den Leitern der Schulen auch nach dem Schulrecht der Bundesrepublik Deutschland gemeldet werden müssen - sollten dieser Anweisung zufolge ebenso angegeben werden wie politische Vorkommnisse. Die Besonderheit dieser Meldekriterien besteht in der Mischung DDR-spezifischer Delikte („politische Provokationen", „ungesetzliches Verlassen der DDR") mit funktionalen Störungen („plötzlich auftretende Massenerkrankungen"), die auch an bundesdeutschen Schulen gemeldet werden müssen.

Die praktischen Konsequenzen und damit die Brisanz dieser Dienstanweisung können erst vor dem Hintergrund ihrer Interpretation sichtbar werden. Was ist eine „politische Provokation"? Darüber diskutieren die Genossen Lehrer auf der Parteiversammlung (Dokument 20).

Arbeitsanregungen:

1) Ist eine ungenehmigte Unterschriftensammlung nach dieser Anweisung meldepflichtig? Begründen Sie Ihre Auffassung!

2) Wenn Sie die Dokumente 8, 10 und 12 durchgearbeitet haben, wissen Sie, was an der erweiterten Oberschule „Carl von Ossietzky" zu Beginn des Schuljahres 1988/89 vor sich gegangen ist. Versetzen Sie sich in die Situation des Direktors dieser Schule und schreiben Sie eine Fallmeldung! Wie eine solche Meldung abzufassen ist, wird in der vorliegenden Anweisung unter Punkt 2 erläutert. Vergleichen Sie sie dann mit der realen Fallmeldung (Dokument 14).

3) Erkundigen Sie sich (bei Ihrem Schulleiter/bei der Personalvertretung/beim Schulrat/im Bezirksamt), welche Vorkommnisse nach dem Schulrecht Ihres Bundeslandes meldepflichtig sind. Recherchieren Sie, wie das Gesetz/die Verordnung in der Praxis angewandt wird: Über welche Vorfälle muß die Schulleitung Bericht erstatten? Wann geben Sie an Ihrem Arbeitsplatz (Betrieb, Behörde usw.) Informationen nach außen bzw. nach oben weiter, was regeln Sie - unter Umständen entgegen den Vorschriften - intern?

Zu den Dokumenten 14,15,16 und 17:

Die Fallmeldung des Direktors auf dem Großen Dienstweg

Wie entsteht ein „Fall"?

Parteisekretärin: Daß da nun so ein Fall draus geworden ist und es diese Fallmeldung gab, das ist diese Unterschriftensammlung gewesen! Diese unerlaubte Unterschriftensammlung. Und da fühlte sich natürlich auch der Direktor in der Pflicht, das zu melden. Ohne Unterschriftensammlung wäre das sicherlich nicht so gekommen. Es ist wirklich eine unerlaubte Sache gewesen.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Direktor F. schreibt am 16./17. September 1988 eine Fallmeldung an die Pankower Stadtbezirksschulrätin V. (Dokument 14, im Original handschriftlich). Sie geht zugleich an die örtliche Kreisleitung der SED. Von dort aus wird der Fall am 18. September 1988, einem Sonntag (!), auf dem Großen Dienstweg weiter „nach oben" gemeldet, nämlich an die Berliner Bezirksschulrätin 0. und an die Berliner Bezirksleitung der SED (Dokument 15). Die Bezirksschulrätin informiert ihrerseits die Hauptschulinspektion, die wiederum eine „Sofortinformation" für Volksbildungsministerin Margot Honecker verfaßt (Dokument 16). Sie geht am 22. September 1988 im „Büro des Ministers" ein (Eingangsstempel). Dort liegt die Fallmeldung des Direktors aber bereits seit Montag, dem 19. September 1988, im Original vor. Möglicherweise ist sie direkt über Bezirksschulrätin 0. oder auch auf einem anderen Weg dorthin gelangt. Im Behördenjargon spricht man in solchen Fällen auch vom „Kurzen Dienstweg".

Auf Seite 49f. sind zur besseren Orientierung die Hierarchien von SED, Volksbildungsministerium und FDJ abgebildet. Sie bieten die Möglichkeit, den Weg der Fallmeldung nachzuverfolgen.

„Aus den Akten des ehemaligen Ministeriums für Volksbildung zu diesem Vorgang ergibt sich, daß fast alle Schriftstücke über den Schreibtisch von Frau Margot Honecker gegangen sind und von ihr mit Datum signiert und z.T. mit handschriftlichen Notizen versehen wurden. Die Umsetzung überließ sie dann Herrn Werner Lorenz als Staatssekretär. Während Schriftstücke von den unteren Ebenen nach oben vorliegen, gibt es für die Festlegungen von oben nach unten kaum beweisfähiges Material. Schriftstücke, die man als Weisungen ansehen könnte, tragen kein Datum und keine Unterschrift. Sie resultieren aus handschriftlichen Mitschriften mündlich erteilter Weisungen. (…) Über interne Beratungen im Ministerium [vgl. dazu auch die Aussage der Bezirksschulinspektorin, Dokument 31] und deren Inhalt zwischen dem 17. und 19.09. 1988 konnte keine Klarheit gewonnen werden. Am 19.09. fand unter Leitung von Herrn Lorenz, an der Vertreter aller Leitungsebenen teilnahmen incl. des Direktors, eine Sitzung statt, bei der mündliche Weisungen für ein scharfes Vorgehen gegeben worden sein sollen - was glaubwürdig erscheint. Die unteren Leitungsebenen wurden wegen ihres laschen Vorgehens und der späten Fallmeldung scharf kritisiert."

(aus: Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission der Stadtbezirksversammlung Pankow zu den Vorgängen an der EOS „ Carl von Ossietzky ", 8. September 1990)

Eine der wenigen schriftlichen Anordnungen „von oben nach unten" ist die Anweisung der Pankower SED-Kreisleitung an die Schule (Dokument 17, ohne Unterschrift!). Genau genommen, konnte die SED-Kreisleitung zwar nur die Parteiorganisation an der Schule und nicht die Schule selbst anweisen. Dieser Unterschied wurde in der Praxis aber kaum wahrgenommen. So enthält die Anweisung auch Maßnahmen, die den Direktor und die FDJ betreffen. Der Direktor war allerdings ohnehin angehendes Mitglied (genauer: „Kandidat") der Kreisleitung der Pankower SED. Und im Zweifel gingen Parteiaufträge vor.

Die Anweisung der SED-Kreisleitung enthält einen detaillierten Sitzungsplan für verschiedene schulische und außerschulische Gremien. Dabei wird jeweils ein Verantwortlicher und das Datum der Sitzung bestimmt. Die Kreisleitung versucht sogar, die Ergebnisse vorzugeben. So heißt es für die FDJ: „Ziel ist, daß die Mitglieder der FDJ öffentlich auftreten gegen Machenschaften, die gegen unseren Staat gerichtet sind." Wird sie dieses Ziel erreichen? Wie werden sich Lehrer, Eltern und Schüler verhalten? Die folgenden Dokumente geben darüber Auskunft:

Parteiversammlung (Lehrer) :	Dokument 20
FDJ-Versammlungen (Schüler):	Dokumente 42/43
Genossen-Elternversammlung:	Dokument 36

Die Kreisleitung der Pankower SED war allerdings nicht von sich aus tätig geworden. Die ersten von ihr festgelegten „Führungsschritte" gingen nur wenig über die Vorschläge des Direktors hinaus und erlegten der Schulleitung im wesentlichen Informationspflichten auf. Die weiteren „Maßnahmen zur Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit" (Dokument 17) wurden erst auf Anweisung der SED-Bezirksleitung angeordnet. Diese Anweisung liegt zwar nicht im Original vor, in der „Sofortinformation" der Hauptschulinspektion (Dokument 16) wird aber von entsprechenden „Festlegungen" des Ersten Sekretärs der Berliner SED-Bezirksleitung Schabowski berichtet. Der Erste Kreissekretär der SED in Pankow kommentiert später: „Schabowski wird wohl an anderer Stelle Druck bekommen haben. Es war eben so: Eine Sitzung des Sekretariats war ein gewisses Alibi: *Ich habe etwas unternommen."* (aus: Jörn Kalkbrenner, a.a.O., S.27f.)

Druck von oben

Es gab viele Diskussionen und viele Zusammenkünfte mit der Kreisleitung und mit dem Ersten Sekretär der Kreisleitung, der natürlich auch wiederum unter Druck von Schabowski stand. Ich habe einen Telefonanruf miterlebt, wie er am Telefon gezittert hat, als er mit Schabowski gesprochen hat, und wie ihm ein Stein vom Herzen fiel, als er fertig war, daß er ihn nicht so zur Schnecke gemacht hat. Man kann das so richtig nachempfinden. Der Druck kam also praktisch von oben runter, und es wurde immer mehr, und ich war die letzte, die da nun den Druck abgekriegt hat. Und ich mußte nun ebenfalls wieder die offizielle Meinung verkünden.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, Aprill991.

Spaß an der Arbeit

Als ich Erster Sekretär von Berlin wurde, habe ich in der Tat Macht gespürt. Das Phantastische an dieser Sache war, daß ich Macht einsetzen konnte, um Dinge in Bewegung zu bringen, die nützlich sind. Ich konnte formend in dieser Gesellschaft wirken. Ich habe versucht, die Schlupflöcher des bürokratischen Systems zu erkunden und nutzbar zu machen für andere. Ich selber habe davon keinen zusätzlichen Vorteil gehabt, außer daß ich Spaß an dieser Art der Kreativität hatte, in einem Felde, das eigentlich überhaupt keine Spielräume für gesellschaftliche Kreativität zu bieten schien. Das war meine Erfahrung mit der Macht. Natürlich habe ich die Achtung genossen, die meine Arbeit bewirkt hat.

Die Machtfrage

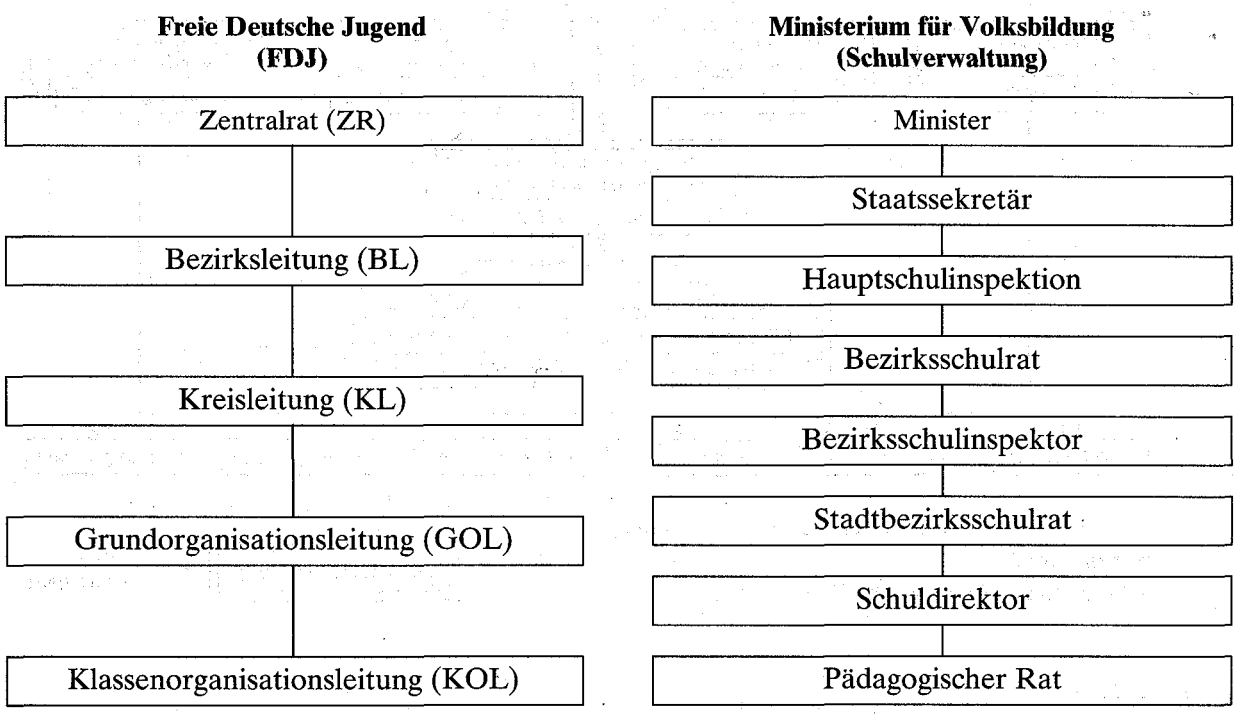
Die Machtfrage war zwar in der Tat eine ganz wichtige Frage; doch sie wurde nicht nur als persönliche Macht Erich Honeckers gesehen, sondern die Macht mußte gesichert werden, damit das sozialmessianische System nicht kaputt ging. Da es immer bedroht zu sein schien, wurde vieles von Honecker als Element der Machtfrage angesehen. Die Medienfrage war ein Teil der Machtfrage, weil über die Medien die Interpretation der Politik an die Bevölkerung erfolgte. Wer die Anleitung der Partei in Frage stellte, rührte an die Machtfrage. Wer die Armee von der Partei befreien wollte, stellte die Machtfrage. Wer den Demokratischen Zentralismus in Frage stellen wollte, stellte die Machtfrage.

Das ist schon richtig: Die Machtfrage war die zentrale Frage des Sozialismus. Doch damit sind wir bei der merkwürdigen Perversion angelangt. Der Sinn und Zweck des Sozialismus, wurde gesagt, ist das Wohlergehen des Volkes. Aber die zentrale Frage ist die Machtfrage. Damit man das tatsächliche oder vermeintliche Wohlsein des Volkes durchsetzen konnte, mußte das Volk parieren, was immer wir ihm auftrugen oder vorsetzten, denn wir waren die einzigen, die wußten, was gut war für das Volk.

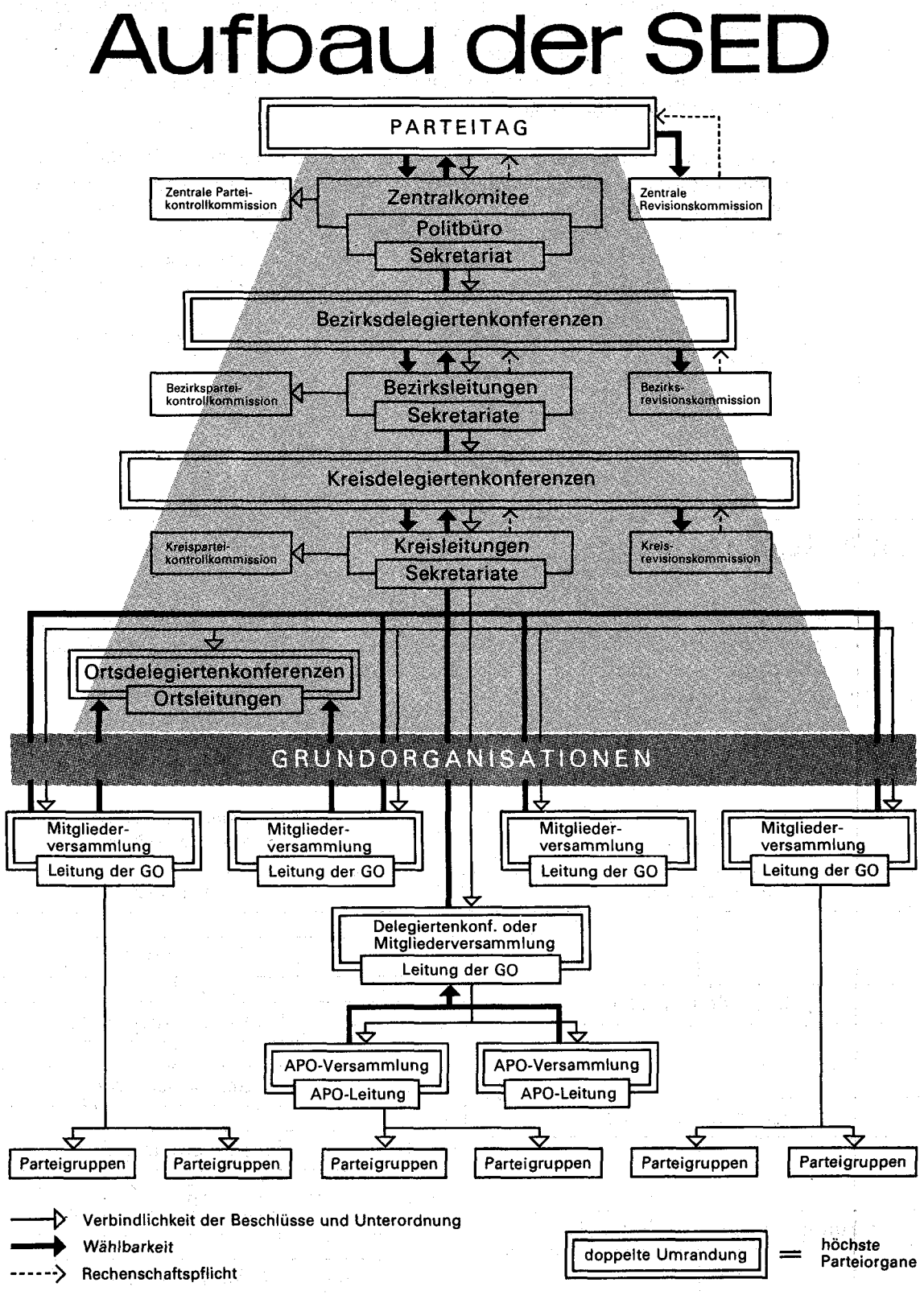
aus: Günter Schabowski, Das Politbüro: Ende eines Mythos. Hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Köhne, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 156ff.

Arbeitsanregung:

Kennen Sie aus Ihrem Erfahrungsbereich Konfliktsituationen, in denen der gewünschte Ausgang eigentlich „von oben" schon entschieden ist, durch Mitbestimmung „der Basis" diese Entscheidung aber noch breitenwirksam legitimiert werden soll (im politischen Jargon der DDR nannte man dies „einen Vorlauf schaffen", vgl. Dokument 41)?



Organisationsaufbau der SED
entsprechend dem Statut von 1976



Quelle: Neuer Weg 17/80

Zu Dokument 18:

Wandzeitungsartikel eines Lehrers („Fragen zum Parteilehrjahr", September 1989)

Alle Lehrer der Erweiterten Oberschulen - auch die, die nicht Parteimitglied waren - mußten einmal monatlich zum „Parteilehrjahr", einer zweistündigen Schulung der SED..

Die Kritik, die Lehrer Manfred W. Anfang September 1989 an der „Speaker's Corner" aushängt, nennt er in Anspielung darauf „Fragen zum Parteilehrjahr" (vgl. Interview Seite 40f.: „fragen durfte man"). Sie wurde von Schul- und Parteileitung als „Provokation" gewertet, aber nicht abgenommen. Der Lehrer setzt sich mit dem Politikverständnis der SED, insbesondere mit dem „Demokratischen Zentralismus", auseinander. Er wirft der Partei vor, daß sie ihre eigenen Prinzipien nicht genügend berücksichtige, indem er Auszüge aus Karl Marx und aus dem „Studien- und Seminarmaterial", dem offiziellen Schulungsmaterial der SED, zitiert.

Lesehilfe: Die Berufung auf offizielle (Partei-)Texte war in der DDR eine beliebte und für Kritiker die einzig mögliche Form grundsätzlicher Kritik, soweit sie über einzelne und nur individuell betreffende Alltagsprobleme hinausging. Sowjetische Quellen zu zitieren, war seit 1985, dem Beginn der sowjetischen „Perestroika", eine weitere Möglichkeit, Zustände im eigenen Land zu kritisieren. Als Russischlehrer hatte Manfred W. dazu auch im Unterricht viele Gelegenheiten. Dennoch wäre ein öffentlicher Aushang mit derart scharfer Kritik in den Jahren zuvor vermutlich nicht geduldet worden.

Demokratischer Zentralismus: Organisation- und Leitungsprinzip der marxistisch-leninistischen Partei, das nach der Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse in der gesamten sozialistischen Gesellschaft angewandt wird. (…) Es beinhaltet: Leitung der Partei von einem demokratisch gewählten Zentrum aus; periodische Wahl aller leitenden Parteiorgane von unten nach oben; Kollektivität der Leitung; periodische Rechenschaftspflicht der leitenden Parteiorgane vor den Organisationen, durch die sie gewählt wurden; straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit bei breitester und aktiver Teilnahme der Mitglieder an allen Angelegenheiten der Partei; unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten Organe für die unteren und alle Mitglieder, deren vielfältige Erfahrungen in die Beschlüsse einfließen; aktive Mitarbeit der Parteimitglieder in ihren Organisationen zur Durchsetzung der Beschlüsse. (…)

Der d.Z. verbindet straffen Zentralismus mit breiter Entfaltung der innerparteilichen Demokratie … In ihren Angriffen auf die marxistisch-leninistische Partei und den realen Sozialismus verleumden die bürgerlichen Politologen den d.Z., indem sie ihn als mit dem Totalitarismus verbunden und deshalb als schädlich und undemokratisch charakterisieren.

Gleichzeitig preisen sie den Pluralismus als Idealform eines zukünftigen demokratischen Sozialismus.

aus: Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus, Berlin (Ost), 1982.

Der „demokratische Zentralismus" und das „Durchstellen" von Maßnahmen

Mit „demokratischem Zentralismus" war ein gnadenlos autoritäres Herrschaftssystem verharmlosend umschrieben, das als ständige Einbahnstraße nur von oben nach unten Maßnahmen und Entscheidungen „durchstellte". In der Gegenrichtung lief gar nichts.

Die Parole „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!" war der blanke Hohn, denn jede Initiative von unten blieb nicht nur ohne sinnvollen Effekt, sondern hat den eigen-

ständig Mitdenkenden fast automatisch zum Provokateur, Unruhestifter, „Weltverbesserer" (konnte ein einzelner denn bessere Erkenntnisse haben als die allmächtige Partei?) gestempelt.

So lief man mit innovativer Aktivität und Kreativität nicht nur wund, sondern wurde regelmäßig diffamiert, belehrt und eingeschüchtert.

Die unausbleibliche Folge der permanenten Disziplinierung und Demagogie mit kleinlicher Intoleranz gegen jede Abweichung war die Verwandlung des äußeren Zwangs in *innere Unterdrückung*. Das System hat jeden einzelnen so lange bearbeitet, bis der psychologische Mechanismus der Selbstversklavung und Selbstzerstörung gesichert war. Dieser Vorgang war deshalb so übel und bitter, weil der einzelne seine Entfremdung schließlich nicht mehr wahrnahm, sein wirkliches Leiden nicht mehr kannte und sein gestörtes Verhalten rationalisierte: im Dienste der „großen Idee", als patriotische Pflicht, zum Schutz der Heimat, für den Sieg des Sozialismus und natürlich alles zum Wohle des Volkes. (…)

Wenn wir also von „Stalinismus" sprechen, dann ist damit die Lebensweise unseres Volkes genannt, dann sind wir alle hier und jetzt gemeint. Aus meiner Erkenntnis ist es also nicht richtig zu behaupten, wir seien nur von einem Unrechtssystem unterdrückt, verbogen und geschunden worden. Dies ist zwar leider auch wahr, doch dieser Staat war auch ein Abbild unserer psychischen Strukturen und setzte etwas äußerlich ins Bild, was wir in unserem Inneren nicht sehen und wahrhaben wollten. Keiner kann sich auf eine Tribüne stellen, wenn das Volk nicht willig defiliert.

aus: Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau: Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 13.

Arbeitsanregung:

Vergleichen Sie die Selbstdarstellung des „Demokratischen Zentralismus" aus dem „Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus" mit der Kritik des Psychotherapeuten Maaz: Wie wird das Verhältnis von Leitung und Basis, von „oben" und „unten" beschrieben?

Zu Dokument 19:

Offener Brief des Direktors (November 1989)

Direktor F. rechtfertigt sich mit seinem *offenen Brief* an die Berliner Stadtschulrätin am 2. November 1989 für sein Verhalten beim Relegationsverfahren. Angesichts des sich abzeichnenden politischen Umbruchs in der DDR sieht er sich dazu gezwungen: Das Thema „Volksbildung" bildete Ende Oktober/Anfang November 1989 einen Kristallisationspunkt für die Kritik oppositioneller Gruppen am politischen System der DDR. Dies schlug sich sowohl in der - schon nicht mehr zensierten - Presse der DDR als auch in den Medien der Bundesrepublik nieder. So schreibt zum Beispiel die West-Berliner „tageszeitung" am 2. November 1989: „Das Thema Volksbildung rückt mehr und.mehr ins Zentrum der Reformdebatte, und die Verantwortlichen stehen unter dem Druck der Straße - nicht zufällig für die Erziehungsdiktatur DDR. Auf der Leipziger Montagsdemonstration häuften sich die Transparente zur Schulreform. Insbesondere Lehrer- und Schülergruppen traten auf. Viele Schüler hatten offenbar eigene Transparente gemalt. (...) Wie stark die Volksbildung gegenwärtig in der Defensive ist, zeigt die seit zwei Wochen ständig gebrauchte Formel, wonach nicht .alle in unserer Zeit des Umbruchs ungelösten Probleme der Schule anzulasten' seien. Insbesondere wehrt sich die Schule gegen den Vorwurf, an der Fluchtwelle allein schuld zu sein." Eigentlicher Adressat seines Briefes ist daher die Öffentlichkeit: Die Erklärung ist eine öffentliche Rechtfertigung.

Vorausgegangen war eine Pressemitteilung der neuen Berliner Stadtschul rätin S. (Die zur Zeit des Relegationsverfahrens noch amtierende Schulrätin 0. war kurz zuvor in den Ruhestand getreten.)

Pressemitteilung

(…) An der EOS „Carl von Ossietzky" gab es zu Beginn des Schuljahres 1988/89 wie an allen Schulen eine sehr offene, lebhafte Diskussion zu allen die jungen Leute bewegenden Fragen. In dieser Diskussion haben viele Schüler ihre Fragen und Meinungen geäußert.

Mit Klugheit haben die Pädagogen der Schule die jungen Leute zum Nachdenken über das politische Geschehen angeregt, mit Geduld und Einfühlungsvermögen die Diskussion geführt und mit größter Toleranz auch jene Schüler behandelt, die immer wieder in sehr uneinsichtiger Weise Positionen vertraten und propagierten, die staatsbürgerliche Disziplin vermissen ließen. Es entstand an der Schule eine Situation, die die überwiegende Mehrzahl der Schüler an der Schule ernsthaft störte, diszipliniert zu lernen und zu arbeiten.

Schließlich führten die vier ehemaligen Schüler an der Schule eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung mit der von ihnen selbst erklärten Absicht durch, politische Wirkungen zu erzielen. Es ging ihnen nicht mehr um die Klärung von Fragen in einer sachlichen Diskussion.

Aus der so entstandenen Lage an der Schule heraus, in der ein ruhiges und stetiges Arbeiten nicht mehr möglich war, stellte der Direktor der Schule nach gründlicher Untersuchung und Beratung im Pädagogischen Rat und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Elternbeirats und der Leitung der FDJ-Grundorganisation den Antrag auf Ausschluß der betreffenden vier Schüler aus der erweiterten Oberschule.

Dieser Antrag wurde vom Bezirksschulrat unverzüglich und mit großer Sorgfalt geprüft. Dem Antrag des Bezirksschulrates auf Ausschluß dieser Schüler aus der EOS wurde durch die zentrale Relegierungskommission des Ministeriums für Volksbildung entsprochen.

aus: Pressemitteilung der Berliner Stadtschulrätin Rotraut S., 31. Oktober 1989, zit. nach Jörn Kalkbrenner, a.a.O., S. 90ff.

Der „Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst" (ADN), bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten offizielle Presseagentur der DDR, hatte S. Pressemitteilung und ein aus diesem Anlaß mit Direktor F. geführtes Gespräch zu folgender Meldung zusammengefaßt:

Berlin (ADN). (…) Der Stadtschulrätin zufolge hätten sich die betroffenen Schüler seinerzeit in ihrer Schule an politischen Auseinandersetzungen beteiligt, die unakzeptabel gewesen sei. Der Direktor der Schule habe deshalb nach Beratung im Pädagogischen Rat und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Elternbeirates und der FDJ-Grundorganisation den Antrag auf Ausschluß der Schüler gestellt, der von der zentralen Relegierungskommission des Ministeriums für Volksbildung bestätigt worden sei.

Der Direktor der Carl-von-Ossietzky-EOS, Rainer F., meinte gegenüber ADN, der Antrag auf Relegierung sei damals die einzige Möglichkeit gewesen, wieder zu einem normalen Schulbetrieb zurückzukehren. (…)

„Neues Deutschland", Organ des Zentralkomitees der SED, 1. November 1989

Die ADN-Meldung erweckt den Eindruck, Direktor F. stimme der Erklärung seiner Stadtschulrätin zu. Er leitet seinen Brief daher mit der Feststellung ein, die Meldung gebe „nicht den vollständigen Inhalt des von mir mit ADN geführten Gesprächs" wieder. Die Betonung liegt auf „vollständig"; denn F. dementiert weder die Angaben der Stadtschul rätin noch seine Äußerung gegenüber ADN. Statt dessen fügt er eine andere Wertung an.

Während S. Pressemitteilung den Eindruck vermittelt, der Direktor der Schule habe den Antrag auf Relegation seiner Schüler aus eigenem Antrieb gestellt - die Zusammenfassung von ADN läßt diese Frage eher offen -, behauptet F., er habe eine entsprechende Weisung des Berliner Magistrats erhalten, der er nur „widerwillig" gefolgt sei. Die „Aufrechterhaltung störungsfreier solider Bildungs- und Erziehungsarbeit an der Schule" sei „durch dieses Vorgehen" in Frage gestellt gewesen. Unklar bleibt, worauf sich die Wendung „durch dieses Vorgehen" bezieht. Meint er die Weisung oder die Tatsache, daß er dieser Weisung gefolgt ist?

Direktor F. *entpersonalisiert den* Konflikt, indem er die Beteiligten nicht namentlich nennt, sondern sich auf ihre Funktionen bezieht: Die Kompetenz „des Direktors" sei verletzt worden; „die Abteilung Volksbildung des Magistrats" habe ihn angewiesen; die Entscheidung sei schließlich „vom Pädagogenkollektiv" getragen worden. F. präsentiert sich als Mitglied eines Kollektivs: „Wir sind der Weisung widerwillig aber doch gefolgt."

Die Nicht-Thematisierung von Verantwortlichkeiten wird durch die Verwendung des Passivs ermöglicht und zugleich verdeckt: „Die Lage spitzte sich sehr schnell zu, als mit genaueren Untersuchungen der Zusammenhänge begonnen wurde." Auf diese Weise spart Direktor F. auch seine Rolle bei der Durchführung der Relegationen, insbesondere in bezug auf die „vertrauensvollen Gespräche" mit den später relegierten Schülerinnen und Schülern in seinem Dienstzimmer (Dokumehte 25, 26, 29 und 30) und bei dem Appell in der Aula (Dokument 44), aus. Zugespitzt formuliert: Direktor F. *desinformiert* durch gezielte *Informationsauswahl.*

Obwohl der Direktor seine Verantwortung für das Relegationsverfahren zurückweist, räumt er ein: „Zu diesem Zeitpunkt haben wir die Konsequenzen nicht voll übersehen". Zugleich verweist er darauf, daß die vier „hauptbeteiligten Schüler" nicht bereit gewesen seien, „ihre politischen Probleme und Fragen den übergreifenden Interessen der Schule unterzuordnen". Der Direktor argumentiert also mit den „übergreifenden Interessen" der Schule, die er im Interesse aller Schulmitglieder zu wahren verpflichtet sei. Damit wird eine Güterabwägung zwischen allgemeinen und individuellen Interessen angedeutet, in deren Ergebnis die Rechte Einzelner zugunsten der Gemeinschaft zurücktreten müßten. Auch auf der Genosseneltern versammlung (Dokument 36) wird dieses Argument zu hören sein.

Arbeitsanregung:

Wie bewerten Sie die Argumentation des Schulleiters, die protestierenden Schülerinnnen und Schüler müßten ihr Anliegen den „übergreifenden Interessen" der Schule unterordnen?

Zwischenbilanz und Hilfe für die Bearbeitung

„Ich kannte nur den Fall."

Lehrerin S.: Die Schüler waren alle erst genau zwei Wochen an der Schule. Wir kannten sie im Prinzip kaum, außer theoretisch die Klassenleiter durch die Unterlagen vorher. Für die meisten Kollegen waren diese Schüler absolut unbekannt. Ich kannte diese Schüler weder vom Sehen noch sonstwie. Ich wäre also gar nicht hingegangen zu einem der Mädchen oder Jungen, um mich zu erkundigen: „Also sagen Sie mal: Wie haben Sie das denn gemeint? Was wollen Sie denn?". Ich hätte nicht mal gewußt, wer es ist. Ich kannte nur den Fall.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Spätestens mit der Meldung des Direktors (Dokument 14) ist der innerschulische Konflikt zu einem „Fall" geworden. Wird es noch möglich sein, diesen Fall durch Argumente innerschulisch zu schlichten?

In der Pressemitteilung der Berliner Stadtschul rätin vom 31. Oktober 1989 (Seite 53) wird das Vorgehen des Ministeriums für Volksbildung rückblickend gerechtfertigt. Die Schulstrafen seien erst „nach gründlicher Untersuchung und Beratung im Pädagogischen Rat und unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Elternbeirats und der Leitung der FDJ-Grundorganisation" ausgesprochen worden. Damit wird ein ausdifferenzierter Willensbildungsprozeß unterstellt, dessen Ergebnis - die Schulstrafen - von allen am Verfahren beteiligten Akteuren zu verantworten sei.

1) Hinterfragen Sie diese Sicht im Verlauf der Fallstudie kritisch: Im folgenden Kapitel III müssen sich alle Akteure „positionieren", werten, Stellung beziehen: die Lehrer (im Pädagogischen Rat), gesondert die Parteimitglieder unter den Lehrern (in der Parteiversammlung), die Parteimitglieder unter der Elternschaft (in der Genossen-Elternversammlung), die staatliche Jugendorganisation FDJ, die Schülervertreter, ja sogar das Betriebskollektiv der Charite. Kann sich der einzelne trotz des Drucks mitzumachen, aus dem Fall heraushalten? Lassen sich abweichende Meinungen vertreten und bei Abstimmungen durchhalten? Bei der Arbeit mit den folgenden Dokumenten sollten Sie versuchen, sich in die jeweiligen Entscheidungssituationen zu versetzen, den Druck zu spüren, sich selbst zu befragen: Wie hätte ich, mich verhalten?

   Parteiversammlung (Lehrer) : Dokument 20

   Genossen-Elternversammlung : Dokument 36

   FDJ-Versammlungen (Schüler): Dokumente 42/43

   Ihre Erfahrungen und Beobachtungen können Sie in der Gruppe unter dem Stichwort „Zivilcourage" austauschen. Nehmen Sie dazu auch Dokument 59 zu Hilfe.

2) Das komplizierte institutionelle Geflecht des SED-Staates macht es erfahrungsgemäß schwer, den Überblick über den Ablauf der Ereignisse zu behalten. Dies ging und geht ja selbst den Beteiligten so. Auch der SED-Staat bestand, wenngleich hierarchisch aufgebaut und zentral gelenkt, aus einem komplizierten, gleichzeitig aber auch störanfälligen Mechanismus von Basis- und Leitungsorganisationen, die wie Rädchen eines Uhrwerkes ineinandergriffen. Wenn Ihre Zeit knapp ist und Sie exemplarisch den Entscheidungsprozeß einer der gesellschaftlichen Gruppierungen nachvollziehen wollen, empfehlen wir dafür die Auseinandersetzungen innerhalb der FDJ (Dokumente 42 und 43). Dabei wird es spannender sein, wenn Sie zuerst den Kommentar und die Arbeitsanregungen zu Dokument 41 (Krisensitzung der FDJ-Bezirksleitung) zur Kenntnis nehmen, bevor Sie einen Blick auf die Dokumente 42 und 43 (Protokolle der FDJ-Versammlungen) werfen.

3) Wer trägt für die Bestrafung der kritischen Schülerinnen und Schüler die Verantwortung? Diese Frage soll Ihnen der letzte Teil der Fallstudie (Kapitel V) beantworten helfen.

Kapitel III

„Da waren so viele Verstrickungen und Verzwickungen" * Die Basis muß sich positionieren und den Fall werten.

Volksbildungsministerin Margot Honecker

Zu Dokument 20:

Parteiversammlung in der Schule (Lehrer)

An jeder Schule in der DDR existierte eine Parteigruppe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) - eine „Abteilungsparteiorganisation" (APO). Die Leitung einer APO bestand in der Regel aus dem Direktor der Schule, einem Mitglied der „Betriebsgewerkschaftsleitung" (BGL), einem zum Vorsitzenden der APO-Leitung bestimmten einfachen Parteimitglied („Parteisekretär") und einem weiteren SED-Mitglied ohne Funktion.

Fünfzehn der insgesamt 26 Lehrer an der EOS „Carl von Ossietzky" waren Mitglied der SED. Sie bildeten zusammen die Mitgliederversammlung der Parteiorganisation an der Schule.

Die Parteisekretärin berichtet in ihrem Protokoll der Parteiversammlung am 22. September 1988 von einer „kontroversen Diskussion". Im Kommentar zu Dokument 10 wurde das Verhältnis von privater und öffentlicher Kritik im politischen System der DDR so beschrieben: „Es spielt keine Rolle, wieviel innere Ablehnung der einzelne Bürger seinem Staat entgegenbringt, solange er diese nur in seinem privaten Rahmen äußert. Sobald sich aber die Kritik als Alternative zum vorherrschenden Denken *öffentlich* präsentiert, greift der Staat ein." (S. 41 f., „Zwiedenken")

Der SED-Staat ist dadurch gekennzeichnet, daß das Informationssystem der Staatssicherheit die Grenzen zwischen privat und öffentlich gerade verschwinden ließ. Dadurch wurden aber für die staatlichen Kontrollorgane selbst Informationen nicht mehr danach unterscheidbar, ob sie wichtig waren. Die Stasi erstickte möglicherweise an ihrer eigenen Perfektion.

Wieviel Kritik konnte in einer Parteiversammlung geäußert werden?

„... und dann hältst du schließlich deinen Mund."

Genosse Lehrer K.: Das Kritische begann oder entwickelte sich. Es hörte aber dann zu einem bestimmten Punkt als „öffentliche Kritik" auf, wenn man selbst zwei-, dreimal gemaßregelt worden war.

Als ich Vertrauensmann der Gewerkschaft war, durfte ich später nicht mehr wiedergewählt werden, weil ich kritisch Stellung genommen hatte zu den ersten Ereignissen damals in Polen. Ich habe dort Dresche bekommen, weil ich einen Bericht nicht vorher mit dem Direktor und mit dem Parteisekretär abgesprochen hatte. Ich durfte ja nicht meine eigene Meinung sagen;

So sieht die Sache also aus: Jetzt warst du kritisch und hast nur Nachteile gehabt, und dann hältst du schließlich deinen Mund, damit du nicht noch weitere Nachteile hast.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Zu Dokument 21:

Arbeitsplan der Schulparteiorganisation

Der Arbeitsplan des Schuljahres 1988/89 dürfte einen ähnlichen Wortlaut gehabt haben.

„Zielstellungen"

Die politischen Ziele habe ich meistens gleich fürs ganze Jahr aufgestellt. Und dann haben wir in der Mitgliederversammlung nochmal gesprochen über das, was wir machen wollten. Wir haben immer für ein halbes Jahr geplant.

Was für Ziele konnten das zum Beispiel sein?

Naja, die *politischen* Ziele wurden uns ja *vorgegeben*, im Grunde genommen.

Von wem?

Na, von unserer obersten Leitung. Das ist praktisch zunächst erstmal die Kreisleitung [der SED] gewesen. Die Kreisleitung hatte natürlich auch wieder ihre Übergeordneten, die Bezirksleitung. Aber wir bezogen uns normalerweise auf die Kreisleitung.

Zurück zum Arbeitsplan: Welche Ziele haben Sie aufgestellt?

Wir hatten einerseits natürlich so allgemeine, ganz globale Ziele, was sich auf ganz aktuelle politische Probleme bezog. Zum Beispiel zur wirtschaftlichen Stärkung der DDR. Wie wir nun auch an der Schule wirksam werden können in dieser Hinsicht. Wie wir die Schüler also auch dazu bringen könnten, in solchen Fachrichtungen zu studieren, die für die DDR notwendig sind. Das wäre zum Beispiel mal so eine Zielstellung.

Und dann konnte am Ende des Schuljahres gesagt werden: „Jetzt ist der Plan erfüllt" oder wie ging das?

Naja. Zwischendurch haben wir ja auch aufgrund dieser politisch-ideologischen Zielstellungen unsere Mitgliederversammlungen ausgestaltet. Wir haben also vor allen Dingen in den Mitgliederversammlungen über politische Themen diskutiert. Und ich muß sagen: wirklich auch sehr offen und ehrlich! Meistens wurde in den letzten Jahren diskutiert über die wirtschaftliche Lage und über Versorgung und über Schwierigkeiten, die es da gibt. Auch über Republikflucht und wie wir auch dazu stehen und was man dagegen tun kann. Und was weiß ich, was da alles auf der Tagesordnung stand.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Und das am Montagabend oder Die Genossen unter sich

Der Montag ist der Tag der Partei. Fast jeden Montag nach Arbeitsschluß sitzen die Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beieinander, etwa zwei Millionen sind das. (…) Monatlich trifft man sich zur Mitgliederversammlung der Grundorganisation des Betriebes, monatlich zur Parteigruppenversammlung, monatlich zum Parteilehrjahr. (…) Der vierte Montag des Monats wird freigehalten für Besonderes, möglicherweise für ein Parteiaktiv, eine Arbeitsgruppe, meist bleibt er wirklich frei. So hat alles seinen Rhythmus und seine Ordnung. Der revolutionäre Kampf findet vorwiegend montags statt. Erscheinen ist Pflicht. Der „kampferprobte Vortrupp" der Arbeiterklasse, die „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft" trifft sich auf den harten Stühlen der Werkkantine oder des Sitzungszimmers und hört ein Referat. Es folgen Diskussion und Organisatorisches. (…) Für Außenstehende haben die montäglichen Zusammenkünfte noch immer die Gloriole einer Sekte. (…) Die Genossen, das sind die Auguren, die Eingeweihten, die wissend Lächelnden; Menschen, die über Informationen verfügen, deren gewöhnliche Sterbliche nicht teilhaftig werden. In einem Land, in dem Informationen sparsam gehandelt und nach hierarchischen Prinzipien dosiert vermittelt werden, erscheint das als Privileg. Jeder Genosse trägt bewußt oder unbewußt zu dieser Aura bei. Befragt von seinen Kollegen nach der gestrigen Parteiversammlung, lächelt er und sagt ganz allgemein, sie sei interessant oder informativ gewesen. Würde er das Gegenteil behaupten, niemand traute ihm. (…) „Schreib alles mit, dann schläfst du nicht ein." Diesen Rat gab ein alter Genosse (…) einem jungen Genossen. Das Mittel wirkt. Grundsätzlich sind Routineversammlungen langweilig. Es geht um das letzte Plenum des Zentralkomi-

tees, eine Direktive oder die wichtige Rede eines führenden Genossen. Das alles war im „Neuen Deutschland" im vollen Wortlaut abgedruckt. Zwar gehört das tägliche Lesen des Zentralorgans zu den Pflichten eines jeden Genossen, dennoch wird wiedergekäut. Einer hält ein Referat darüber. Er kann nicht mehr mitteilen, als er selbst gelesen hat. Bei wichtigen Plenartagungen und Parteitagen wird das Materialangebot in Themen aufgegliedert und auf verschiedene Abende verteilt. Diese Themen behandelt man dann außerdem in den Parteigruppen und im Parteilehrjahr. So sind zwei bis drei Monate Parteiarbeit thematisch ausgeplant. Wiederholung ist die Mutter der Weisheit. Da es manchen Genossen trifft, ein Kurzreferat in einem kleineren Kreis über einen Aspekt des jeweils weltbewegenden Ereignisses zu halten, ist gewährleistet, daß einige Genossen einige Passagen wirklich gelesen haben. (…) Jedem Referat folgt die Diskussion. Auf Parteiebene, heißt es, wird „offen diskutiert", alles ausdiskutiert und freimütig Kritik und Selbstkritik geübt. Hier gibt es, heißt es, keine Tabus. Gebrauch wird von dem großmütigen Angebot selten gemacht. Dem Referat folgt normalerweise das große Schweigen. Nach langer Pause meldet sich dann der Genosse zu Wort, der immer als erster spricht. Jeder Anwesende kennt ihn und weiß im voraus, was er ungefähr sagen wird. Das ist wie ein Ritus. Oder es meldet sich ein sehr alter Genosse Pförtner oder eine sehr alte Genossin Putzfrau. Sie sagen dann, unabhängig vom Thema, daß die Genossen nicht freundlich grüßen, die Toiletten katastrophal verschmutzt sind oder die Heizung seit drei Tagen in Werkhalle D ausgefallen ist. Sie sagen, daß solche Sachen des Sozialismus nicht würdig sind, daß die Partei sich endlich darum kümmern solle. Nach betretenem Schweigen und dem Versprechen, die Sache zu klären, kommt nun überhaupt keine Diskussion mehr auf.

aus: Irene Böhme, Die da drüben - Sieben Kapitel DDR, Berlin (West) 1983, S. 46ff.

Zu Dokument 22:

Aufforderung an die Parteisekretärin zum Bericht vor der SED-Kreisleitung (Frühjahr 1989)

Wertung und Bericht

Es verlief eigentlich überhaupt keine Zusammenkunft der Genossen mehr über viele Monate und selbst das nächste Jahr dann noch, wo nicht jemand von der Kreisleitung oder Bezirksleitung dabeigewesen ist. In der Parteileitungssitzung und in der Mitgliederversammlung. Zur Kontrolle.

Vorher war das nicht so?

Nein. Normalerweise kam mal jemand von der Kreisleitung. Der hat sich aber vorher angemeldet, und dann wußten wir Bescheid. Aber hier war das jetzt gang und gäbe. Also, die Kontrolle war da! Und der Druck auch.

Ich mußte dann vor den gesamten Parteisekretären hier in Pankow in der Kreisleitung über diese Vorkommnisse berichten und mußte das werten. Ich mußte auch in der Bezirksleitung darüber berichten und mußte werten und mußte sagen, wie wir die

Sache aus der Welt schaffen und wie wir mit jedem Genossen - das betrifft nur die Genossen - arbeiten werden. Ich mußte als Parteisekretär werten. Ja, nun werte mal als Parteisekretär!

aus:Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Arbeitsanregungen:

1) Die Parteisekretärin berichtet, sie habe die „Vorkommnisse" an ihrer Schule vor der Kreisleitung der SED berichten und werten müssen.

   Versetzen Sie sich in ihre Lage und bereiten Sie ein überzeugendes Statement vor! Nehmen Sie dazu auch die oben wiedergegebene Selbstreflexion zu Hilfe!

2) Auch der Direktor mußte im nachhinein seine Arbeit werten und sogenannte Selbstkritik üben - eine in den sozialistischen Ländern übliche Praxis der Disziplinierung. Immerhin war dem Direktor „von oben" zu spätes und zu vorsichtiges Reagieren vorgeworfen worden (vgl. Dokumente 15, 17 und 31). Vergleichen Sie Ihren Entwurf für den Bericht der Parteisekretärin mit der realen Selbstkritik des Direktors (Dokument 48).

Zu den Dokumenten 23 und 24:

Kündigung der Parteisekretärin

Die SED sah die staatliche Verwaltung in erster Linie als ausführendes Organ von Parteibeschlüssen. Dies galt auch und insbesondere für die Schulverwaltung bis hinab zu den einzelnen Lehrkräften. Gleichzeitig baute sie ihren eigenen Parteiapparat parallel zu den Strukturen der staatlichen Administration auf. Nicht immer war eindeutig, welche Verwaltungs- und Parteiinstanzen sich in welchen Fällen gegenseitig zu informieren hatten. Grundsätzlich galt: In politischen Angelegenheiten ist immer die Partei zuständig, also muß sie auch informiert werden. Sie verließ sich dabei allerdings nicht ausschließlich auf die Informationsbereitschaft der Verwaltungsbehörden. Auf jeder Ebene der Verwaltung arbeiteten zusätzlich „Parteisekretäre" . Auch an der Carl-von-Ossietzky-Schule arbeitete neben dem Schulleiter eine Parteisekretärin. Auch hier war die Verteilung der Kompetenzen zwischen Schul- und Parteileitung nicht immer eindeutig.

Die Funktion des Parteisekretärs

Wie manche Kollegen diese Funktion des Parteisekretärs sehen, vielleicht auch heute^ noch so sehen, daß ich also eine Fülle von Macht gehabt hätte neben dem Direktor, daß ich also Entscheidungen hätte treffen können und so, so ist es nicht gewesen. So ist es nicht gewesen!

Welche Kompetenzen hatten Sie?

Also, was an der Schule lief, das lief unter der staatlichen Leitung. Das entschied der Direktor mit seinen Stellvertretern, was gemacht wird. Und er war Mitglied der Parteileitung [der SED] - das muß ich dazu sagen -, und der Herr F. war auch Mitglied der Kreisleitung [der SED] hier in Pankow.

Ein Direktor mußte aber nicht notwendigerweise Mitglied der SED-Kreisleitung sein... ?

Das mußte nicht sein. Er war es aber. Das muß man auch noch wissen. Und insofern kam natürlich vieles von den Kreisleitungstagungen und -Sitzungen auch gleich über seinen Tisch. Und das hatte er dann natürlich auch gleich in seiner Arbeit. Ich muß allerdings auch dazu sagen, daß er uns auch informierte in der Parteileitung. Das war ja auch seine Pflicht. Aber er konnte natürlich auch sondieren, *worüber* er informierte. Es ist ja nun nicht so - das hat sicherlich noch nie ein Direktor gemacht, ich kann mir das auch nicht vorstellen -, daß der nun über *alles* berichtete und informierte, was er so gemacht hat und was er so gedenkt zu tun.

Und nun muß ich auch noch sagen: Was die politische Arbeit anbelangt, war ich verantwortlich für meine Genossen an der Schule. Die Parteiversammlungen, die habe ich durchgeführt. Oder ich habe jemanden aus der Leitung bestimmt, daß er die Parteiversammlung durchführt. Die Themen der Parteiversammlung haben wir in der Mitgliederversammlung abgesprochen. Ich habe die Vorschläge gemacht und habe das in der Parteileitung zur Diskussion gestellt. Dann wurde das dort auch nochmal verändert oder hier und da was verbessert oder auch gestrichen. Und dann wurde es in der Mitgliederversammlung vorgestellt, und die durften dann… konnten dann auch nochmal ihre Meinung dazu sagen.

„Im Sinne unseres Staates mitziehen"

Wie sind Sie denn Parteisekretärin geworden?

Ich bin 1976 an die EOS gekommen. Ich bin seit '63 im Schuldienst und habe vorher an einer POS unterrichtet. Ich bin auch erst relativ spät in die Partei eingetreten, weil ich einfach zu viel um die Ohren hatte - mit Kindererziehung, und mein Mann machte noch ein Fernstudium und so. Ich meine, wenn man in die Partei eintritt, dann muß man auch ein bißchen Zeit dafür haben, weil das ja auch viel Zeit erfordert.

Außerdem muß ich dazu sagen: Als ich dann in die Partei eingetreten bin, bin ich nicht aus Karrieregründen in die Partei eingetreten, sondern ich habe mir einfach auch gedacht: Wenn ich Geschichte unterrichte und wenn ich Kinder erziehen will im Sinne unseres Staates, dann sollte ich eigentlich auch in der Partei vertreten sein und einfach da *mitziehen.*

Und ich bin eigentlich in die Partei eingetreten, um mit zu denen zu gehören, die etwas verändern wollten. Das war eigentlich ein Grund. Und außerdem muß ich auch sagen, daß ich das Bewußtsein mitbrachte, daß wir hier in der DDR etwas erreichen könnten und daß wir auch hier was aufbauen könnten - eben den Sozialismus.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Arbeitsanregungen:

1) Formulieren Sie einen schriftlichen Widerspruch gegen Ihre Kündigung als Lehrerin im Jahr 1991!
2) Welche Rolle spielt heute die Mitgliedschaft in einer Partei bei der Beförderung einer Lehrerin/eines Lehrers in Leitungsfunktionen (Schulleiter, Schulrat, leitende Positionen in der Schulverwaltung)? Kommt der Parteizugehörigkeit formell/informell überhaupt eine Bedeutung zu? Untersuchen Sie dies, indem Sie Ihre/n Schulleiter/in, die Personalvertretung (Personalrat), den/die zuständige/n Stadtrat/rätin, die Gewerkschaften, Redakteure Ihrer Lokalzeitung befragen.
3) Welche Bedeutung spielt die Parteizugehörigkeit bei der Besetzung von Positionen in der Verwaltung allgemein?

Zu Dokument 25:

Das Verhör: Gedächtnisprotokoll Schüler Kai

Hintergrundinformation:

Die Gedächtnisprotokolle, angefertigt unmittelbar nachdem Direktor F. die Schulstrafen gegen acht seiner Schüler bei einem Appell in der Aula bekannt gegeben hatte (Dokument 44), hatten einen zweifachen Effekt: Erstens erleichterten sie die persönliche Verarbeitung der öffentlichen Demütigung (um die Auseinandersetzungen psychisch verkraften zu können, lebten die von Strafen bedrohten Schülerinnen und Schüler zu dieser Zeit in einer Wohngemeinschaft zusammen); zweitens stellten sie Beweismaterial dar, das sich später als nützlich erweisen sollte (im öffentlichen Untersuchungsausschuß der Stadtbezirksversammlung Pankow 1989/90).

Westlichen Journalisten wurden die Gedächtnisprotokolle im November 1988 als Informationsmaterial übergeben. Einzelne Journalisten, die bereits vorher über den Fall informiert gewesen waren, hatten sich bis dahin auf Bitte der Betroffenen mit Veröffentlichungen zurückgehalten, um einen bis dahin noch für möglich gehaltenen Kompromiß nicht zu gefährden (vgl. Kommentar zu Dokument 49). Eine Reihe westdeutscher Tageszeitungen - darunter die vier überregionalen mit hoher Auflage („Die Welt", „Süddeutsche Zeitung", „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Frankfurter Rundschau") - berichteten schließlich Ende November ausführlich über den Vorfall. So gab die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" die „Kurze Darstellung der Ereignisse" (Dokument 7) im Wortlaut wieder. Die West-Berliner „tageszeitung" druckte die Gedächtnisprotokolle der relegierten Schüler in Auszügen ab.

Textinterpretation:

Der Schüler Kai bestätigt zunächst, daß der Konflikt auch aus seiner Sicht sich bereits wieder entschärfte. Er hatte bei Direktor F. „eine Bereitschaft zum Dialog" festgestellt und seinerseits „mit der Aushändigung der Unterschriftenliste" sein „Vertrauen bekundet". Diese Sicht wird von Direktor F. im Rückblick geteilt: . . . . haben wir unsere neuen 11. Klassen in diesem Sinne begrüßt und mit ihnen versucht, den Dialog auch zu komplizierten aktuellen Fragen zu führen." Die Unterschriftenliste sei ihm ausgehändigt worden, „um den Mißbrauch zu verhindern" (Dokument 19).

Das Protokoll ist logisch aufgebaut: Einleitend wird knapp die Lage eingeschätzt. Dann wird ohne Wertung der Gesprächsverlauf nachgezeichnet („Als erstes stellte Herr F. fest, daß..." - „Daraufhin stellte ich klar, daß..." - „Als zweites stellte Herr F. fest, daß..." - „Ich erklärte, daß..."). Darauf wird ein Teil des Gesprächs bereits zusammengefaßt, und zwar immer noch ohne Wertung („Allgemein kritisierte ich..."). Als nächstes folgt eine Zusammenfassung mit Interpretation („Im Ergebnis wurde mir... indirekt gedroht") und als Abschluß eine eigene Wertung, die als solche auch gekennzeichnet wird („Ich muß sagen, daß..." - „Ich fühlte mich...").

Besondere Beachtung verdient der 6. Absatz: „Man legte mir zur Last, daß ich mich mit meiner .Frage nicht an kompetente Leute gewandt' habe. Ich berichtigte, daß es sich hier nicht um eine Frage, sondern um eine klar formulierte Meinung handelt." Im Gegensatz zu Kai geht Katja auf die Frage ihrer Klassenlehrerin, wann das „Problem" bzw. die „Frage" bei ihr aufgetreten sei, nicht nur ein, sondern sie erklärt sogar ausdrücklich, daß sie nicht habe kritisieren, sondern fragen wollen und daß sie mit Kai in dieser Angelegenheit keinen Kontakt gehabt habe (Dokument 29). Die Klassenlehrer versuchen zunächst, dem Konflikt die Spitze zu nehmen, indem sie die Kritik der Schüler in „Fragen" uminterpretieren. Denkmuster: Sie haben bloß die „Antwort" nicht verstanden. Eine ähnliche Strategie hatte der Direktor zu Anfang verfolgt: „Direktor und Parteigruppe haben das Problem zu lange so behandelt, als würde es sich um Schülerfragen und Suche nach Antworten handeln." (Dokument 48) (Aus Sicht der DDR-Justiz wog der Vorwurf „politischer Wirrköpfigkeit" weniger schwer als der Tatbestand einer „verfestigten antisozialistischen/staatsfeindlichen Haltung". Dies bot Verteidigern vor Gericht die Chance, Mandanten, die wegen politischer Vergehen angeklagt wurden, als „politisch naiv" zu charakterisieren, um sie von dem Vorwurf der Staatsfeindlichkeit zu befreien und damit die Strafe zu mildern. Eine Anklage wegen „staatsfeindlicher Hetze" konnte vom Gericht zum Beispiel zu einer Verurteilung wegen „Öffentlicher Herabwürdigung" herabgestuft werden. Vgl. dazu auch Literaturverzeichnis: Karl Winkler).

Kai zieht sich jedoch nicht auf Unwissenheit zurück. Er bestreitet auch die Tatsache seiner Normverletzung nicht. Statt dessen stellt er die Norm selbst in Frage, indem er sich auf „Grundrechte" - also höhere Normen - beruft.

Arbeitsanregungen:

1) „Und er [Direktor F.] hat ihm [Kai] eigentlich versprochen, daß wir gemeinsam etwas unternehmen werden, um das Problem zu lösen." (Klassenlehrerin Petra L.)
   a) Hätte das Problem Ihrer Ansicht nach gelöst werden können? Wenn ja, wie?
   b) Handelt es sich überhaupt um ein „Problem"? Wenn ja, worin besteht es eigentlich: in der Militärparade, in Kais Kritik an der Militärparade, in der nicht genehmigten Unterschriftensammlung oder im Konflikt zwischen Kai und dem Direktor?
2) Einige von Kais Mitschülern haben sich an der offiziellen „Kundgebung für die Opfer des faschistischen Terrors" (vgl. Aufruf und Aufmarschplan, Dokumente 27 und 28) beteiligt und dabei eigene Transparente mit ungenehmigten Aufschriften gezeigt. Das war in der DDR in der Regel nicht erlaubt. Kai dagegen hat sich an dieser Versammlung nicht beteiligt, schon gar nicht mit eigenen Transparenten, und diese Aussage wurde „von Herrn F. auch sofort akzeptiert". Warum läßt sich Kai dennoch auf eine Diskussion über das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ein? Verteidigt er auf diese Weise auch die Aktion seiner Mitschüler?

Zu den Dokumenten 26,27 und 28:

Das Verhör: Gedächtnisprotokoll Schüler Alexander; Aufruf zur Großkundgebung und Aufmarschplan

Alexander gibt nicht nur das Verhör wieder, sondern er erstellt eine Chronik der Ereignisse bis zur Relegation seiner Mitschüler. Er selbst erhält einen Verweis, wird aber nicht vom Schulbesuch ausgeschlossen.

Alexander schreibt unter Punkt 6:

> „Mein Engagement gegen Neonazis in der DDR, welches ich in der 11. Klasse freiwillig entwickelte, warf mir der Direktor unter anderem als Aktivität vor, die negative Erscheinungen in unserem Staat aufdeckt und damit als staatsfeindlich interpretiert werden kann."

Offiziell hat es in der DDR Neonazis nicht gegeben, weil es sie nicht geben durfte. Die DDR verstand sich als „antifaschistischer Staat", auf dessen Boden der Faschismus ein für alle mal ausgerottet sei. Sollte der Direktor tatsächlich vom „Aufdecken negativer Erscheinungen" gesprochen haben, so wäre dies implizit das Eingeständnis, daß es solche negativen Erscheinungen - also Neonazismus in der DDR - gibt. Bestraft worden wäre dann nicht die Behauptung, es gebe in der DDR neonazistische Tendenzen, sondern explizit das Aufdecken dieser Tatsache. Das Aufdecken, so der Direktor, sei eine staatsfeindliche Aktivität.

Allerdings wurde aus den Reihen der Kirchen und einiger Schriftsteller in den letzten Jahren der DDR wiederholt öffentlich auf das Problem des Rechtsextremismus hingewiesen. So bezeichnete es der Schriftsteller Rolf Schneider auf dem Kirchentag in Halle im Sommer 1988 als einen öffentlichen Skandal, „daß sich in der DDR 1500 Skinheads als Neonazis bekennen". Dies stelle einen „Offenbarungseid der Volksbildung in der DDR" dar. Der Schriftsteller Stephan Hermlin äußerte in einem Interview mit der FDJ-Zeitung „Junge Welt" im November 1988, „daß in bezug auf die Bewältigung der Vergangenheit Versäumnisse eingetreten sind". Er sprach von der Situation „eines beruhigenden oder beruhigten

Antifaschismus" im Lande und von dem „Sich-abfinden-Wollen mit dem Gegebenen", dem „Sich-selbst-etwas-vormachen-Wollen" (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2. November 1989).

Rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen wurden zwar auch in der DDR wissenschaftlich untersucht (z.B. am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig), die Ergebnisse durften aber nicht veröffentlicht werden. Soweit es in der Öffentlichkeit zu Ausschreitungen neonazistischer Jugendlicher kam, berichtete die DDR-Presse, wenn überhaupt, von (unpolitischem) Rowdytum, und diese Wertung wurde von den Gerichten übernommen.

Arbeitsanregungen:

1) Kennen Sie Beispiele aus Ihrem persönlichen Umfeld, wo das Aufdecken negativer Erscheinungen auf denjenigen (negativ) zurückfällt, der die Aufklärung leistet?
2) Diskutieren Sie, warum die sprachliche Bezeichnung gewalttätiger Jugendlicher als „Neonazis" oder „Rowdys" im „antifaschistischen Staat" DDR eine so große Rolle spielte. Kennen Sie aktuelle Beispiele für einen solchen „Streit um Worte"? Wie wirkt sich Sprache auf die Wahrnehmung der Wirklichkeit aus? Für eine vertiefte Diskussion können Sie den folgenden (nicht ganz einfachen) Text zu Hilfe nehmen.

Das sprachliche Zeichen und die Konstruktion von Wirklichkeit

Wer über politische Sprache nachdenken will, der muß sich zunächst einige grundlegende Eigenschaften von Sprache überhaupt bewußt machen. (…) Mit einem Ausdruck kann sich ja eine Vielzahl von Kognitionen, Gefühlen und Wertungen verbinden. Beliebig darf es dennoch nicht sein, sonst würde Kommunikation nicht funktionieren.

Welche Bedeutung tatsächlich realisiert wird, wie sie emotional und wertend eingefärbt ist, das bleibt immer eine Frage der konkreten Interaktion zwischen den beteiligten Menschen: eine Frage unterschiedlicher Erfahrungshorizonte (ein DDR-Bürger hat z. B. „Staat" ganz anders erfahren als ein Bundesbürger), eine Frage jeweiliger Interessen und damit letztlich auch der kommunikativen Macht. Der Kampf um die geltende Interpretation von Wörtern findet nicht nur bei öffentlichen Debatten um „Nach- oder Aufrüstung" und das „Modell Deutschland" statt, sondern er wird täglich sichtbar etwa zwischen Ehepartnern, die sich um die Frage streiten, wer wen mehr „liebt" bzw. ob man einander überhaupt noch liebt, oder auch zwischen Lehrern und Schülern, die den Inhalt von Notenprädikaten wie „sehr gut" oder „mangelhaft" aushandeln.

Das Resultat dieser Zeichenprozesse legt jeweils fest, was „für uns" als Realität gilt. Ob wir in einem freiheitlichen Rechtsstaat oder in einem repressiven System, in einer multikulturellen Vielfalt oder in einer Bedrohung durch „Überfremdung" leben - das ist nicht zuletzt abhängig von der jeweils akzeptierten sprachlichen Definition. Insofern ist Sprache das zentrale Medium der „gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit" (…).

Auch die politische Wirklichkeit ist in diesem Sinne sprachlich konstruiert. Wenn es also immer wieder erbitterten Streit um Worte und Formulierungen gibt,, so ist das kein Indikator für Anormalität oder für einen Verfall der politischen Kultur, den man durch den „vernünftigen" Bezug auf etwas objektiv Gegebenes vermeiden könnte, sondern es ist eine logische Konsequenz der konstitutiven Rolle der Sprache für unsere politische Wirklichkeit.

Eine liberal-rechtsstaatliche Demokratie läßt sich von einer Diktatur genau dadurch unterscheiden, ob es eine Vielstimmigkeit von - z.T. bewußt unscharf gelassenen -

Realitätsdefinitionen gibt oder ob eine Variante mit Zwang als die verbindlich gültige durchgesetzt wird.

aus: Andreas Dörner, Politische Sprache - Instrument und Institution der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/91, S. 3-21, hier S. 4f.

Zu den Dokumenten 29 und 30:

Das Verhör: Gedächtnisprotokoll Schülerin Katja und Verhörprotokoll der Schulverwaltung

In den Gedächtnisprotokollen von Kai und Katja ist von drei Personen die Rede, die nicht vorgestellt werden. Benjamins Vater interpretiert das so: „Die Staatsmacht stellt sich nicht in Individuen dar. Das hat sie nicht nötig. Ihr Name soll nicht in Erinnerung bleiben." (aus: Interview A. Zühlke, Dezember 1990). Eine dieser drei Personen ist Bezirksschulinspektorin H. Von ihrer Wirkung („Ein Symbol der Macht") berichtet die Klassenlehrerin von Katja später im Interview mit dem Fernsehen der DDR (vgl. unten). Die anderen beiden Personen, Mitarbeiter der Bezirksschulinspektion, protokollieren das Gespräch. Sie zeichnen den Hergang der Verhöre gleichzeitig in Stichpunkten auf. Ihre Verhörprotokolle, im Original handschriftlich, finden sich in den Akten, die der öffentliche Untersuchungsausschuß der Stadtbezirksversammlung Pankow und das örtliche Kreiskriminalamt 1989/90 zur Untersuchung des Falles anlegten. Aus den vorliegenden Verhörprotokollen haben wir das der Schülerin Katja exemplarisch ausgewählt. Die Gegenüberstellung des Gedächtnisprotokolls von Katja mit dem Verhörprotokoll der Staatsmacht bietet die Möglichkeit eines Perspektivenwechsels. Da die Protokolle beider Seiten inhaltlich übereinstimmen, dürfte es sich tatsächlich um unverfälschte Wortprotokolle handeln.

„Ein Symbol der Macht"

Klassenlehrerin Petra L.: Wir hatten eine Inspektion im Haus. Ich wurde dann eines Tages, als ich Unterrichtsschluß hatte, ins Direktorzimmer geholt. Dort saßen viele Leute herum - vom Magistrat. Zwei Inspektoren saßen an der Seite zum Mitschreiben. Eine Dame, die zum Direktor sagte: „Ich werde nicht vorgestellt", saß mit am Tisch.

Wissen Sie, wer das war?

Ich weiß jetzt, daß das Frau Dr. H. war. Und der Direktor sagte: „Also, wir wollen die Schüler jetzt befragen und die Dinge klären." Wofür ich sehr war, daß wir ausdiskutieren. Und ich habe dieses Gespräch auch mitgeführt unter dem Gesichtspunkt, erzieherisch Einfluß zu nehmen auf die Schüler, und mich allerdings gewundert, daß diese Frau Dr. H. immer stärker die führende Rolle übernahm und das fast in ein Verhör ausartete, so daß die Katja dann in Tränen ausbrach, ich mit ihr rausging und noch zu ihr sagte: „Na Katja, wenn wir das jetzt alles so auf den Tisch legen, wie es war und so …".

Mir wurde dann eigentlich erst im Nachhinein klar, als die ganze Sache dann ins Rollen kam und auch die Relegierung ausgesprochen war, daß diese Gespräche nur genutzt wurden, um Aussagen von den Schülern [zu erhalten]. Es ging also nicht um den erzieherischen Prozeß, um die Einwirkung, sondern darum, Material zu haben, was man gegen sie ins Feld führen konnte. Das haben wir aber, glaube ich, damals alle nicht gemerkt.

Gerade diese Inspektorin [Frau H.] hat dann für meine Begriffe eine sehr unrühmliche Rolle weiter gespielt. Ich habe sie im Kollegenkreis immer Berija [Chef der sowjetischen Geheimpolizei GPU zur Zeit Stalins] genannt, weil sie in dieser

Weise auf mich wirkte: völlig gefühlskalt und auch einschüchternd. Ein Symbol der Macht im Prinzip.

Lehrerin Sabine T.: Also, auch auf mich, die ich nur zum Protokollanten erklärt wurde, [machte Frau H.] einen derartigen angstausübenden [Eindruck]. Und ich glaube, daß diese psychologische Wirkung auch auf die Schüler eingewirkt hat und sie sicherlich dadurch noch zu viel stärkerer Emotionalität hingerissen wurden und nicht mehr sachlich bestimmte Dinge geklärt haben.

Schülerin Katja: Es war wirklich eine Situation, wo man sich völlig in die Enge gedrängt fühlte und vielleicht sich auch - also ich zumindest - zu sogenannten Aussagen provoziert fühlte, die ich vielleicht nie gemacht hätte sonst - also nicht so zugespitzt.

aus: Interview des Fernsehern der DDR, Sendereihe „Klartext", vom 14. November 1989 - Videoaufzeichnung.

Zu Dokument 31:

Befragung der Bezirksschulinspektorin durch das Kreiskriminalamt Pankow (1990)

Bezirksschulinspektorin H. schildert die Auseinandersetzungen innerhalb des Volksbildungsministeriums aus ihrer Sicht. Sie selbst befindet sich in der Hierarchie der Schulverwaltung zwischen dem Kreis- und dem Bezirksschulrat - etwa auf halbem Weg zwischen dem Direktor und dem Staatssekretär (vgl. Übersicht Seite 49). Sie bestätigt zunächst, daß es zwischen den beteiligten Lehrern und ihr unterschiedliche Auffassungen gab. Die Klassenlehrer der betroffenen Schülerinnen und Schüler möchten den Konflikt „niedrig hängen" (vgl. Interview mit Klassenlehrerin Petra L. Seiten 39 und 67f sowie Lehrer Manfred W. Seite 40f). Die Verantwortung für die Form der Schülerverhöre weist sie einerseits der Bezirksschulrätin und andererseits dem Direktor zu: „Es erfolgte die Festlegung, die ‚Situation zuzuspitzen'. Frau 0. gab eine Orientierung zu Inhalt und Art und Weise, wie die Gespräche mit den Schülern unter Leitung des Direktors zu führen sind." Weiter unten fügt sie hinzu: „Ich möchte sagen, daß die Gespräche durch Herrn F. geführt und geleitet wurden." Bezirksschulinspektorin H. delegiert die Verantwortung sowohl nach oben als auch nach unten. Zu ihrer eigenen Rolle stellt sie lapidar fest, sie habe „auch Fragen gestellt".

Weiter berichtet sie von einer höheren Anweisung („Festlegung"), die „Situation zuzuspitzen". Damit bestätigt sie Direktor F. (vgl. Dokument 19 und Interview unten). Auch in einem weiteren Punkt teilt sie seine Sicht: Sie berichtet von drei Sitzungen bei Staatssekretär Lorenz, bei denen die „Meldepflicht über alle weiteren Aktivitäten von Schülern im Zusammenhang mit dem Vorkommnis" festgelegt worden sei sowie „daß für vier Schüler Anträge auf Relegierung zu stellen sind. Diese Schüler wurden von Herrn Lorenz auch benannt."

„Die Situation zuspitzen"

Ich bin selbst zweimal ins Ministerium für Volksbildung eingeladen worden. Ich erinnere mich, daß an den Beratungen dort teilgenommen haben der Staatssekretär Lorenz, die Frau H., die Hertha O., die damals Bezirksschulrat der Hauptstadt [Berlin/Hauptstadt der DDR] war, meine Stadtbezirksschulrätin Frau Dr. V. und ich. Es waren noch mehr da, ich kannte [aber] nicht alle. Wir erhielten dann vom Staatssekretär Lorenz und den Mitarbeitern, nachdem ich die Gelegenheit hatte, über die Lage an der Schule zu sprechen, die ausdrückliche Weisung, „die

Situation weiter zuzuspitzen, um den Entscheidungsprozeß zu ermöglichen". So wurde es damals formuliert.

aus: Interview mit Direktor F. im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November 1989-Videoaufzeichnung.

Herr Staatssekretär Lorenz legte bei einem zweiten Besuch im Ministerium für Volksbildung (ich war aufgefordert worden zu erscheinen) fest, daß für die Schüler Benjamin L., Kai F., Katja I., Philipp L. Anträge auf Relegierung zu erstellen seien. Ebenso legte er fest, welche Schüler umzuschulen seien (Shenja W. und Georgia v. Ch.) und welche Schüler mit Verweisen zu bestrafen seien.

aus: handschriftliche Stellungnahme des Direktors der EOS „ Carl von Ossietzky " gegenüber dem Kreiskriminalamt Pankow, 20. März 1990.

Arbeitsanregung:

Bewerten Sie die Argumentation der Bezirksschulinspektorin und überlegen Sie: Wie hätten Sie einen Funktionär der Schulverwaltung verhört?

Zu den Dokumenten 32 und 33:

Elterngespräch und Beurlaubung: Zeugenaussage des Schülers Benjamin und ergänzende Fallinformation des Direktors

Es ist das Recht und die vornehmste Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu gesunden und lebensfrohen, tüchtigen und allseitig gebildeten Menschen, zu staatsbewußten Bürgern zu erziehen. Die Eltern haben Anspruch auf ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen und staatlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.

Verfassung der DDR: Artikel 38 Absatz IV

Benjamins Vater: Am Freitag, dem 23. [September 1988], kam die Klassenlehrerin von Benjamin, Frau T. Sie hatte sich schon ein paar Tage vorher angekündigt. Sie hat aber am Tag vorher nochmal angerufen, um das nochmal festzumachen, und hat gesagt: „Ja, also, Herr L., es ist nichts weiter. Es ist nur so ein Routinebesuch. Ich war ja nun noch nie bei Ihnen."

Sie kam mit der Parteisekretärin, mit der Frau E., die aber zur gleichen Zeit Fachlehrerin war von Benjamin für Deutsch und Geschichte. Die hatte sie aber nicht mit angekündigt. Und da die Sache nach allem, was ich gehört hatte von Benjamin, hochgradig politisch belastet war - also, man wußte, daß da etwas ganz Ungeheuerliches läuft -, wußte ich, daß mit dem Erscheinen der Parteisekretärin, dem nicht angekündigten, doch einiges anhängig ist und es sich um das ganze Gegenteil eines „Routinebesuchs" handelte.

Das zeigte sich ganz deutlich gleich nach der Begrüßung. Ich fragte, was gefällig sei: Tee oder Kaffee. Da standen die beiden Frauen da und stammelten: „Ich? Nein, danke. Ich hab schon! Du vielleicht?" Da war mir klar, daß sie ablehnten, weil man von einem offenen oder verkappten „Staatsfeind" natürlich nichts annahm, um sich zum Schluß nicht auch noch dafür bedanken zu müssen.

Wir haben dann ein sehr langes Gespräch gehabt. Ich hatte mir vorgenommen, so lange nichts zu sagen, bis unser Besuch sein Anliegen voll und ganz vorgetragen hat; Auch danach kam ich allerdings lange nicht dazu, mich zu äußern, weil Frau T. und Frau E. mit Bejamin in einen hitzigen Streit gerieten, als er sein Recht auf freie Meinungsäußerung behauptete. Sie eiferten wie gleichaltrige Mitschülerinnen und versuchten, ihm dieses Recht streitig zu machen. Das Argument war, daß er doch noch gar keine „fertige Meinung" haben könne und damit auch nicht äußern dürfe, weil er sich die doch erst in der Schule erarbeiten müsse. Fragen könne er stellen. Fragen! Aber keine fertigen Meinungen äußern, wie in dem Artikel über die Situation in Polen.

Ich habe natürlich, als ich endlich zu Wort kam, das Recht der jungen Leute auf freie Meinungsäußerung - in ihrer Schule! - ohne Wenn und Aber verteidigt. Außerdem habe ich dagegen protestiert, daß Direktor F. eine solche Kampagne in seiner Schule veranstalte, ohne mit den Eltern gesprochen zu haben, und daß er in Benjamins Verhör mit Rausschmiß aus der Schule gedroht habe. Ich sagte, daß wir, Eltern und Lehrer, zu den Hütern unserer Kinder bestellt sind und nicht zu ihren Richtern.

Ich habe ihnen auch gesagt, daß es doch ganz offensichtlich ist, daß eine Zeit gekommen ist, „wo die alten Methoden, die vielleicht einmal richtig waren" - natürlich waren sie nie richtig, aber sowas hat man bei uns nicht in der Form gesagt, weil man sich sich sonst sofort als „Feind" entlarvt hat (und die Leute wußten auch, wenn man sagte: „vielleicht einmal richtig", daß das nur so eine Formel war) -, daß diese Methoden nicht mehr akzeptiert werden von den Bürgern unseres Landes. Und daß die Zeit vorbei ist, wo die Leute in dieser Weise bevormundet werden konnten. Und mit alledem, was in der Welt passiert: Polen, Sowjetunion, Perestroika und so weiter, sagte ich, daß die jungen Leute doch gar nichts weiter gemacht haben, als daß sie das, was im ganzen Land, in allen Elternhäusern, in allen Arbeitskollektiven alternativ diskutiert wird, daß sie das ausgesprochen haben, was sie dazu meinen. Sie haben gar nichts weiter gemacht, als daß sie das ausgesprochen haben, was alle gesprochen und geredet haben!

Zum Schluß haben sie [die Parteisekretärin] gesagt: Also, wenn jetzt nichts weiter kommt - man merkte, die Situation ist hochgradig überreizt: nur ein falsches Wort noch und dann explodiert die Sache - also, wenn jetzt nichts weiter käme, nicht noch eine Trotzreaktion von Benjamin, von den jungen Leuten, dann würde alles gut werden.

Haben Sie das geglaubt?

Das habe ich geglaubt. Ich wußte, daß inzwischen Versammlungen stattgefunden hatten - Elternversammlungen. Ich war nicht zu einer Elternversammlung eingeladen, aber es hatten welche stattgefunden, wo auch die Sachen angesprochen worden sind. So daß ich dachte: Aha, sie haben festgelegt: „Nun ist es genug!". Sie haben den jungen Leuten gezeigt: Bis hierher und nicht weiter und haben entsprechend.Druck ausgeübt, und nun wollen sie es wieder „runterfahren". Was eine durchaus übliche Praxis hier war, daß man zu bestimmten Zeiten, wo etwas besonders hochkochte, plötzlich abgebrochen hat, weil man keine Probleme haben wollte. Denn was nicht sein durfte, konnte eben auch oft nicht sein.

aus: Interview A. Zühlke, Dezember 1990.

Parteisekretärin: Wir haben wirklich mit dem Herrn L. ganz sachlich gesprochen. Wir haben auch mit Benjamin ganz sachlich gesprochen. Wir haben ihm auch nochmal gesagt, daß er versuchen solle, doch nicht so stark aufzutreten, so stark aufzudrehen.

Eigentlich haben wir uns an diesem Abend damit getrennt, daß ich gesagt habe, daß er sich ein bißchen zurückhalten soll, um es nicht auf die Spitze zu treiben. Und er war

damit eigentlich auch einverstanden. Und soweit ich mich erinnern kann, sind wir im Einvernehmen auseinandergegangen.

Ich lege meine Hand ins Feuer, daß ich nicht gewußt habe, daß die relegiert werden sollen! An dem Abend, als wir dort waren, haben wir wirklich nichts gewußt. Nichts!

aus: Interview A. Zühlke, April 1991.

Laut Schulordnung hätten die Eltern der relegierten Schülerinnen und Schüler vor der Relegation von der Schulleitung gehört werden müssen (vgl. Dokument 46 und Kommentar dazu). Als sich Benjamins Vater am 1. Oktober 1988 - einen Tag nach dem Appell in der Aula - bei Direktor F., der ihn telefonisch in die Schule bestellt hatte, darüber beschwerte, daß er nicht gehört worden sei, erwiderte F., er sei gehört worden. Er meinte offenbar das Elterngespräch. Dieses Gespräch wurde jedoch, als es stattfand, nicht als Anhörung zu einer bevorstehenden Relegation bezeichnet. Im Gegenteil: Die Parteisekretärin gibt sogar an, zu diesem Zeitpunkt von Relegationsplänen nicht einmal selbst etwas gewußt zu haben. Und die Klassenlehrerin sprach von einem Routinebesuch. Zu regelmäßigen Elternbesuchen waren Klassenlehrer in der Tat verpflichtet (Paragraph 24 Absatz V Schulordnung).

Benjamins Vater fühlte sich in jedem Falle getäuscht - nicht von seinen beiden Gesprächspartnerinnen, sondern von den Funktionären des Volksbildungsministeriums und der Schulleitung. Denn Bezirksschulinspektorin H. und Direktor F. wußten zum Zeitpunkt des Elterngesprächs bereits, daß Katja, Philipp, Benjamin und Kai relegiert werden sollen.

Die Beurlaubung seines Sohnes drei Tage nach dem Eltemgespräch schildert Benjamins Vater so:

Benjamins Vater: Da klingelte um 6.45 Uhr das Telefon. Ich ging ran. Der F. war am Apparat und sagte mit zitternder Stimme - man merkte, daß sein Herz oben an der Gurgel schlug -, daß er Benjamin erstmal für zwei Tage beurlaube, daß erstmal wieder Ruhe an die Schule kommt.

Da habe ich gesagt: „Was heißt, Sie beurlauben ihn für zwei Tage? Ist da an weitere Dinge gedacht?" - Weil ja schon von Rausschmiß die Rede war in den Vernehmungen.

Und da hat er gesagt: „Nein, das wird alles erst besprochen. Und alles weitere dann morgen!" Also, als würde er mich am nächsten Tag nochmal anrufen.

Darauf habe ich gesagt: „Na, ist gut. Ich werde dem Benjamin sagen, daß er für zwei Tage beurlaubt ist."

Und dann kam Benjamin rein. Ich sagte ihm das, und da blieb er wie zur Salzsäule erstarrt stehen und hat gesagt: „Das habe ich mir gedacht." Er war in einer Verfassung, wie wenn etwas Ungeheuerliches, etwas ganz Grauenhaftes auf einen zukommt und man wortlos dasteht. Aschfahl war er geworden. Wie erstarrt.

Haben Sie zu diesem Zeitpunkt mit einer Relegation Ihres Sohnes gerechnet?

Nein. Ich habe gedacht: Also gut, es ist doch noch eine Verschärfung. Da muß noch etwas abgeklärt werden. Ich dachte an Auseinandersetzungen und daß sie erstmal Ruhe reinkriegen wollen und Benjamin da draußen haben wollen.

aus: Interview A. Zühlke, Dezember 1990.

Nach der Beurlaubung Benjamins wandten sich sechs Schülerinnen und Schüler mit einem Solidaritätsbrief an Direktor F.:

„Werter Herr F.! Wir haben das Gefühl, daß unser Mitschüler Benjamin für politische Ansichten bzw. Überzeugungen bestraft werden soll, die wir mitgetragen haben und die wir auch heute noch bereit sind, öffentlich darzulegen und zu diskutieren. Aus diesem Grund haben wir die moralische Pflicht, auch die Konsequenzen gemeinsam zu tragen. (Unterschriften: Shenja-Paul, Alexander, Kai, Georgia, Katja, Philipp.)"

Arbeitsanregung:

Im Sommer 1989 hält Volksbildungsministerin Honecker eine Rede vor dem „Pädagogischen Kongreß der DDR". Darin geht sie auch auf das Verhältnis von Elternhaus und Schule ein. Könnte der folgende Redeausschnitt eine Reaktion auf den Fall Carl-von-Ossietzky-Schule sein?

Staatsbürgerliche Erziehung

Mangelnde Zuwendung, Enttäuschung oder Mißerfolge in der Schule, unangemessenes Reagieren auf Fehlleistungen bzw. Fehlverhalten durch Pädagogen und Eltern bringen nicht selten Konflikte hervor. Gerade dann, wenn Aufmerksamkeit, Feinfühligkeit, Offenheit und Vertrauen besonders gefragt sind, müssen Pädagogen und Eltern miteinander sprechen, sich gegenseitig Rat holen.

Natürlich werden Fragen offenbleiben, über die nachzudenken ist, für die jeder seine Verantwortung wahrnehmen muß. Die Praxis zeigt, daß gegenseitige Schuldzuweisungen bei auftretenden Entwicklungsproblemen von Kindern keine Lösung bringen. Es muß letztlich immer nach Wegen gesucht werden, die nur gefunden werden, wenn man von den positiven, den starken Seiten ausgeht, die jedes Kind hat. Es liegt in der Natur der Sache, daß es nicht immer einfach ist, das richtige Maß zwischen konsequenter Forderung an die Heranwachsenden und tolerantem Eingehen zu finden.

Es gibt so manche berechtigten Hinweise auch von Eltern zur Qualität der pädagogischen Arbeit einiger Lehrer, zur Art und Weise ihres Umgangs mit den Schülern, die sehr ernst genommen werden müssen. Aber Kritik an Lehrern, weil sie ihren politischen Auftrag gewissenhaft erfüllen - das soll noch einmal bekräftigt werden - darf man nicht tolerieren. Die Verantwortung der Eltern für die Erziehung der Kinder schließt zumindest Verantwortung der Eltern für staatsbürgerliche Erziehung ein. Es widerspricht unserer Verfassung, wenn Eltern in dieser Hinsicht ihre:Erziehungspflichten vernachlässigen, sich gleichgültig oder gar verantwortungslos gegenüber ihren Kindern verhalten. Die Verantwortung für negative Entwicklungen, die sich aus solcher Art von Konflikten ergeben, tragen letzten Endes die Eltern vor ihrem Kind.

aus der Rede Margot Honeckers auf dem IX. Pädagogischen Kongreß der DDR im Juli 1989 (vollständig dokumentiert in: Deutsche Lehrerzeitung 25/89).

Hinweis: Offizielle Texte aus der DDR zu interpretieren, ist auch für den geübten Leser nicht leicht. Das, was eigentlich gemeint ist, steht oft nur „zwischen den Zeilen":

„Bildungs- und schulpolitische Programme sind in offiziellen Texten zu suchen, in Gesetzen, in Berichten von SED-Parteitagen, von ‚Pädagogischen Kongressen' usw. Aber gegenüber derartigen Texten ist äußerste Skepsis angebracht, denn es handelte sich um Objektivationen einer Gesellschaft, in der diejenigen kriminalisiert werden konnten, die sich auf das geschriebene Wort und das mit ihm vermeintlich geltende Recht beriefen, wie etwa auf die DDR-Verfassung oder die KSZE-Schlußakte von Helsinki. Es kann nicht davon ausgegangen werden, daß die in Wirklichkeit zu realisierenden Konzepte in solchen

Texten offenliegen. Offizielle DDR-Texte sind zumeist nur dann lesbar und verstehbar, wenn man sich darauf einläßt, politisch relevante Informationen im Nicht-Text, d.h. ‚zwischen den Zeilen', zu suchen. Oft liegen Welten zwischen dem Gesagten und dem Gemeinten." (aus: Bernd-Reiner Fischer/Norbert Schmidt, Das zweifache Scheitern der DDR-Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38/1991, S. 27-36, hier S. 27.)

Zu Dokument 34:

Pädagogischer Rat (Lehrerversammlung)

„Die hat uns also alle im Visier gehabt."

Klassenlehrerin Petra L.: Der Direktor hat diese Versammlung geleitet. Wir saßen hier [im Lehrerzimmer] ähnlich wie jetzt. Hier in dieser Ecke, das weiß ich noch genau, saß unsere damalige Schulrätin. Die hat uns also alle im Visier gehabt. Und da stand der Direktor. Die Klassenleiter waren vorher beauftragt worden, für die betreffenden Schüler eine schriftliche Beurteilung anzufertigen, die letztlich darin gipfeln sollte, daß man für oder gegen Relegierung spricht. Und dann hat er einfach die „Punkte der Anklage" nochmal genannt, und wie ich dann hinterher herausbekommen habe - eigentlich durch Nachfragen - bestand eigentlich der Trick darin, daß man alle Dinge, die vorgefallen waren - und das waren inzwischen schon eine ganze Menge - letztlich so dargestellt hat, als wenn alle diese Schüler jeweils daran beteiligt gewesen waren. Das stimmte aber nicht! Es stimmte nicht. Und dadurch ergab sich das Bild, zumindest auch für mich: Hier ist relativ organisiert von einer Gruppe von sechs/sieben Schülern nacheinander ein Ding nach dem anderen angezettelt worden. Es war aber nicht so! Aber dieser Eindruck wurde ganz bewußt erweckt. Und nachdem er das vorgetragen hatte, mußten zu jedem einzelnen Schüler die Klassenleiter Stellung nehmen. Dann wurden noch andere Kollegen dazu gehört. Meines Erachtens kam es zu keiner Abstimmung, sondern es wurde nur abgewartet, ob jemand dagegen spricht. Aber so etwas wie ein Abstimmungsprotokoll hat es nicht gegeben.

„Kommen Sie zur Sache!"

Lehrer Manfred W.: Ich weiß genau, daß nicht abgestimmt wurde, denn ich hatte mir vorgenommen: Du kannst in diesem Augenblick nicht dafür stimmen! Ich hatte angesetzt und wollte von meinen Erlebnissen bei der Arbeiter- und Bauernfakultät, wo ich schon mal so etwas erlebt hatte, aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß eine solche Relegierung nichts bringt. Ich wurde unterbrochen: „Kommen Sie zur Sache!", sagte der Direktor und ließ mich gar nicht ausreden. Dann habe ich noch einmal versucht, etwas zu sagen. Aber ich bin nicht aufgestanden und habe gesagt: „Wenn ich hier nicht reden darf, dann bin ich hier fehl am Platze, dann muß ich rausgehen!" Das habe ich nicht gemacht. Ich habe keine Abstimmung verlangt - was ich hätte tun müssen! Sondern ich sage ganz ehrlich: Da ich wußte, ich kann ja doch nichts ausrichten … wenn ich jetzt dagegen stimme, dann werde ich die Schule verlassen müssen, früher oder später, und ich kann den Schülern doch nicht helfen. Ich war innerlich - das muß ich zu meiner Schande sagen - froh, daß nicht abgestimmt worden ist. Daß ich mich nicht bekennen mußte! Das muß ich leider sagen. Wir haben als Kollegium, wie man es auch nimmt, in diesem Augenblick versagt! Ich glaube, da sind wir uns alle einig, wenn wir das rückblickend betrachten. Wir haben alle versagt.

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

Arbeitsanregung:

Erinnern Sie sich an ähnliche Situationen, und tauschen Sie Ihre Erfahrungen in der Gruppe aus:

- Die hat uns also alle im Visier gehabt. Und dann hat er einfach die „Punkte der Anklage" nochmal genannt. Das stimmte aber nicht! Aber dieser Eindruck wurde ganz bewußt erweckt…
- Ich hatte angesetzt und wollte aus meiner eigenen Erfahrung sagen… Ich wurde unterbrochen: „Kommen Sie zur Sache!", sagte der Direktor und ließ mich gar nicht ausreden. Dann habe ich noch einmal versucht, etwas zu sagen …

Was hilft Ihnen in solchen Situationen, sich zu Wort zu melden bzw. weiterzusprechen?

„Wenn wir jetzt alle empfohlen hätten, die Schüler nicht zu relegieren …"

Lehrer Manfred W.: Der wichtigste Satz in der Verordnung ist: „Die Ergebnisse der kollektiven Meinungsbildung im Pädagogischen Rat sind als Empfehlungen zusammenzufassen." Wir waren also nicht beschlußfähig. Der Lehrer wußte immer ganz genau: Er hat nicht viel zu melden an der Schule. Erstens herrscht der Direktor zusammen mit der Partei. Zweitens: Im Pädagogischen Rat darfst du Empfehlungen geben. Wenn man „Pädagogischer Rat" hört, dann denkt man, das ist das oberste Gremium, in dem jetzt die entscheidenden Beschlüsse gefaßt werden. Wir haben keine Beschlüsse zu fassen gehabt! Und das macht es ja eben so schwierig, das Verhalten der Kollegen zu beurteilen bei diesem Ausschluß.

Jeder wußte genau: Wir haben eigentlich nichts zu sagen, und eigentlich ist die Sache längst gelaufen. Die wissen selbst genau, was sie machen mit den Schülern. Andererseits hätte natürlich, wenn wir jetzt alle empfohlen hätten, die Schüler nicht zu relegieren… wäre es diesen Leuten schwergefallen, das doch zu tun. Und das eben ist nicht geschehen, und das ist vielleicht der springende Punkt. Aber das war eben illusorisch, denn über die Hälfte der Kollegen war in der Partei, die sich der , Parteidisziplin unterwerfen mußten. Und die andere Hälfte der Nichtgenossen war auch irgendwie gespalten, denn ein Teil war wirklich der Meinung: Wenn diese Schüler sowas machen, wenn sie hier *trouble maker* sind, dann gehören sie nicht an diese Schule. Auch da waren wir gewissermaßen gespalten. ;

Die Nichtgenossen wußten ganz genau: Wir haben nichts zu sagen. Wir können hier doch nicht durchkommen. Selbst wenn wir zusammengehalten hätten, hätten wir nichts machen können. Ich habe einige Kollegen im Vorfeld gesprochen, bevor die Versammlung losging. Und da weiß ich genau, daß die Kollegen mir gesagt haben: „Wir können sowieso nichts machen. Das ist längst entschieden, und was wir auch anstellen." Also, dieses Gefühl der Hilflosigkeit, das war [das Gefühl], mit dem wir hinein gegangen sind.

Es war also völlig irreal anzunehmen, es hätte eine Empfehlung zustande kommen können, die dazu führt, daß die Schüler nicht ausgeschlossen werden. Wir waren also diesem schrecklichen, diesem komplizierten, diesem teuflischen System, diesen Strukturen ausgeliefert, menschlichen Schwächen ausgeliefert. Das alles spielte zusammen. Diesem Zusammenspiel von Strukturen, raffinierten Herrschaftsstrukturen, menschlichen Schwächen und ideologischen Dingen, also Unklarheiten.

Ich wußte ganz genau: Da ist nichts zu machen. Ich habe einfach nur deswegen dagegen gesprochen, weil ich vor mir selbst geradestehen wollte. Obwohl ich genau wußte: Es ist sinnlos. Du kannst nichts ausrichten. Es war doch keine demokratische Entscheidung, wo man in einem Gremium wirklich echt berät, sondern es war nur das Mäntelchen, das sie brauchten - das demokratische Mäntelchen, das sich die Obrig-

keit umhängen wollte, um nicht die Verantwortung allein auf sich zu nehmen. Und insofern finde ich manchmal diese harten Urteile über die Kollegen nicht ganz gerechtfertigt.

Wir waren in einer Lage, in der man eigentlich gar nichts durchsetzen konnte.

aus: Interview A. Zühlke mit Lehrer Manfred W., Mail991.

Arbeitsanregungen:

1) Auch einige Nichtgenossen haben gegen die *„trouble maker"* gesprochen. Wägen Sie die Motive dieser Lehrerinnen und Lehrer ab!

2) Beziehen Sie folgende verallgemeinernde Diagnose eines Psychotherapeuten auf die Situation im Pädagogischen Rat, aber auch auf Situationen in Ihrem eigenen Umfeld.

„Ich bin doch nur der Dumme!"

Losungen wie „Die Partei hat immer Recht!" waren durchaus geeignet, sich klein und ohnmächtig oder mit einer persönlichen Ansicht doch recht anmaßend und überheblich zu fühlen. Auch hier wurde wie in einer autoritären Religion mit einer magisch-mystischen Übermacht gearbeitet, um die Infantilisierung und Unterwerfung zu sichern. Gelang dies ausnahmsweise nicht, waren Empörung und Protest die gesunde Reaktion ob solcher Behandlung, traten sofort die weiteren Mechanismen der Gehirnwäsche in Aktion: Man wurde ausgelacht, getadelt, beschämt und sozial geächtet, indem man zum Außenseiter, zum „Klassenfeind" erklärt wurde, zu einem, der nicht im „rechten Bewußtsein" sei.

Und das allerschlimmste daran: Man blieb in der Regel wirklich allein. Fast nie hat jemand Partei ergriffen und sich solidarisiert, wenn einem mal der Kragen platzte und der Empörung freier Lauf gelassen wurde. In einer solchen Situation genau zu wissen, daß viele ganz ähnlich dachten, aber sich lieber raushalten wollten und dem Blick verschämt auswichen, dieses Alleingelassensein hat immer tief getroffen und Wirkung gezeigt. Da half auch nachträglich geflüsterte Zustimmung nichts, sie verschlimmerte eher die bittere Enttäuschung. Und das Resümee solcher Erfahrung war»: „Es hat keinen Zweck, ich kann nichts machen, es ändert sich doch nichts, ich bin nur der Dumme!"

aus: Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau: Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990, S. 29.

Zu Dokument 35:

Leistungsbericht über einen Lehrer

Direktor F. schrieb im November 1988 „Leistungsberichte" über acht der insgesamt 26 Lehrerinnen und Lehrer an seiner Schule. Vorausgegangen waren Hospitationen in Unterrichtsstunden. Unangemeldete Kontrollbesuche, an denen Funktionäre der Schulverwaltung und die Schulleitung teilnahmen, fanden in unregelmäßigen Abständen routinemäßig statt. Dabei wurden nicht nur die fachlichen • Fähigkeiten, sondern auch die politische Haltung der Lehrer überprüft. Lehrer sollten nicht nur Fachwissen vermitteln, sondern zugleich zur Parteilichkeit erziehen (vgl. Kommentar zu den Dokumenten 1 und 2). Jeder Fachlehrer hatte für seine Unterrichtsplanung einen „ideologischen Pflichtanteil" zu berücksichtigen.

Ähnlich wie die Parteisekretäre für ihre Parteigruppe einen „Arbeitsplan" mit politischen „Zielstellungen" aufstellen mußten (Dokument 21), hatten Klassenlehrer für die politische und pädagogische Arbeit mit

ihren Schülern jährliche „Klassenleiterpläne" zu erstellen. Die Vernachlässigung der „politisch-pädagogischen Einflußnahme" auf die Schüler sei auf die „Haltung des Kollegen W. zur langfristigen Klassenleiterplanung" zurückzuführen, heißt es im Leistungsbericht. Könnte die negative Beurteilung des „Kollegen W." („Seine Eignung für die Abiturstufe ist zur Zeit eingeschränkt") nicht auch auf seine kritischen Bemerkungen im Pädagogischen Rat (Seiten 73ff.) zurückzuführen sein?

Arbeitsanregung:

Diskutieren Sie folgenden Fall:

Prinzipienlose Arbeit

Folgende Geschichte zeigt, wie selbst engagierte SED-Mitglieder in Konflikt mit der politischen Führung gerieten, ohne ihn austragen zu können, wenn sie in ihrer pädagogischen Arbeit ungeschriebene Regeln politischen Verhaltens außer acht ließen. Sie steht im Zusammenhang mit der Demonstration am 17. Januar 1988, die anläßlich des Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin stattfand. Auf ihr wurden ca. 120 Personen vom Staatssicherheitsdienst verhaftet und 54 von ihnen später zur Ausreise in die Bundesrepublik genötigt, weil sie das Luxemburg-Wort von der Freiheit der Andersdenkenden öffentlich zitiert hatten.

Eine 9. Klasse erschien vollzählig zur Pflicht-Demonstration. Nachdem sich der Demonstrationszug in Bewegung gesetzt hatte, verschwanden die Schüler mit Ausnahme dreier Mädchen wieder - ein völlig normales Ereignis. Der „gesunde Menschenverstand" problematisierte so etwas nicht; es entsprach dem DDR-Stereotyp „Teilnahme an einer Demonstration". Der neue Klassenlehrer B. jedoch, sechs Jahre im Schuldienst, wollte nicht akzeptieren, daß so viele seiner Schüler meinten, Teilnahme heucheln zu müssen. In Gesprächen mit ihnen stellte er fest, daß sie sich aus Angst vor politischem Druck so verhielten, daß ihnen historisches Wissen über die Hintergründe der Demonstration sowie eine emotionale Beziehung zu den historischen Ereignissen fehlten. Die Demonstration empfanden sie als sinnentleert.

Wie sah die pädagogische Reaktion von B. aus? Gemeinsam mit seiner Klasse bemühte er sich in den nächsten Monaten in offenen Diskussionen um historisches Wissen, um eine emotionale Beziehung und um eine kritische Haltung zur Demonstration. Die Klasse führte ein Forum mit einer Autorin einer Fernsehdokumentation zur KPD-Gründung durch, beschäftigte sich mit den SED-Thesen zur KPD-Gründung, besuchte den Kinofilm „Rosa Luxemburg", fertigte Wandzeitungen an, auf denen ehrliche Meinungsäußerungen der Schüler veröffentlicht wurden, und entschied auf einer FDJ-Versammlung kurz vor der Demonstration im Januar 1989, wie sie Liebknecht und Luxemburg ehren wollten: Zehn Schüler beteiligten sich an dieser Demonstration, sechs machten einen Arbeitseinsatz und zahlten den Erlös teilweise auf das Solidaritätskonto ein, drei taten beides. :

All das erregte das Mißtrauen der Parteileitung. Das Thema „Liebknecht/Luxemburg-Demonstration" und die Art seiner Behandlung waren ihr aufgrund der Vorfälle des Vorjahres suspekt. Sie warf B. vor, als Genosse und Klassenleiter eine prinzipienlose und liberale politische Arbeit geleistet zu haben und bestrafte ihn disziplinarisch.

aus: Bernd-Reiner Fischer/Norbert Schmidt, Das zweifache Scheitern der DDR-Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38/1991, S. 27-36, hier S. 34.

Zu den Dokumenten 36 und 37:

Genossen-Elternversammlung

„Dort kam keine Ruhe mehr an diese Schule. Das war nicht mehr normal. Die anderen Eltern waren damit gar nicht mehr einverstanden, daß dort nur noch diskutiert wurde."

Volksbildungsministerin Margot Honecker.[2]

Am 27. September 1988 tagen in der Ossietzky-Schule die Genossen-Elternversammlungen. Ihr gehören nur die SED-Mitglieder unter den Eltern an. Der Vorsitzende des Elternbeirats, der gewählten Elternvertretung der Schule, gibt am Tag darauf (!) eine Stellungnahme ab, in der die Relegationspläne des Direktors ebenfalls befürwortet werden.

„Unruhe und keine Lerndisziplin"

Ich mußte eine Genossen-Elternversammlung durchführen. Ich habe das vorher genauestens ausgearbeitet und habe mir ganz genau aufgeschrieben, was ich sage und wie ich es sage und habe dann den Fall geschildert, was sich zugetragen hat. Ich habe die Eltern dann auch zur Diskussion dazu aufgefordert. Und nun muß man natürlich auch wissen: Es sind ja alles Genossen gewesen, die da waren. Demzufolge waren die auch, wenn ich jetzt mal von mir ausgehe: *engagiert, pflichtbewußt, diszipliniert* und auch den Parteibeschlüssen hörig. Ich weiß ja nicht, wenn ich anders gesprochen, anders reagiert hätte, wenn ich das jetzt also nicht als eine staatsfeindliche Aktion gewertet hätte, ich weiß nicht, wie die Eltern reagiert hätten. Diese Genossen in teilweise so exponierten Stellungen! Alle, die zur Diskussion gesprochen haben, haben Beispiele angeführt. In Ungarn hätte es auch unter der Jugend angefangen. Und '53 führten sie an und '56. Und immer wieder „die Jugend"! Und: „Man muß aufpassen!"

Die Eltern haben Bestrafung gefordert?

Ja!! Die Eltern selbst! Man könne solche Schüler nicht an der Schule dulden. Die verderben sozusagen das Klima, das politische Klima. Sie bringen Unruhe hinein. Ständig gibt es Diskussionen und das bringt Unruhe und keine Lerndisziplin. Und endlich müsse ja nun das Schuljahr richtig angefangen werden. Und die Forderung, daß das so nicht geht, die kam ja von den Eltern.

Wieviele von den Eltern waren denn eigentlich Genossen?

120 vielleicht.

Also 120 Elternteile von 160 Schülern.

Ja. Manchmal waren auch beide in der Partei. Also drei Viertel waren Genossen, das kann man schon sagen.

Mußten da alle Genossen-Eltern zur Versammlung kommen?

Natürlich. Es war eine Pflichtveranstaltung! Es wurden alle Genossen schriftlich eingeladen. Es gab natürlich einige, die nicht da waren, die dienstlich verhindert waren oder so. Die haben eine schriftliche Entschuldigung geschickt. Aber wer sich freimachen konnte, ist da gewesen.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

2 Andert/Herzberg, Der Sturz: Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990, S.304.

Energische Auseinandersetzung

Nur zwei Eltern sprechen sich gegen harte Schulstrafen aus, und nur bei ihnen wird anschließend hinter dem Namen im „Ablaufbericht" vermerkt, in welchem Betrieb, in welchem Beruf beziehungsweise in welcher Funktion sie tätig sind. Einer der zwei ist der Charite-Arzt Dr. L, Katjas Vater.

Aus dem Protokoll: „Genosse Doktor I. vertritt die Position, daß die Schule falsch handelt, da die Schüler sich in der Entwicklung befinden und ihnen zugestanden werden muß, längere Zeit zu brauchen, um sich politische Standpunkte zu erarbeiten. Er wandte sich gegen das Vorgehen des Direktors und die Wertung des Elternbeirats-vorsitzenden bezüglich der Durchführung des Gesprächs und der Schlußfolgerungen, daß es um eine organisierte feindliche Handlung gehe. Alle anwesenden Genossen setzten sich energisch dazu mit ihm auseinander."

aus: Jörn Kalkbrenner, a. a. O., S. 47f.

Versagen der Eltern?

Wenn man Eltern beim Elternabend, zu dem die Schule regelmäßig einlud, beobachtete, hatte man den Eindruck, daß in ihnen die eigene frustrierende Schulzeit wieder lebendig wurde, denn sie saßen meist geduckt, ängstlich und angepaßt in den Bänken, in denen jetzt ihre Kinder terrorisiert wurden.

Gegen den Drill und Anpassungsdruck der Schule haben Eltern so gut wie nie protestiert. Sie haben sich eher mit den Lehrern gegen die Kinder verschworen, vor allem wenn es um die Disziplinierung ging.

So waren Eltern weniger Anwälte ihrer Kinder, sondern häufiger Erziehungsgehilfen der Staatsgewalt „Schule". Das war für viele Kinder eine herbe Enttäuschung und hat das Vertrauen zu ihren Eltern untergraben. Gerade dieses Versagen der Eltern hat bei den Kindern Ohnmachtsgefühle verfestigt.

aus: Hans-Joachim Maaz, Der Gefühlsstau: Ein Psychogramm der DDR. Berlin 1990, S. 36f.

Arbeitsanregungen:

1) Haben die Eltern versagt, wie der Psychotherapeut Maaz behauptet? Empfinden Sie sein Urteil als gerecht/ungerecht? Was beobachten Sie in Ihrem eigenen Umfeld?

2) Unter den Genossen Eltern befinden sich insgesamt 23 Mütter und Väter, deren Kinder sich an Kais Unterschriftensammlung beteiligt haben. In einer Liste mit Angaben zu den 38 unterzeichnenden Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sind deren Parteizugehörigkeit und die Arbeitsstellen vermerkt. Unter den 23 Parteimitgliedern finden sich dabei die folgenden Arbeitsstellen. Wie schätzen Sie den damit verbundenen beruflichen und sozialen Status ein?
   - Kinderklinik Charite
   - Abteilungsleiter WF
   - Bereichsleiter, AdW
   - Exportkauffrau, AHB Textima
   - Dozent, Hochschule für Ökonomie
   - Invalidenrentner
   - Chefarzt, Zentralinstitut für Anorganische Chemie
   - Betriebsärztin, Klinikum Buch
   - Sektorenleiterin, Ministerium für Kultur
   - Botschafter, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
   - Generaldirektor Robotron Export/Import

Wissenschaftlicher Mitarbeiter ZI für Berufsbildung
Redakteurin VEB Verlag „Volk und Wissen"
Sachbearbeiterin AdW
Dipl.-Außenhandelsökonomin, Kammer für Außenhandel
Dipl.-Sprachmittlerin, freiberuflich
Angestellter der bewaffneten Organe, Ministerium des Innern
Angestellter, Ministerium des Innern
Präsidium der Volkspolizei Berlin
Angestellte der bewaffneten Organe, Ministerium des Innern
Angestellte, Ministerium des Innern
Präsidium der Volkspolizei Berlin
Lehrerin

Zu den Dokumenten 38 und 39:

Querverbindungen

Bevor das Schuljahr 1987/88 beginnt, schreibt Direktor F. aus eigener Initiative einen Brief an die Direktoren der Polytechnischen Oberschulen in Berlin-Pankow. Zusätzlich zu den offiziellen Schülerbeurteilungen (vgl. Seiten 18ff.) möchte er Informationen einholen über die an seine Schule delegierten Schüler und ihre Eltern. Direktor F. bittet seine Kollegen um „Mitarbeit". Sein Ziel ist, „die befähigsten Eltern für die neuen Elternvertretungen" auswählen zu können. Weder Eltern noch Schüler werden von diesem Briefwechsel erfahren - auch nicht diejenigen, die als „besonders geeignet" eingestuft worden sind. Ein solcher informeller Erfahrungsaustausch wird im Behördenjargon auch als „Querschließen" bezeichnet.

Der Brief der Kaderabteilung (Personalabteilung) des Rundfunks der DDR vom Oktober 1989 an den Direktor der EOS „Carl von Ossietzky" gibt ein weiteres Beispiel für verdecktes Einflußnehmen „hinter den Kulissen".

Zwischen Schule und Betrieb gab es zahlreiche Querverbindungen - sowohl formelle als auch informelle. „Die Leiter der Betriebe", hieß es in der Schulordnung, seien verantwortlich für die „Erziehung der Angehörigen des Betriebs zu einem hohen Verantwortungsbewußtsein für die kommunistische Erziehung der Schuljugend, insbesondere für die Erziehung ihrer eigenen Kinder" (Paragraph 34 Absatz II Schulordnung). Wie diese Bestimmung konkret auszuführen war, blieb eine Frage der Interpretation. So wird Benjamins Vater, freier Mitarbeiter beim „Fernsehen der DDR", zu einem Gespräch mit dem obersten Kaderchef (Personalchef) „eingeladen". Der Kaderchef zeigt Verständnis. Katjas Vater dagegen, Parteimitglied und Arzt an der renommierten Berliner Charite, muß sich vor der Grundorganisation seines Betriebs rechtfertigen: „Viele Mitarbeiter haben Verständnis für ihn. Aber es gibt auch Scharfmacher, die eine Kopfwäsche wollen."[3] „Im Falle der umgeschulten Georgia wird der Betrieb der Mutter, das Klinikum Berlin-Buch, informiert. In einem Schreiben wird darum gebeten, die Eltern ‚bei der sozialistischen Erziehung ihrer Tochter zu unterstützen'."[4]

Der Betrieb als Instrument der „Volkserziehung"

Es gab (…) verschiedene Instanzen und Wege, um den Betrieb als moralökonomische Institution zu verwirklichen. Dazu gehörte insbesondere die „Betriebsparteileitung", die dafür Sorge trug, daß der Betrieb diejenigen Ziele anstrebte, die im Interesse der ganzen Gesellschaft waren, wie sie die Partei definierte. Die Betriebsgewerkschaftsleitung diente insofern demselben Zweck, als sie immer nur im Einklang

3 Jörn Kalkbrenner, a.a.O., S.48.
4 Jörn Kalkbrenner, a.a.O., S.60.

mit der SED agierte und eine Interessenvertretung der Werktätigen gegen die Arbeitgeberschaft im Realsozialismus entfallen war.

aus: Richard Rottenburg, Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen: Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB, in: Zeitschrift für Soziologie 4/1991, S. 305-322, hier S. 310.

Im „Fall Ossietzky-Schule" spielen auch Querverbindungen zwischen den Schulen eine Rolle: Kais Freundin Jeannine, ebenfalls Schülerin einer Erweiterten Oberschule in Berlin, macht die Bestrafung ihres Freundes in ihrer Klasse bekannt. „Sie liest die Texte vor, die zum ‚corpus delicti' erklärt wurden. In ihrem Aufbegehren spürt sie die Solidarität vieler Klassenkameraden, die sie zu sich nach Hause einlädt. Sechs Mitschüler kommen und hören Kai zu, der über die Ereignisse an der Ossietzky-Schule berichtet. Am nächsten Vormittag weiß es die Direktorin. Jeannine wird aus dem Unterricht ins Lehrerzimmer geholt. Dort wiederholt sich, was bereits an der Pankower Oberschule stattfand: Sie wird von Volksbildungsfunktionären eindringlich nach den ‚Motiven ihres Verhaltens' befragt. Sie muß angeben, wer ihrer Einladung gefolgt sei und was jeder geäußert habe. Man rügt ihre ‚Eigenmächtigkeit' mit scharfen Worten. Sie solle sich alles noch einmal gründlich durch den Kopf gehen lassen, bevor sie ‚weitere Fehler' mache. Im Laufe der folgenden Tage wird auch mit den ‚beteiligten Schülern' sowie deren Eltern gesprochen. Danach, so erinnert sich Jeannine, kommt sie sich in der Klasse, in der Schule wie isoliert vor." (aus: Jörn Kalkbrenner, a.a.O., S.61.) „Unter dem Eindruck dessen, was sich mit Kai F. an der EOS C.v.O. abgespielt hatte, erklärte seine Freundnin Jeannine H., damals Schülerin der EOS ‚Heinrich Schliemann', daß sie aus der FDJ austreten werde, Dies führte zur Fallinformation mit der Konsequenz, daß die Eltern zu veranlassen sind die Ausschulung zu beantragen. (...) Aus einer Aktennotiz der Hauptschulinspektion (...) ergibt sich, daß der Vater von Jeannine den Antrag gestellt hat und sie ab 02.01. 1989 ausgeschult wurde. Jeannine verließ ihr Elternhaus, es kam zum Bruch mit den Eltern." (aus: Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission der Stadtbezirksversammlung Pankow zu den Vorgängen an der EOS „Carl von Ossietzky", 8. September 1990) „Die Partei hat uns über die Vorfälle an der Ossietzky-Schule damals informiert", berichtet auch die ehemalige Parteisekretärin einer anderen Erweiterten Oberschule in Berlin, „und natürlich befohlen, wie wir Parteisekretäre uns in ähnlichen Fällen verhalten sollten. Sogar in den FDJ-Gruppen haben die Schüler den Vorfall diskutiert - genau wie das Verbot des ‚Sputniks', dieser sowjetischen Zeitschrift, die Gorbatschows Perestroika propagierte." (aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.05. 1991, Beilage)

Arbeitsanregung:

1) Welche Querverbindungen beobachten Sie in Ihrem Arbeitsfeld? Sind diese offiziell (Satzung, Verordnung …) oder inoffiziell (informell)? Nutzt solches „Querschließen" der reibungslosen Erledigung anstehender Aufgaben (Effizienz) oder engt es Entscheidungsfreiräume ein (Transparenz, Partizipation)?

Zu Dokument 40:

Lagebericht des Ministeriums für Staatssicherheit

Die Staatssicherheit (Stasi) unterschied sich organisatorisch von westlichen Geheimdiensten. Sie arbeitete zugleich nach innen und nach außen und nahm dabei Polizeiaufgaben wahr. Sie war Verfassungsschutz, Spionageabwehr, Auslandsspionage und politische Polizei in einem.

Am Tag der Beurlaubung Benjamins (vgl. Dokument 33) wurde die Wohnung seiner Familie, wo ihn Schulfreunde nachmittags besuchten, von zwei Stasi-Mitarbeitern observiert.

Zwei Behörden im Streit um Kompetenzen

Benjamins Vater: Ich habe mir gesagt: Du mußt was unternehmen! Und da habe ich mich entschieden, ins Ministerium für Staatssicherheit zu fahren. Das war Montagnacht, also nach dem ersten Tag, den Benjamin „beurlaubt" war. Ich habe mir gesagt: Willi, wovor hast du Angst? Du brauchst keine Angst zu haben! Die Jungs haben ein verfassungsmäßiges Recht wahrgenommen! Dann bin ich am nächsten Tag früh aufgestanden, bin nicht zur Arbeit gegangen und bin ins Ministerium gefahren. Dort habe ich dem Chef vom Dienst gesagt: Mein Name ist soundso, wohnhaft dort und dort, und ich möchte die Leute sprechen, die mit der Ossietzky-Schule befaßt sind. Denn daß die Stasi damit befaßt war, das war mir nun spätestens klar, seit die bei uns von sieben Uhr früh an - nach dem Anruf des Direktors - bis ca. 15 Uhr vor der Haustür gestanden hatten.

Mir war klar: Benjamins „Beurlaubung" war an diesem Montagmorgen von der Stasi inszeniert worden, um zu sehen, was der als „Rädelsführer" ausgemachte „Konterrevolutionäre Provokateur" nach seiner „Beurlaubung" unternimmt bzw. wer von seinen Freunden während oder nach Abschluß des Unterrichts zu ihm rennt. „Aufklärung des harten Kerns" wurde das genannt. So erklärte ich mir auch das Zittern in der Stimme F., als er weisungsgemäß gegen sieben Uhr bei uns angerufen hatte. Die Sache mußte selbst ihm ungeheuerlich vorgekommen sein. Natürlich kamen Benjamins Freunde sofort nach Unterrichtsschluß zu ihm „gerannt". Sie sagten, vor unserem Haus stünden zwei Stasi-Leute. Ich wußte, daß da seit früh morgens zwei Männer vor unserem Hauseingang standen, und ich wußte auch, daß es Stasi-Leute waren. Ich hatte an diesem Montag frei und war schon dreimal außer Haus gewesen. Jedesmal wenn ich an ihnen vorbeiging, nahm der eine meinen Blick auf und grinste mich höhnisch an. Als wollte er sagen: „Da ist ja der Herr Vater von diesem Subjekt, das wir observieren sollen." Ich hatte Benjamin nichts davon gesagt, um ihn nicht noch zusätzlich zu beunruhigen. Als Benjamins Freunde dann kamen, versuchte ich, die Anwesenheit dieser Stasi-Leute damit zu erklären, daß wahrscheinlich ein Staatsgast im Schloß Niederschönhausen residiere. Zu solchen Gelegenheiten wimmelte es in unserer Straße nur so von Stasi-Leuten, da sie die Zufahrtsstraße zum „Gästehaus der Regierung der DDR" war. Diese Erklärung glaubten mir Benjamins Freunde aber nicht. Sie gingen zu dritt runter, einer nach links, einer nach rechts und einer quer über die Straße. Die beiden Stasi-Leute versuchten, allen dreien nachzulaufen. Nach zehn Minuten kamen alle drei zurück und amüsierten sich köstlich über das lächerliche Hin- und Hergerenne der zwei Stasi-Leute. Damit wollten sie natürlich auch ihre Angst verdrängen. %

Dann beschlossen sie, einen Brief an den Direktor zu verfassen (vgl. Seite 72). Sie wollten gegen die „Beurlaubung" Benjamins Einspruch erheben und sich mit ihm solidarisieren. Am Dienstag früh überreichten sie diesen Brief dem Direktor, während ich zum Ministerium für Staatssicherheit fuhr.

Der Chef vom Dienst hörte sich meine Beschwerde eine Viertelstunde an und bat mich dann zu warten. Nach einer Dreiviertelstunde kamen dann zwei Mitarbeiter - vermutlich von der Bezirksverwaltung Berlin des MfS [Ministerium für Staatssicherheit] . Die kamen rein, sagten guten Tag und fragten: „Herr L., Sie wünschen?" Wie bei einer ganz normalen Behörde.

Ich sagte denen gleich zu Anfang: „Jetzt wird der Hund in der Pfanne verrückt! Jetzt steht schon die Stasi vor unserer Haustür!" Das Gespräch dauerte dann etwa eineinhalb Stunden. Ich war voller Wut und sagte sehr impulsiv: „Die Vorwürfe und der ständige Druck, der auf die Schüler wegen freier Meinungsäußerung an der Schule ausgeübt wird, verletzen unsere Gesetzlichkeit. Die Drohung mit dem Rausschmiß ist ungeheuerlich! Die Schulleitung und andere Stellen haben die dummen kleinen Staatsfeinde, die sie da bekämpfen, selbst erfunden. Wenn einer oder mehrere wegen dieser Vorwürfe von der Schule geschmissen werden, werden die westlichen Medien die Sache erfahren und sie aufgreifen. Im Gegenzug wird dann

behauptet werden, daß diese jungen Leute Provokateure sind, die vom Ausland gesteuert werden. Nach allzu bekannten Argumentationsmustern wird man diese Behauptung ‚beweisen' mit dem Fakt, daß Philipp L. sich unter diesen Schülern befindet, dessen Mutter Vera Wollenberger sich ja bekanntermaßen in England aufhält - nach gnädiger Erlassung des Strafvollzugs wegen ähnlicher staatsfeindlicher Delikte. So verleumdet und gebrandmarkt, würden diese Schüler dann in die Isolation getrieben, wo mit ihnen überhaupt nicht mehr zu reden ist. Und wer die Geschichte der sozialistischen Länder kennt, der weiß, daß, wenn es denen da oben in den Kram paßt, diese Anschuldigungen auch strafrechtlich gelten. Ich komme jetzt zu Ihnen, wo vielleicht noch etwas dagegen zu machen ist. Denn wenn die Unterschrift von Frau Honecker erst auf einem Relegierungspapier steht, ist es zu spät. Die wird sie nicht zurücknehmen!" Ich sagte auch, daß diese Kampagne gegen die Schüler von ihr ausgehe, nachdem sie sich von Herrn Egon Krenz sagen lassen mußte, was an einer ihrer Erweiterten Oberschulen vor sich geht. Benjamin habe seine „Beurlaubung" und die Observierung ja wohl dem Umstand zu verdanken, daß er in einem Meinungsstreit mit dessen Sohn ihm nicht, wie ich ironisch anmerkte, den „Respekt erwiesen hatte, der einem Prinzen von Geblüt gebührt". Benjamin hatte ihn vor allen Umstehenden massiv „abgebürstet" für seine Äußerung, die Polen seien historisch begründet faul, weshalb man sie, wenn es denn nunmal nicht anders geht, zwingen müsse, effektiver zu arbeiten, notfalls eben mit einer Militärdiktatur.

Darauf sagte der eine der beiden Stasi-Mitarbeiter, offenbar derjenige, der den Hut aufhatte und der eine unglaublich sympathische Ausstrahlung hatte: „Also, Herr L., wenn da Leute von uns gestanden hätten, dann wüßten wir das. Die Ossietzky-Schule ist kein Problem für uns. Und wenn es eins wäre, dann wäre es das letzte! Wir sind mit der Genossin Herta O. [Bezirksschulrätin] so verblieben: Keine inquisitorische Situation schaffen, niemanden zum Widerruf zwingen, mit den Jungs im politischen Gespräch bleiben! Denn wir wollen nicht, daß auch nur einer von ihnen auch nur im entferntesten zu uns auf Distanz geht." Er hat mich dann noch um Verständnis gebeten, daß sie nicht direkt in die Schule gehen könnten, um die Sache in Ordnung zu bringen: „Wir können nur durch eine Empfehlung über die Partei arbeiten."

So verabschiedete ich mich und ging befreit und voller Hoffnung nach Hause. Sie können sich vorstellen, wie geschockt ich war, als es dann doch so kam, wie ich es den Stasi-Leuten als schlimmste Möglichkeit vorausgesagt hatte.

Ich habe dann am Sonnabend um 19 Uhr das Ministerium für Staatssicherheit angerufen und habe dem Diensthabenden gesagt: „Ich habe am Dienstagvormittag um neun Uhr in Ihren Räumen mit zwei Mitarbeitern gesprochen in der Sache Ossietzky-Schule, und ich möchte, da es nicht zur Namensnennung gekommen ist, daß diese beiden Mitarbeiter erfahren, daß ich sie nochmal sprechen möchte."

Aber sie riefen am Montag nicht an, riefen am Dienstag nicht an. Aber am Mittwoch dann. Da war ich im Fernsehen. Sie haben mich im Fernsehen angerufen. Und da sagte der: „Herr L., erkennen Sie meine Stimme?"

Ich sagte: „Ja."

Da sagte er: „Sie wollten nochmal mit uns sprechen?"

Ich war in diesem Moment sehr unentschlossen, denn ich hatte einen solchen unbändigen Zorn in mir. Ich hätte explodieren können. Ich konnte es einfach nicht abwarten, mit denen einen Termin zu machen und mich mit denen zu treffen. Ich habe dann noch einen Moment gezögert, und dann ist es aus mir herausgebrochen. Ich habe ins Telefon geschrien, daß ich es für ein Verbrechen halte, was hier gelaufen ist. Wie man junge Leute so brandmarken kann mit solchen Verleumdungen. Daß ich es für einen Rechtsbruch sondergleichen halte, die von der politischen Stelle, die diese Fehlentscheidung, diese schreckliche Fehlentscheidung, getroffen hat, zu verantworten ist. Wo im Nachhinein alle Gesetze oder verfahrensrechtlichen Dinge über

den Haufen geworfen wurden - über die Köpfe der Leute hinweg, die mit der Sache befaßt waren. Damit meinte ich die Schulbehörden der unteren Ebenen.

Ich hatte in der Tat am Wochenende beim Sortieren von Unterlagen einen Artikel aus dem „Neuen Deutschland" vom 18. Juni '88 gefunden. Einen großen Artikel von Rechtswissenschaftlern zur Rechtssituation in der DDR. Zu der „großartigen" Rechtlichkeit, die wir hier haben! Und daß auch der Staat den Gesetzen unterworfen ist und so weiter. Darauf habe ich Bezug genommen.

„Die größte Schweinerei", habe ich dann gesagt, „ist: Als ich bei euch war, war alles schon gelaufen!"

Und da sagte dieser Offizier zu mir - das müssen Sie sich mal vorstellen! -: „Herr L., Sie haben recht. Als Sie bei uns waren, war alles schon gelaufen. Uns waren die Hände gebunden. Wir konnten nichts mehr machen. Es war eine andere Kompetenzstrecke. Aber legen Sie sich nicht so fest auf die Rechtsverletzung, damit Sie nicht in irgendetwas hineinschliddern! Wenn so etwas gemacht wird, dann geschieht das schon nach Recht und Gesetz!"

Das habe ich als eine Warnung verstanden - eine gutgemeinte, würde ich sagen. So ungefähr: Legen Sie sich nicht mit Leuten wie Margot Honecker oder gar Krenz an!

aus: Interview A. Zühlke mit Benjamins Vater, Dezember 1990.

Ein Mitarbeiter des MfS: Ich muß Ihnen sagen, ich habe das Ausmaß dieser Kluft, dieses Hasses der Menschen auf die Staatssicherheit, so wie sich das heute darstellt, überhaupt nicht erlebt. Mir war nie bewußt, daß so viele Menschen so viel Schlechtes von der Staatssicherheit denken. Also als Mitarbeiter hatte man diese Angst nicht. Ich gehörte ja dazu.

Ich habe mir bloß immer die Frage gestellt: Warum haben die Leute Angst? Soviel schlechte Erfahrungen können sie doch gar nicht gemacht haben. Sie sind hier doch nicht gefoltert worden oder so etwas. Und trotzdem haben die Leute Angst gehabt.

Foltern kann man aber ebenso psychisch. Was dachten Sie von dem Spruch „Freiheit ist auch die Freiheit der Andersdenkenden ", was hielten Sie von Freya Klier, Stefan Krawczyk? Haben Sie diese Leute als Feinde angesehen?

Für mich waren beide, oder überhaupt alle Andersdenkenden, Feinde der DDR. Ich habe das nicht anders empfunden. Warum, das kann ich nicht klar beantworten. Es hat auch mit der Einschätzung zu tun, dies wäre die Konterrevolution. Für mich waren das Leute, die einen Schritt dazu tun.

aus: Ariane Riecker/ Anett Schwarz/ Dirk Schneider, STASI intim: Gespräche mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern, Leipzig 1990, S. 42f.

Zu Dokument 41:

Krisensitzung der FDJ-Bezirksleitung

Die Rolle der FDJ

Fast alle Schüler einer Erweiterten Oberschule waren in der Freien Deutschen Jugend (FDJ).[5] Jede Schulklasse bildete zugleich eine FDJ-Gruppe. Da es neben der FDJ keine andere Schülervertretung gab, fungierten die gewählten Leiter einer FDJ-Gruppe - die „Klassenorganisationsleitung" (KOL) - de facto als Klassensprecher. Die FDJ-Leiter der einzelnen Klassen wählten dann die Leitung der FDJ an der Schule-die „Grundorganisationsleitung" (GOL) der FDJ.

Sechs Schüler gehörten in der Regel zur Klassenorganisationsleitung: der KOL-Sekretär, sein Stellvertreter, ein „Agitator", ein Beauftragter für „Kultur und Sport", ein Berater für „Wehrerziehung und Studium" sowie der Kassierer. Jeder FDJ-Funktionär hatte einen Ansprechpartner unter der Lehrerschaft. So trafen sich die „Agitatoren" der Klassen einmal wöchentlich mit der Parteisekretärin, die Sekretäre der Grundorganisationsleitung mit dem Direktor.

„Junglehrer" bildeten eine eigenständige Gruppe innerhalb der FDJ - auch Direktor F. gehörte zur Freien Deutschen Jugend.

Die Grundorganisationsleitungen der FDJ aus den Schulen und Betrieben eines Kreises (Stadtbezirks) wählten aus ihren Reihen Delegierte für die Kreisdelegiertenkonferenz. Dort wurde im Kooptationsverfahren[6] die Kreisleitung gewählt (vgl. auch Übersicht über den Aufbau der FDJ Seite 49).

Die FDJ war für die Schüler an den Schulen der DDR Vertretungs- und Erziehungsinstanz zugleich:

> Gegenseitige Erziehung
>
> Die Grundorganisation der Freien Deutschen Jugend und die Pionierfreundschaft der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' leisten auf der Grundlage ihrer Statuten als Organisator und Initiator des Lebens im Schülerkollektiv einen wichtigen Beitrag zur kommunistischen Erziehung aller Schüler und zur Sicherung von Ordnung und Disziplin an der Schule. Das erfolgt vor allem durch die politisch-ideologische Erziehung ihrer Mitglieder und deren aktive Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben, durch die gegenseitige Erziehung zum fleißigen, gewissenhaften Lernen und Arbeiten, zur sinnvollen Gestaltung der Freizeit und zu vorbildlichem Verhalten im Kollektiv und in der Öffentlichkeit.
>
> *Paragraph 29 Absatz I Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen-Schulordnung-vom 29. November 1979,*

Am 21. September 1988 werden in den 12. Klassen der Carl-von-Ossietzky-Schule in Anwesenheit von Direktor F. und eines Mitglieds der FDJ-Kreisleitung die FDJ-Leitungen (Klassenorganisatiohsleitungen) gewählt. Wiedergewählt werden auch die Schüler Benjamin und Wolfram. Wolfram und Benjamin unterschreiben am selben Tag das an der „Speaker's Corner" ausgehängte Gedicht „Du Meine" (Dokument 12). Benjamin hatte wenige Tage zuvor seinen Artikel über die Situation in Polen an der Wandzeitung veröffentlicht (Dokument 8) und Kais Artikel gegen die Militärparade (Dokument 10) unterschrieben, im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Mitschüler seine Unterschrift aber nicht wieder zurückgezogen. Dennoch wird er von seiner Klasse in die FDJ-Leitung gewählt:

5 Ausnahmen bildeten die wenigen kirchlich orientierten Schüler, die es in der Schule insgesamt schwerer hatten. - Ein Ergebnis der ersten gesamtdeutschen „Shell-Jugendstudie" lautet: „Die Frage nach der Erinnerung an die alte DDR beantworteten 60 Prozent der Jugendlichen in den neuen Ländern positiv, wobei vor allem Aspekte wie Heimatgefühl, soziale Sicherheit und fehlende Zukunftsangst eine Rolle spielten. Bei den negativen Erinnerungen ging es vor allem um Zwang, Repression und Korruption. Positiv in der Erinnerung schneiden auch die Jungen Pioniere mit 61 Prozent ab, während die FDJ mit positiven 19 Prozent ein schlechtes Bild abgibt." (aus: „Der Tagesspiegel", 8. November 1991)

6 Kooptation (DDR-Terminus): Ergänzungs- oder Zuwahl in ein Gremium gemäß einem in der Regel verbindlichen Vorschlag seiner ihm bereits angehörenden Mitglieder.

Einer, der querliegt

Benjamin war in der Klasse - ich will nicht sagen: beliebt - aber er war ein kluger Junge und brachte immer eine Diskussion zustande. Und weil er eben so ein unruhiger und kritischer Geist war, wurde er in die FDJ-Leitung gewählt. Die Schüler meinten, dadurch käme auch Leben in die Bude. Das ist der Grund gewesen.

Allerdings: Politisch distanzierten sich eine ganze Reihe von Schülern von ihm. Weil sie meinten: Das ist einer, der querliegt, der ständig irgenwas zu nörgeln und zu meckern hat. Das hat mich eigentlich an ihm auch ein bißchen gestört. Das artete bei ihm immer in Meckern aus. Das war also nicht immer gezielte, angebrachte Kritik. Dann habe ich mir aber gesagt: Mensch, der ist 16, 17 Jahre alt! Da ist die Sache ja klar: Schüler meckern ja leicht.

aus: Interview A. Zühlke mit der Parteisekretärin, April 1991.

Arbeitsanregung:

Wie reagieren Sie als Erwachsene in Ihrem Alltag gegenüber „jemandem, der querliegt"? Wie reagieren Sie als Lehrer, Eltern, Vorgesetzte?

Der Ausschluß aus der FDJ

In einer Strafanzeige vom 28. Januar 1990 (Dokument 55) werfen die von den Schulstrafen betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern den an den Verfahren beteiligten Funktionären des Volksbildungsministeriums, der SED und der FDJ unter anderem Nötigung vor. Jörg R., Mitglied des FDJ-Zentralrats, berichtet, am 28. September 1988 - einem Tag vor den FDJ-Versammlungen in den Schulklassen - sei ihm in einer Krisensitzung der FDJ-Bezirksleitung erklärt worden, daß die Relegationen von Volksbildungsministerin Honecker bereits beschlossen seien. (Erst am 30. September 1988 wurden die Schulstrafen von Direktor F. in der Aula der Schule öffentlich bekanntgegeben.) Der FDJ falle die Aufgabe zu, dafür einen „Vorlauf" zu schaffen.

Scheinlegitimation

Der Ausschluß aus der FDJ sollte sicherlich eine Scheinlegitimation für den Schulausschluß sein, denn FDJ und Schule werden ja bis zum heutigen Tag für fast identisch gehalten.

Das wahrscheinlich Skandalöseste an diesem ganzen Vorfall [ist], daß also selbst die bestehenden, für meine Begriffe auch nicht legitimen, Gesetze - daß man also Schüler für Meinungen bestrafen kann und so weiter -, überschritten wurden, Kompetenzbereiche überschritten wurden. Ich kann es auch einfach Machtmißbrauch nennen. Daß gewissermaßen die Sache nicht von unten nach oben aufgebaut wurde, so wie es immer dargestellt wurde, sondern von oben nach unten... Die Unterschriften unter die vollstreckten Urteile standen, bevor überhaupt die Verfahren eingeleitet wurden!

aus: Interview mit Schüler Kai im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November 1989- Videoaufzeichnung.

In der offiziellen Stellungnahme des Zentralrats der FDJ heißt es zunächst, mit den Relegationen habe „der Zentralrat der FDJ nichts zu tun". Es habe „über die Vorgänge an der Schule nur ein einziges

Gespräch im FDJ-Zentralrat" gegeben. R. sei, heißt es dann weiter, an die FDJ-Grundorganisation (damit sind die Schulklassen gemeint) verwiesen worden, wo gemäß Statut entschieden werden müsse. R. berichtet dagegen, er sei an die Bezirksleitung der. FDJ verwiesen worden. (Die Bezirksleitung war im selben Haus an der Straße „Unter den Linden" untergebracht wie der Zentralrat.) In einer Krisensitzung der Bezirksleitung, behauptet R., sei das Ausschlußverfahren aus der FDJ vorbereitet worden mit dem Ziel, für die von der Volksbildungsministerin bereits beschlossenen Schulausschlüsse einen „Vorlauf" zu schaffen (= sie zu legitimieren). Später verschickte der Zentralrat der FDJ Schreiben an die Grundorganisationsleitungen der FDJ in allen Berliner Schulen mit Anweisungen, wie sich FDJ-Funktionäre zum Fall Carl-von-Ossietzky-Schule zu verhalten hätten.

FDJ-Bezirkssekretär M. dagegen sieht keinen Zusammenhang zwischen den FDJ-Ausschlüssen und den Relegationsverfahren:

„Wie verhalten wir uns zu FDJ-Mitgliedern?"

Ich wußte, daß über den Stadtschulrat, Frau O., über die Frage der Relegierung diskutiert wird. Das war mir bekannt. Aber nicht im Sinne, daß ich um eine Meinung gebeten wurde, und ich hatte dazu auch keine abzugeben. Ich habe dem R. deutlich zu machen versucht, daß das, was wir zu verantworten haben, Sache der FDJ sei.

Wie verhalten wir uns zu FDJ-Mitgliedern? Nichts anderes stand hier zur Debatte. Keine Fragen, daß damit irgendeinem Relegierungsverfahren Vorschub zu leisten sei. Und schon gar nicht, daß die Bedingung für eine Relegierung der Ausschluß aus der FDJ sei. Das hat hier nie eine Rolle gespielt. Das ist auch überhaupt kein logischer Zusammenhang. Es lief nur beides parallel und erscheint jetzt so. Aber es waren zwei völlig selbständige Prozesse.

Das eine war die Mitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend. Und das andere war eine staatliche Entscheidung, die überhaupt mit der FDJ und mit der Leitung der FDJ nicht zu konsultieren war, mit ihnen auch nicht beredet, schon gar nicht eventuell von uns vorgeschlagen wurde.

aus: Interview mit FDJ-Bezirkssekretär M. im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 1. Dezember 1989-Videoaufzeichnung.

Waren die Ausschlüsse aus der FDJ tatsächlich eine Voraussetzung für die Relegationen?

Ein Ritual

Der Ausschluß aus der FDJ gehörte zu einem Ritual, das vollzogen wurde. Aber hinter diesem Ritual steckte natürlich ein Gedanke: Man wollte nämlich erreichen, daß sich die Klassenkameraden oder die anderen Mitglieder der FDJ von diesen jungen Leuten distanzierten. Man wollte dem ganzen auch hier ein demokratisches Mäntelchen umhängen.

Jedes Ritual hat doch irgendwann einmal einen Sinn gehabt, auch wenn man dann nachher nur noch bei den Formen bleibt. Der Sinn der ganzen Sache war, die Verantwortung, von der Sie ja sprachen, auf viele Schultern zu verteilen, viele zu Mitschuldigen zu machen.

„… damit sie ihre Karriere nicht gefährdet."

Nachdem zwei der relegierten Schüler - ein Schüler und eine Schülerin - das Studium bei uns wieder aufgenommen hatten, kam eine Schülerin zu mir. Die gestand mir

dann, daß auch sie in der Klasse für den Ausschluß einer Mitschülerin aus der FDJ gestimmt hatte - und welche Kämpfe sie vorher hatte mit sich ausfechten müssen. Sie wollte nicht für den Ausschluß stimmen, aber ihre Eltern, die beide in der Partei waren, haben von ihr verlangt, daß sie das tut, damit sie ihre Karriere nicht gefährdet.

Mit diesem FDJ-Ausschluß hat man den Gewissenskonflikt unter die Schüler weitergetragen und sie auch irgendwie zu Mitschuldigen gemacht. Das war die Raffinesse des Systems: möglichst viele einzubinden, möglichst viele zu belasten bei der ganzen Sache.

aus: Interview Ä. Zühlke mit Lehrer Manfred W., Mai 1991.

Vor der Mitgliederversammlung der FDJ wird Klassenlehrerin Petra L. ins Direktorzimmer gerufen. Dort erwartet sie neben dem Direktor Bezirksschuiinspektorin H.:

Strategiedebatte

Frau H. fragte mich: „Welche Strategien habt ihr entwickelt?"

Daraufhin sagte ich: „Meine Strategie besteht darin, daß ich zu meinen Schülern ehrlich bin."

Daraufhin guckte sie mich an wie ein ungeputztes Fenster und sagte: „Ich erwarte von Dir, daß Du heute Abend die Schüler dazu bringst, daß sie den FDJ-Ausschluß beschließen!"

Da habe ich gesagt: „Das mache ich nicht."

Daraufhin schrie sie über den Tisch und sagte, obwohl ich weder Genosse bin noch jemals mit ihr Brüderschaft getrunken habe: „Ich warne Dich!" Und: „Wenn Du heute Abend nicht zu *dem Ergebnis* kommst…"

Nun war ich meinerseits in dieser Situation eigentlich auch bereit, auch über den Tisch zu springen, weil mir sowas noch nicht begegnet war.

Der Direktor hat dann schlichtend eingegriffen und hat gesagt: „Frau L. wird das schon pädagogisch lösen."

Aber auch zu diesem Zeitpunkt haben wir noch nicht gewußt, daß der FDJ-Ausschluß eigentlich nur eine scheinbar demokratische Legitimation der Relegierung sein sollte.

aus: Interview mit Klassenlehrerin Petra L. im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November 1989-Videoaufzeichnung.

Klassenlehrerin Petra L. berichtet, der Direktor habe den Streit zwischen ihr und Frau H. mit der Bemerkung geschlichtet: „Frau L. wird das schon pädagogisch lösen." Der Direktor versucht-so scheint es - einen Konflikt zu entschärfen: Ein pädagogisches Problem ist ein relativ harmloses, jedenfalls nicht-politisches Problem. Vor allem aber ist es lösbar. Andererseits weiß Direktor F. seit dem 23. September 1988 (inzwischen ist der 29. September), daß Relegationen ausgesprochen werden sollen. Redet er sich selber ein, daß es doch noch anders kommen könnte? Welchen Sinn hat es, die Klassenlehrerin in dieser Situation in Schutz zu nehmen? Wie wird sich F. selbst bei den FDJ-Klassenversammlungen verhalten?

Arbeitsanregung:

Die folgenden Rollenbeschreibungen sollen Ihnen die Möglichkeit geben, eine FDJ-Versammlung in den Klassen so zu simulieren, wie Sie sie sich auf Grund der bisher erarbeiteten Randbedingungen vorstellen. Dazu ist es erforderlich, eine Beobachtergruppe zu bilden. Es geht dabei keinesfalls darum, die historische Realität detailgetreu nachzugestalten. Vielmehr wäre es ein Ziel, durch Vergleich mit den Protokollen der FDJ-Klassenversammlungen (Dokumente 42 und 43) darüber zu sprechen, wie sich Ihre Vorstellung zum realen Geschehen verhält - soweit ein Protokoll durch einen FDJ-Funktionär nicht auch eine gefilterte Sicht präsentiert. Bitte beachten Sie, daß dieses „Rollenspiel" nur sinnvoll ist, wenn Sie die Dokumente 42 und 43 erst anschließend zur Kenntnis nehmen.

Die Auswertung der Simulation durch Vergleich mit den tatsächlichen Verlaufsprotokollen kann sich unter anderem an folgenden Leitfragen orientieren:

- Von welcher Seite gehen die entscheidenden Diskussionsimpulse aus: von den Erwachsenen oder von den Schülern?
- Handelt es sich, besonders in der Klasse 12 1, um eine intern offene Diskussion, die einen relativen Meinungspluralismus zuläßt?

Die Form der Diskussion in den FDJ-Klassenversammlungen ist nach unseren Erfahrungen nur verständlich, wenn man die Informationen zum „Demokratischen Zentralismus" (S.48f. und 51 f.) mit dem offiziellen Lernziel „Solidarität" kontrastiert. Im Wörterbuch zur Sozialistischen Jugendpolitik, Berlin (Ost) 1975, wird das Stichwort „Solidarität" so definiert:

> „klassenmäßig " bestimmtes Verhaltensprinzip; Zusammengehörigkeitsgefühl, Übereinstimmung, gegenseitige Unterstützung und Verpflichtung, Hilfs- und Opferbereitschaft. Dieses Gemeinschaftsbewußtsein entsteht auf der Grundlage der materiellen Lebensbedingungen und der aus diesen hervorgehenden objektiven Bedürfnissen und Interessen einer sozialen Gruppe, einer Klasse, einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft. S. erfordert das Einstehen für die Gemeinschaft und die Fähigkeit, die persönlichen Interessen mit denen der Gesellschaft zu verbinden. (...)"

Nach der Auswertung der Simulation durch einen Vergleich mit den Dokumenten 42 und 43 ist nach unseren Erfahrungen der günstigste Zeitpunkt zum Einsatz des Dokumentarfilms „Ein Rausschmiß - und nun?", DDR 1989, den die Bundeszentrale für politische Bildung über ihr Angebot audiovisueller Medien verfügbar gemacht hat (vgl. Einleitung, Fn. 1). Wie haben Sie sich die beteiligten Personen vorgestellt, und wie sind sie „wirklich"?

Rollenbeschreibung 1: Direktor F.

Ausgangssituation

Direktor F. sieht sich einer schwierigen Situation ausgesetzt. Der Ruf seiner Schule hat durch die Querelen bereits gelitten und Funktionäre auf hoher und höchster Ebene mobilisiert (Dokumente 15 bis 17 und 19). F. hat außerdem mit jedem der Schüler ein Gespräch geführt (Dokumente 25, 26, 29 und 30). Aus seiner Sicht ist die ursprünglich von ihm angestrebte Lösung des Konflikts innerhalb der Schule mißlungen (Dokumente 14 und 19 sowie Seite 54). Nun ist es wichtig, Flagge zu zeigen: sowohl im Hinblick auf die übergeordneten Stellen als auch gegenüber den Parteigenossen in der Schule. Auch für Eltern und Schüler muß er „glaubwürdig" bleiben und die Effizienz der Schule beweisen.

Zur Person F.

Direktor F. ist Mitglied (Kandidat) der SED-Kreisleitung (Seiten 48 und 62), eine Position, die auch eine gewisse Eigenwirkung hat. Er steht dem Gesellschaftssystem der DDR loyal bis überzeugt gegenüber, ist allerdings kein „Scharfmacher". F. hat ein gewisses Verständnis für Schülerkritik innerhalb des Systems, nicht am System. Deshalb stand er ursprünglich der Idee der „Speaker's Corner" nicht im Wege (Dokument 6 und Seite 35f.) und versucht anfänglich, den politischen Inhalt des Konflikts in einen pädagogisch lösbaren umzumünzen. Andererseits geht ihm die Kritik und vor allem die Uneinsichtigkeit der Schüler entschieden zu weit. Nachdem eine pädagogische, schulinterne Lösung nicht mehr möglich scheint, verwehrt er sich einer von oben gewünschten Relegation nicht und trägt sie voll mit.

Die unmittelbare Situation vor der FDJ-Klassenversammlung

Direktor F. hat sich vor Beginn der Versammlung mit der Bezirksschulrätin und den Klassenlehrern zusammengesetzt und dabei den Fall und die Strategie nochmals durchgesprochen. F. weiß dabei folgendes:

Die Schulstrafen sind bereits beschlossene Sache.

Die FD,J-Ausschlüsse sollen ein „Vorlauf" dafür sein.

Ihm liegt am guten Ruf seiner Schule. Deshalb wünscht er die baldige Wiederherstellung einer gedeihlichen Ruhe.

Aus diesen Gründen hat sich F. für sein Auftreten bei der FDJ-Versammlung folgendes vorgenommen:

Er möchte vor den Schülern ein überzeugendes Bild abgeben, gleichzeitig aber keine Nachgiebigkeit gegenüber den beschuldigten Schülerinnen und Schülern zeigen.

Rollenbeschreibung 2: Schülerin Sabine

Ausgangssituation

Sabine hat die bisherige Entwicklung der Angelegenheit mit mäßigem Interesse verfolgt. Sabines Eltern haben die Sitzung der Genossen-Elternversammlung besucht (Dokument 36). Beide waren recht erbost über die Querulanten, die einen geregelten Unterricht derzeit unmöglich machten. Sie haben mit ihrer Tochter über die anstehende FDJ-Versammlung gesprochen und sie eindringlich darauf hingewiesen, daß sie auf jeden Fall für den Ausschluß aus der FDJ stimmen solle, um ihre Karriere nicht zu gefährden (Seite 86 f.).

Sabine hatte zu Katja einen recht guten Kontakt. Die beiden sind zwar keine Freundinnen, aber gute Bekannte. Allerdings hat das Verhältnis der beiden in letzter Zeit etwas gelitten. Sabine hatte sich geweigert, die von Kai herumgereichte Unterschriftenliste (Dokument 10) zu unterzeichnen, und sich auch sonst mit Äußerungen zu den Vorgängen an der Schule zurückgehalten. Dadurch war sie in der Klasse, in der nun des öfteren im kleinen Kreise privat recht engagiert diskutiert und zum Teil auch dick aufgetragen wurde (Seite 35ff.), ins Hintertreffen geraten. Angesichts der anstehenden FDJ-Versammlung fühlt sie sich ziemlich unwohl und zerrissen (Seite 86f.). Einerseits hat sie Angst, unangenehm aufzufallen, ihre Karriere zu gefährden, und sie spürt auch den Druck der Eltern. Andererseits kann sie Katja und Kai gut leiden und hält den Ausschluß aus der FDJ für ungerecht.

Zur Person Sabine

Sabine ist eine relativ gute, aber keine Spitzenschülerin. Sie hat sich gefreut, die EOS besuchen zu können, weil sie darin die Möglichkeit sieht, ihrem Wunschberuf als Ärztin näherzukommen (Kommentar zu den Dokumenten 1 und 2). Es stand lange auf der Kippe, ob sie tatsächlich einen Platz an der EOS erhalten würde. Sabine glaubt, daß die Mitgliedschaft ihrer Eltern in der SED und die Stellung ihres Vaters als Offizier in der Betriebskampfgruppe letztlich den Ausschlag gegeben haben, daß sie doch noch einen Platz an der EOS erhalten hat. Aber dies sind nur ihre eigenen Vermutungen.

Die unmittelbare Situation vor der FDJ-Klassenversammlung

Sabine fühlt sich durch die Anwesenheit des FDJ-Kreissekretärs, des Direktors und anderer klassenfremder Personen unsicher und ist etwas eingeschüchtert. Sie hat sich vorgenommen, sich selbst und den Klassenkameraden unter Beweis zu stellen, daß sie nicht blind den Vorgaben des Direktors folgt. Deshalb möchte sie sich vorsichtig in die Diskussion einschalten und mehr Informationen zu der ganzen Angelegenheit verlangen. Auf diese Weise möchte sie auch ausloten, wie riskant es wäre, gegen den Ausschluß zu stimmen.

Aufgaben

1) Überprüfen Sie die angegebenen Quellen zur Situation und Person F./Sabines. Wären Sie zu anderen Rollenbeschreibungen gekommen?

2) Versetzen Sie sich in F./Sabines Lage.

   a) Welche Handlungsmöglichkeiten hat Direktor F.? Wie sieht er seine Situation selbst und wie würde er sie heute darstellen? Vergleichen Sie Ihre Überlegungen mit F. offenem Brief (Dokument 19), eventuell auch mit seiner Stellungnahme im Fernsehen der DDR (Dokument 53, dort Urteil 2).

   b) Welche Handlungsmöglichkeiten hat Sabine? Kann sie sich taktisch verhalten? Versuchen Sie, sich das Binnenklima einer Schulklasse vorzustellen, die hin- und hergerissen ist zwischen Eigeninteressen (Karriere), Druck von oben, Klassengemeinschaft, Solidarität und Rivalität untereinander. Vergegenwärtigen Sie sich dabei insbesondere die Bedeutung des Auswahlverfahrens für die EOS (Kommentar zu den Dokumenten 1 und 2). Welche Folgen kann diese Auslese für die Atmosphäre und die Struktur eines Klassenverbandes haben? Welche Schülerrollen und Schülerreaktionen sind in einer Konfliktsituation wie der anstehenden FDJ-Klassenversammlung denkbar?

3) Bereiten Sie sich auf der Basis ihres bisher gewonnenen Bildes darauf vor, bei der anstehenden FDJ-Klassenversammlung F./Sabines Rolle zu übernehmen, bringen Sie dabei aber auch Ihre eigene Persönlichkeit ein. Das heißt, Sie sollen F./Sabine nicht imitieren, sondern in seine/ihre Situation hineinschlüpfen und diese Rolle mit Ihren Mitteln, Ihrer Sprache ausgestalten. Als kleine Hilfe, nicht als Einengung, sehen Sie bitte die folgende Möglichkeit:

   Der Direktor eröffnet die Versammlung und stellt kurz die Anwesenden vor. Er betont die Bedeutung der heutigen FDJ-Versammlung und verleiht schließlich seiner Erwartung, daß die Klasse ihn nicht enttäuschen werde, mit den Worten Nachdruck: „Sie wollen doch alle Abitur machen, nicht?! Hier können sie an Ort und Stelle mal Ihren Standpunkt unter Beweis stellen und zeigen, daß Sie würdig sind, das Abitur zu bekommen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit zu zeigen, daß Sie gute Staatsbürger sind..."

   Sabine möchte hören, was Katja und Kai zu den Vorwürfen zu sagen haben, weil ihr die vorgelesenen Protokolle nicht reichen …

4) Erarbeiten Sie Rollenbeschreibungen auch für die anderen Akteure der FDJ-Klassenversammlungen. Wer wird neben Schülern und Direktor daran teilnehmen?

Zu den Dokumenten 42 und 43:

FDJ-Klassenversammlungen

„Dieses Erfüllen der Aufgabe..."

Schüler Kai: „Na, Sie wollen doch alle Abitur machen", sagte der Direktor, „und jetzt hier an Ort und Stelle können Sie Ihren Standpunkt unter Beweis stellen. Ob Sie würdig sind, ein guter Staatsbürger zu sein." (…) Und da sind die dann natürlich einer nach dem anderen umgekippt.

Schülerin Katja: Und da wurde dann aus den sogenannten Protokollen zitiert, also was wir da gesagt hätten. Und es wird halt der Antrag gestellt, daß wir aus der FDJ ausgeschlossen werden. Und dazu brauchen sie aber 'ne Zweidrittelmehrheit. Vorher hat man uns Fragen gestellt. Wie wir dazu stehen und so. Uns wurde aber nicht die Möglichkeit gegeben, sofort auf die Beschuldigungen zu reagieren. Es wurde weitergeredet. Wenn wir uns mal gemeldet haben, sind wir nach längerer Zeit erst ; drangekommen. Und konnten so auch nicht schnell reagieren. Dann wurde abgestimmt. Eine Schülerin sagte, daß sie sich überhaupt nicht in der Lage fühlt, hier ja oder nein zu sagen, weil sie viel zu wenig weiß und lieber noch mal mit uns sprechen würde, und weil sie alle Seiten beleuchtet haben möchte. Da hat aber der vom

Zentralrat [gemeint ist der FDJ-Kreissekretär] gesagt, wir wollen eine schnelle Entscheidung, und sie müßten jetzt ja oder nein sagen.

FDJ-Kreissekretär Z.: Ich muß ehrlich sagen, ich stand selber unter einem sehr großen Druck als Mitglied des Sekretariats der Kreisleitung. Dieses Gedrücktwerden, dieses eigentlich bloß noch „Erfüllen der Aufgabe", die mir gestellt wurde durch das Sekretariat, hat eigentlich nicht dazu geführt bei mir, sehr tief nachzudenken über die Diskussionen, die in den Klassen dort geführt wurden. Ich habe dort tendenziell immer nur in die Richtung gesehen: Wer spricht sich in der Diskussion für einen Ausschluß aus oder wer verurteilt die Sachen, die den Schülern zur Last gelegt wurden? Die Verantwortung, die ich nicht wahrgenommen habe, war, beide Seiten dort intensiv zu betrachten.

Schüler Benjamin: Ich wurde nicht ausgeschlossen. Bei mir haben sie die notwendige Zweidrittelmehrheit auch nicht zustande bekommen. Es haben sich einige Schüler gewehrt dagegen, für so etwas verwandt zu werden, für diesen Ausschluß ihre Stimme abzugeben. Richtig Haltung bezogen hat eigentlich nur ein Mädchen. Und das habe ich auch akzepiert, weil die Leute wirklich in persönlicher Not in dem Augenblick waren. Wenn da zehn Leute, die nicht zur Klasse gehören, sitzen - über die FDJ-Kreisleitung bis zum Direktor und die Klassenlehrerin -, daß dort vielleicht nicht unbedingt jeder den Mut aufbringt...

aus: Interviews im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November undl. Dezember 1989 -Videoaufzeichnung.

Zu den Dokumenten 44 und 45:

Appell in der Aula

„Mit gesenktem Haupt"

Schüler Kai: Wir wurden ohne Ankündigung zu einer Schülervollversammlung in die Aula einberufen. Dort stellten sich alle, wie bei so einem Appell üblich, hufeisenförmig auf. Der Direktor trat vor in die Mitte, verlas die Anklageschrift - Angriffe gegen die sozialistische Gesetzlichkeit, staatsfeindliche Aktivitäten, antisozialistisches Verhalten und so weiter - und holte dann einen Schüler nach dem anderen vor, der sich vor die versammelte Mannschaft stellen mußte, möglichst mit gesenktem Haupt, und dann an allen vorüberziehen mußte durch den Ausgang der Aula raus auf die Straße.

[Das war] ganz offensichtlich zur Abschreckung gedacht, [hat] aber ganz anders dann gewirkt. Für mich war das so: Ich hatte unbedingt das Bedürfnis, mich noch an die Schüler zu wenden und mich zu erklären. Vor allem gegen diese Vorwürfe, die in dieser Schärfe nie vorgetragen wurden und auch später nicht mehr so vorkamen. Und der Direktor, der war also nicht mal in der Lage, mir in die Augen zu sehen, verwehrte mir nur das Wort und zeigte stereotyp mit der Hand auf die Tür. Nachdem ich dann doch anfing zu reden, kamen sogar noch zwei FDJler, die mich dann da rausführten.

Beifall

Shenja-Paul: Nachdem Kai hinausgeschickt wurde und auch Katja dann gegangen war, trat dann eine Schülerin aus ihrer Klasse vor. Sie sagte, daß sie das mit dem FDJ-Ausschluß nicht so gewollt hätte, daß diese Relegierung erfolgt und daß sie sich jetzt

dafür schämt. Und sie weinte halt. Und [dann gab es] Beifall in der Aula, und in diesen Beifall hinein spricht Herr F. entsprechend weiter und ruft die nächsten auf.

Dann wurde als nächster Alexander nach vorne geholt. Ihm wurde bloß ein Verweis erteilt, und er sollte sich wieder ins Klassenkollektiv einreihen. Daraufhin sagte Alexander, daß er sich für diese Schule schäme. Herr F. reagierte dann so, daß er sagte: „Wenn Sie sich für diese Schule schämen: Für Sie ist auch die Tür da vorne." Und dann wurde ich nach vorne gerufen und mir wurde mitgeteilt, daß man mich umschulen würde und daß ich bis 14 Uhr an diesem Tage den Unterricht noch zu besuchen hätte und mich am nächsten Morgen dann in der Max-Planck-EOS zu melden hätte, und mir wurde außerdem noch ein strenger Verweis erteilt. Und daraufhin habe ich dann auch das Schulgebäude verlassen.

Bezirksschulinspektorin H. streitet später jede Verantwortung ab: „Dazu kann ich nur sagen, daß der Appell, an dem ich teilgenommen habe und der mich betroffen machende Wirkungen auf die Schüler hatte, nicht von mir veranlaßt worden ist: weder, daß er stattfindet, noch, auf welche Art und Weise!" (Interview im Fernsehen der DDR, Sendereihe „Klartext", 14. November 1989)

„Hilflosigkeit und Ohnmacht"

Klassenlehrerin Petra L: An dem Tag, an dem dieser fürchterliche Appell stattfand, ging ich danach in eine zwölfte Klasse. Ich saß vorne und sagte: „Wir dürfen jetzt nicht so tun, als wäre nichts passiert." Dann weinte ich, und dann weinte ein Teil der Schüler, und wir waren uns in unserer Hilflosigkeit und Ohnmacht eigentlich so nahe, daß das eigentlich irgendwo schon wieder ein neuer Anfang war. Wir begannen dann ganz langsam darüber zu sprechen, was eigentlich passiert war. Und das hatte so ein bißchen den Effekt einer Gruppentherapie oder… Ich weiß nicht, wie man das nennen will.

„Ein Exempel statuiert"

Lehrer Manfred W.: Wir gingen erschüttert, wie gelähmt in unsere Klassen. Aber die Ordnung war wieder hergestellt. Es herrschte Ruhe an unserer Schule. Es war gewissermaßen ein „himmlischer Friede" bei uns eingekehrt. Als ich am nächsten Tage meine Empörung gegen diesen pädagogischen Vandalismus zum Ausdruck brachte, wurde mir gesagt, das sei der Klassenkampf. Gut: Wenn wir wirklich schon annehmen sollen, daß an diesem Tage sich Staatsfeinde und Klassengegner in der Aula unserer Schule befunden haben, dann waren sie wohl nicht unter den Schülern zu suchen, würde ich sagen…

Ich glaube, daß vieles von dem, was in den jungen Menschen in jahrelanger Kleinarbeit und Überzeugungsarbeit entstanden war, in diesem Augenblick zusammenbrechen mußte. Die Schule mußte ihnen als etwas Ungerechtes, Feindliches erscheinen. Denn eins war ja klar: Hier wurde ein Exempel statuiert!

aus: Interview des Fernsehens der DDR, Sendereihe „Klartext", vom 14. November 1989- Videoaufzeichnung.

Im Anschluß an den Appell treffen sich die beurlaubten Schülerinnen und Schüler in der Wohnung der Mutter von Shenja-Paul. In dieser Situation entstehen die Gedächtnisprotokolle (Dokumente 25, 26 und 29).

Zu den Dokumenten 46, 47 und 48:

Schulstrafen laut Schulordnung, Antrag auf Relegation und Selbstkritik des Direktors

Lebenslänglich kein Abitur

Benjamins Vater: Relegierung hieß bei uns: Lebenslänglich kein Abitur in der DDR. Es sei denn, Gnade ging - nach ihren Begriffen - vor Recht.

Natürlich waren in so einer Situation nicht Zuchthausstrafen zu erwarten - wie in den fünfziger Jahren. Das ist bei Fricke schön nachzulesen: Da sind diese Oberschüler aus Werdau, die etwas ganz Ähnliches gemacht haben, zu Zuchthausstrafen verurteilt worden. Also, so eine Sache war natürlich nicht zu erwarten, weil die ja gebremst waren durch die Weltöffentlichkeit. Durch die bundesrepublikanische und durch die West-Berliner Öffentlichkeit. Und weil sie natürlich auch an dem Entspannungsprozeß teilhaben wollten und eine gute Figur machen wollten.

aus: Interview A. Zühlke mit Benjamins Vater, Dezember 1990.

Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren

Anfang der fünfziger Jahre existierte eine Widerstandsgruppe in Werdau, die fast schon zur politischen Legende geworden ist. Von einem Erwachsenen abgesehen, bestand sie aus Oberschülerinnen und Oberschülern, Lehrlingen und Jungarbeitern zwischen 16 und 19 Jahren, die „im bewußten und gewollten Zusammenwirken Anfang Oktober 1950 eine Widerstandsgruppe in Werdau gegen die Deutsche Demokratische Republik gegründet hatten", wie aus der Anklageschrift der Oberstaatsanwaltschaft Zwickau vom 24. September 1951 hervorging. (…) Die Mitglieder stellten Flugblätter her und verteilten sie unter der Bevölkerung, auch störten sie Versammlungen der SED, sie streuten in einem Fall einem Agitator der SED Zucker in den Benzintank, so daß sein Auto fahruntüchtig wurde. Schließlich besorgten sich die jungen Widerständler bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in West-Berlin einen modernen Vervielfältigungsapparat, um den Druck regimefeindlicher Flugblätter zu erleichtern. Am 18. und 19. Mai 1951 wurde die Gruppe zerschlagen, ihre Mitglieder festgenommen. Nach einem Schauprozeß beim Landgericht Zwickau wurden sie am 3. Oktober 1951 zu Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt.

aus: Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984, S. 139ff.

In der Schulordnung heißt es, Schulstrafen seien „nach der Art des Fehlverhaltens differenziert anzuwenden" (Paragraph 32 Absatz II). Warum wird Katja dann relegiert, obwohl sie nur Kais Protest gegen die Militärparade (Dokument 10) unterschrieben hat, während Shenja-Paul, der zusätzlich noch den Wandzeitungsartikel über Polen verfaßt hat (zusammen mit Benjamin, Dokument 8), nur umgeschult wird?

Milde Strafe

Ich möchte zunächst sagen, daß ich einen strengen Verweis erhielt und an die EOS „Max Planck" Berlin-Mitte umgeschult wurde. Der Direktor F. begründete dies mit Vergehen gegen die sozialistische Gesetzlichkeit sowie antisozialistischem Verhalten. Er sagte auch noch, daß man mir die Möglichkeit geben wollte, an einer anderen Schule entsprechend der Zulassungsordnung (parteiliches Verhalten) mein Abitur abzulegen.

Ich muß eigentlich sagen, daß ich mehr gemacht habe als zum Beispiel die Katja I., der Kai F. usw. Ich habe auch noch den Brief formuliert, als der Benjamin beurlaubt wurde. Dieser Brief wurde auch noch von mehreren Schülern unterschrieben.

Was war der Grund, daß Sie nicht relegiert wurden?

Mein Großvater war im KZ. Mir wurde immer eine antifaschistische Grundhaltung zugestanden. Die „relative" Milde der Strafe bei mir ergibt sich nach meiner Ansicht aus dem Fakt, daß meine Mutter Mitglied des Schriftstellerverbandes ist und folgerichtig die Möglichkeit hatte, darüber zu schreiben.

Durch die Umsetzung in eine andere Schule und den entsprechenden Hinweis auf die Zulassungsordnung wurde mir praktisch klargemacht, daß ich mich so verhalten muß, wie es von mir verlangt wird. Ansonsten würde mir die Möglichkeit zu einem Hochschulstudium verwehrt bleiben. Durch die Umsetzung in eine andere Schule wurde ich „mundtot" gemacht. Mir wurde von Freunden berichtet, daß Mitarbeiter des MfS [Ministerium für Staatssicherheit] darauf hingewirkt haben, daß ich mit bestimmten Schülern bzw. diese zu mir keinen Kontakt haben sollten.

aus: Vernehmungsprotokoll des Zeugen Shenja-Paul W., Kreiskriminalamt Pankow, 7. März 1990

Der Paragraph 32 der Schulordnung bildete die rechtliche Grundlage für Relegationen, Verweise und Umschulungsmaßnahmen. Begründet wurden die Schulstrafen allerdings mit der Aufnahmeordnung (Dokument 2). Ein Bericht des Pankower Kreiskriminalamts stellt später fest: „Die Heranziehung der Delegierungsordnung [= Aufnahmeordnung], um daraus die Relegierung zu begründen, ist wohl doch mehr als fragwürdig, nachdem die Schüler ein oder zwei Jahre vorher ihre Delegierung erhalten hatten."

In der Schulordnung heißt es weiter, der Ausschluß aus der Erweiterten Oberschule erfolge auf Antrag des Bezirksschulrates, nicht des Schulleiters. Dennoch hat Direktor F., nach eigenem Bekunden auf Weisung des Staatssekretärs, einen entsprechenden Antrag gestellt. Den Grund dafür erklärt Bezirksschulinspektorin H.: „Es gab eine interne Weisung des Ministers für Volksbildung zur Relegierung von Schülern der EOS. Darin war festgelegt, daß der Direktor den Antrag stellt. Dies hatte über den Bezirksschulrat an den Kreisschulrat [Stadtbezirksschulrat] zu erfolgen." (Dokument 31)

Daß darüber hinaus im Antragsweg nicht einmal die einfachsten rechtlichen Formalien eingehalten wurden, wird im Bericht der Pankower Untersuchungskommission vermerkt:

Die Schulverwaltung im Paragraphendschungel

Herr F. hatte mit Unterschrift die Relegierung beantragt. Frau Dr. V. [Stadtbezirksschulrätin] hat ihre Kontrollpflicht für den Antrag - Feststellen der Nichtanhörung der Eltern zu den beabsichtigten Strafmaßnahmen - nicht wahrgenommen und ihn nicht einfach zurückgewiesen.

Ihr Schreiben an den Bezirksschulrat - sie sagte, es wurde ihr so vorgeschrieben - enthält die Forderung, die von Herrn F. nicht gestellt wurde, den Paragraphen 34 Abssatz IV der Schulordnung nicht zur Anwendung zu bringen, d. h. die Möglichkeit, nach einem Jahr bei Bewährung auf einen Antrag hin die Ausbildung an einer zur Hochschulreife führenden Einrichtung fortsetzen zu können, nicht einzuräumen. Es besteht der Verdacht, daß diese Position auf Magistratsebene entwickelt wurde.

Der genannte Paragraph 34 stammt aus einer Schulordnung von vor 1979. In der 1988 gültigen Schulordnung sagt der § 34 etwas zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb aus. Damit war der Antrag eigentlich rechtlich unwirksam. Vom Bezirksschulrat wurde der Antrag deshalb [aber] nicht zurückgewiesen, sondern im Schreiben an das Ministerium übernommen. Es trägt nicht die Unterschrift

von Frau Herta O. - damals Bezirksschulrat bzw. Stadtschulrat, sondern von „i.V. W. R.". Überhaupt wurde der größte Teil des Schriftverkehrs zum Komplex EOS „C.v.O." von Herrn R. als 1. Stellvertreter des Stadtschulrates unterschrieben.

Der Leiter der Zentralen Relegierungskommission, Herr Dr. P., hat den Antrag deshalb [aber] nicht zurückgewiesen, sondern einfach mit Kugelschreiber - ohne Signum! - verändert in Paragraph 32 Absatz II, obwohl in der neuen Schulordnung nach 1979 eine Ausschließung von einer Fortsetzung der Ausbildung nach einem Jahr überhaupt nicht mehr vorgesehen war.

aus: Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission der Stadtbezirksversammlung Pankow zu den Vorgängen an der EOS „Carl von Ossietzky", 8. September 1990.

Arbeitsanregung:

Die Pflicht zur „Selbstkritik" war eine in den sozialistischen Ländern übliche Methode zur Disziplinierung unbotmäßiger Funktionäre, die vor allem aus der Zeit des Stalinismus bekannt ist. Vergleichen Sie die „Selbstkritik" des Direktors (Dokument 48) mit seiner Fallmeldung (Dokument 14) und dem offenen Brief (Dokument 19). Wie bewerten Sie seinen Handlungsspielraum? Berücksichtigen Sie auch die Kritik, die „von oben" an ihm geäußert wurde (z.B. Dokument 15 und S.47).

Kapitel IV

„Schnellverfahren"
Eingaben und Proteste

Zu Dokument 49:

Rundbrief der Kirchenleitung *(Manfred Stolpe)*

Im Anschluß an die Relegation versuchte die Leitung der Evangelischen Kirche in der DDR, den relegierten Schülerinnen und Schülern eine Fortsetzung ihrer Ausbildung auf dem „Dritten Bildungsweg" zu ermöglichen - in Verhandlungen mit dem Staat. „Dritter Bildungsweg, das heißt: Einen Beruf ergreifen, und dann, wenn man den Berufsabschluß hat und sich .bewährt' hat im Betrieb, daß man dann, delegiert von dem Betrieb, an eine Hochschule kann, wo man ein vorbereitendes Jahr macht zum Erlangen der Hochschulreife." (Benjamins Vater) Bis dahin konnten drei der vier relegierten Schüler in kirchlichen Einrichtungen arbeiten bzw. kirchliche Bildungseinrichtungen besuchen, deren Abschlüsse staatlich in der Regel nicht anerkannt wurden.

Zur Jahreswende 1988/89 schienen die Verhandlungen zunächst positiv verlaufen zu sein. Das Versprechen der Schulbehörde, die Schüler dürften die Abendschule besuchen, wenn sie im Februar 1989 entsprechende Anträge beim Ministerium für Volksbildung stellten, wurde aber nicht eingehalten:

„… der Sache die Spitze nehmen"

Benjamins Vater: Ende Dezember teilte mir Konsistorialpräsident Stolpe verbindlich mit, es sei soweit. Wir sollten bloß eins nicht machen: Nicht herumtrompeten, daß die Kirche mit drinhängt und das erwirkt hat.

Als es dann aber soweit war - im Februar sollten sie [die relegierten Schüler] die Zulassung zum Besuch der Abendschule beantragen -, da haben sie [die Schulbehörde] das nicht abgenommen und gesagt: „Wir bestehen auf einem weiteren Jahr Bewährung!"

Da habe ich gedacht: Seid Ihr verlogen! Da hat es mich nochmal ganz tief getroffen, daß dieser Glaube, daß sie also doch sagen: „Abendschule wollen wir sie machen lassen nächstes Jahr", daß das Lug und Trug war, um der Sache die Spitze zu nehmen. Damit die Persönlichkeiten und Vereinigungen im Osten und im Westen, die protestiert hatten und die man einer Antwort für würdig befand, vielleicht sagen: „Naja, ist doch gut, nächstes Jahr können sie ja wieder zur Schule gehen."

aus: Interview A. Zühlke mit Benjamins Vater, Dezember 1990.

Schon vorher hatten die bestraften Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern über Möglichkeiten diskutiert, sich gegen die Schulstrafen zu wehren. Dabei wurden drei unterschiedliche Positionen vertreten:

Position 1: Wir lassen die Sache erstmal auf sich beruhen. Vielleicht erhalten wir, wenn nicht mehr so viel Aufsehen erregt wird, später die Möglichkeit, doch noch unser Abitur zu machen.

Position 2: Wir wenden uns mit Eingaben an die zuständigen Partei- und Verwaltungsstellen der DDR (vgl. Dokumente 50 und 51). Wir schreiben Briefe an Zeitschriften und Zeitungen in der DDR. Zusätzlich wenden wir uns an bekannte Schriftsteller, die in der DDR leben, und bitten sie, uns zu helfen. Durch Flugblätter versuchen wir, Öffentlichkeit herzustellen. An den Westen können wir uns nicht wenden, sonst werden wir in der DDR als Staatsfeinde verleumdet und erreichen gar nichts.

Position 3: Wir informieren die Presse in Westdeutschland, die den Fall aufgreifen und ausführlich darüber berichten wird. Auf diese Weise setzen wir die Verantwortlichen in der DDR unter Druck.

Das Ergebnis dieser Diskussion war ein Kompromiß: Während - wie oben dargestellt - über die Kirche, in einem Fall auch über die Partei, versucht wurde, mit der Schulbehörde ohne die Beteiligung der Öffentlichkeit zu verhandeln, wurden gleichzeitig Eingaben geschrieben und Flugblätter verteilt, in denen über den Fall, nicht aber über die Verhandlungen selbst, informiert wurde. Erst als diese Bemühungen ergebnislos blieben, wurden westliche Journalisten informiert.

Arbeitsanregung:

Diskutieren Sie die Vor- und Nachteile der drei Handlungsvarianten. Wie würden Sie entscheiden? Sehen Sie noch weitere Möglichkeiten?

Zu den Dokumenten 50,51 und 52:

Eingaben

Im demokratischen Rechtsstaat sind Verwaltungsgerichte für die Überprüfung behördlicher Entscheidungen zuständig. Jede Entscheidung der Schulverwaltung bis hin zur Zensurengebung eines einzelnen Lehrers kann von Verwaltungsgerichten aufgehoben werden, wenn sie rechtlich unzulässig ist. Was zulässig ist, bestimmt der demokratisch gewählte Gesetzgeber (das Parlament), In der DDR dagegen gab es bis zum März 1990 weder demokratische Wahlen nach westlichem Muster noch eine Verwaltungsgerichtsbarkeit. Für Bürger der DDR gab es allerdings die Möglichkeit, sich mit Eingaben an Behörden gegen deren Entscheidungen zur Wehr zu setzen.[7]

Verfassung der DDR: Artikel 103

(1) Jeder Bürger kann sich mit Eingaben (Vorschlägen, Hinweisen, Anliegen oder Beschwerden) an die Volksvertretungen, ihre Abgeordneten oder die staatlichen und wirtschaftlichen Organe wenden. Dieses Recht steht auch den gesellschaftlichen Organisationen und den Gemeinschaften der Bürger zu. Ihnen darf aus der Wahrnehmung dieses Rechts kein Nachteil entstehen.

(2) Die für die Entscheidung verantwortlichen Organe sind verpflichtet, die Eingaben der Bürger oder Gemeinschaften innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen.

(3) Das Verfahren der Bearbeitung der Eingaben wird durch Gesetz bestimmt.

Die Eltern der relegierten Schülerinnen und Schüler schrieben im Oktober 1988 Eingaben und Protestbriefe an

- die Abteilung Volksbildung beim Magistrat von Berlin (Bezirksschulrätin Otto)
- die Abteilung Volksbildung beim Zentralkomitee der SED
- den Rechtsausschuß der Volkskammer
- die Ministerin für Volksbildung
- an den Ministerrat (Regierung der DDR) . ,
- das Politbüro (Egon Krenz)
- die FDJ-Zeitung „Junge Welt"
- die Zeitschrift „Elternhaus und Schule"
- die Zeitschrift „Weltbühne"

Der Hintergrund für das Protestschreiben an Egon Krenz: Die Eltern der bestraften Schülerinnen und Schüler nahmen an, Egon Krenz, damals Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Sicherheit, Jugend und Sport, habe die Bestrafung der Schüler auf dem „Kurzen Dienstweg" über Volksbildungsministerin Margot Honecker veranlaßt. Sein Sohn besuchte ebenfalls die Ossietzky-Schule. Den Artikel über die Situation in Polen (Dokument 8) hatte er mit nach Hause genommen, einen Gegenartikel verfaßt und anschließend eine Diskussionsveranstaltung zum Thema vorgeschlagen (vgl. Seiten 35ff,). ,

Für interinstitutionelle Streitigkeiten gab es außerdem die sogenannten Konfliktkommissionen: „Schließlich ist hervorzuheben, daß das DDR-Justizministerium neben den staatlichen auch gesellschaftliche Gerichte in Gestalt der über 22 00Ö Konfliktkommissionen in den Betrieben und ca. 5 200 Schiedskommissionen in den Städten, Stadtbezirken und Genossenschaften kannte, deren Mitglieder keine Berufsrichter waren. Diese Kommissionen übten Rechtsprechung in einfachen ziviirechtlichen, in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten und in Strafsachen aus; ihre Entscheidungen konnten im Einspruchsverfahren vom staatlichen Kreisgericht überprüft werden." (aus: Rudolf Wassermann, Kann man mit DDR-Richtern einen Rechtsstaat machen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/91, S.51-60, hier S.54.)

Die Eingabe an den Rechtsausschuß der Volkskammer wie auch das Protestschreiben an Egon Krenz sind als „Abschrift" gekennzeichnet. Die abgesendeten Originale wurden mit einem Computer erstellt, den die Mutter von Shenja-Paul als Schriftstellerin besaß. Zur Sicherheit wurden alle Dokumente auf einer mechanischen Schreibmaschine noch einmal abgeschrieben und bei Freunden verwahrt.

Sämtliche Eingaben blieben erfolglos. Von der Schulrätin des Stadtbezirks wurden die Eltern statt dessen wegen „Weitergabe von Nachrichten zum Schaden der DDR" und „verleumderischer Eingaben und Plattformbildung gegen die DDR" verwarnt (vgl. Dokument 55).

Eingaben; kamen nicht nur von den Eltern. Schülergruppen, einzelne Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Orten in der DDR, kirchliche Jugendgruppen und auch einige Prominente wandten sich mit Eingaben an das Ministerium für Volksbildung. So auch der Ost-Berliner Schriftsteller Christoph Hein („Drachenblut", „Horns Ende", „Der Tangospieler").

„Es gab zu dem Vorgang 88 Eingaben, von denen ungefähr 75 unbeantwortet blieben, aber im Ministerium eine Registriernummer erhielten. Es wurde eine Landkarte erarbeitet über Ursprungsort der Eingabe, mögliche Zuordnung der Eingeber, und bei Gruppen deren Stärke. Unter diesem öffentlichen Druck wurde im Ministerium ein Informationsmaterial erarbeitet, zu dem auch Kurt Hager [Mitglied des Politbüros, ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft] vor seiner Veröffentlichung um seine Meinung gebeten wurde. Es wurde unter dem Datum 11.10.1988 dann einigen Politbüromitgliedern zugeschickt. Auch Herr Honecker erhielt ein Exemplar, das er unter dem gleichen Datum mit E.H. signierte und im Text Unterstreichnungen vornahm." (aus: Bericht des Vorsitzenden der Untersuchungskommission der Stadtbezirksversammlung Pankow zu den Vorkommnissen an der EOS „Carl von Ossietzky", 8. September 1990)

Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR

In der über 40jährigen Geschichte des Landes gehören die Eingaben zu den Instituten, welche die Staats- und Rechtsordnung, die Rechtspolitik und -dogmatik, davon beeinflußt das Demokratieverständnis tief prägen.

Die Existenz eines funktionierenden Verwaltungsrechts setzt nach tradierten europäischen Maßstäben seit dem vorigen Jahrhundert zumindest die Bindung der Verwaltung an Rechtssätze voraus, die - ob in Normativakten festgelegt oder in Urteilen gesprochen - das Qualifikationsmerkmal „öffentlich" erfüllen müssen. Den Bürgern ermöglicht das Verwaltungsrecht, ihre subjektiven Rechte durch rechtsförmige Verfahren würdevoll, selbstbewußt, kulturvoll und demokratisch durchzusetzen.

(…) Die zaghafte Gesetzgebung der DDR auf dem Gebiet der gerichtlichen Kontrolle von Verwaltungshandeln sollte einige drängende Stimmen aus der Rechtswissenschaft der DDR limitiert befriedigen sowie - vor allem! - negativer werdende Meinungen auf dem internationalen Parkett im Rahmen der KSZE-Folgekonferenzen über den mangelnden Rechtsschutz der Bürger in der DDR insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung zum Verstummen bringen.

In Wirklichkeit schienen dem Verwaltungsapparat die Eingaben das probate Mittel zu sein, um Bürgerwillen und -wollen in rechtsähnliche Bahnen zu gießen und nach dem paternalistischen Konzept, das Staat und Verwaltung universell dominierte, von Fall zu Fall zu befriedigen oder nicht.

aus: Wolfgang Bernet, Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR, in: Kritische Justiz 2/90, S. 153-61, hier S. 153f.

Arbeitsanregimg:

Diskutieren Sie folgenden Fall:

Gericht: Lehrer sollen keine politischen Plaketten tragen

Lehrer sollen in der Schule nicht politische Plaketten tragen. Das hat das Bundesarbeitsgericht in Kassel verkündet (Aktenzeichen 1 AZR 694/79). In dem Grundsatzurteil heißt es, das Tragen von Meinungsplaketten wie „Atomkraft? - Nein danke" verstoße gegen das Gebot der Zurückhaltung, die Lehrer beim Ausüben ihrer Dienstpflichten zu beachten hätten. (…)

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Februar den Freistaat Bayern gerügt, der eine Gymnasiastin wegen fortwährenden Tragens einer „Stoppt Strauß"-Plakette der Schule verwiesen hatte. Dieses Urteil ist als Bekenntnis zum Meinungskampf in der Schule gedeutet worden. Dagegen hat der Verwaltungsgerichtshof nur die unverhältnismäßig scharfe Strafe beanstandet und daran erinnert, daß die schwereren Schulstrafen, beginnend mit dem zeitweiligen Ausschluß vom Unterricht und endend mit der Schulentlassung, in der Regel nicht gefällt werden dürfen, solange es dafür keine gesetzliche Regelung gibt.

aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. März 1982

Kapitel V

„Ich wollte den Mittelweg gehen." Ein Forum/Tribunal als Mittel der Aufarbeitung?

Zu Dokument 53:

Analyse und Aufarbeitung: 10 Urteile über das eigene Handeln

> „Es ärgert mich sehr, wenn jemand von oben herab sagt: Ich hätte das nicht gemacht. Ich wüßte nicht, ob ich nicht auch in der SED gewesen wäre, hätte ich hier gelebt."
>
> *Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf über seine Erfahrungen in Ostdeutschland („Die Zeit" im November 1991)*

In Dokument 53 beurteilen 10 Beteiligte im Rückblick den Fall. Sie werten ihr eigenes Verhalten, ihre eigene Verantwortung und Schuld.

Arbeitsanregungen:

Vergleichen Sie die Beurteilungen des Falles:

1) Ordnen Sie den 10 Urteilen die folgenden 10 Namen zu: Wer könnte sich in welcher Form über das eigene' Verhalten im „Fall Ossietzky-Schule" geäußert haben?
   1 Volksbildungsministerin Margot Honecker
   2 Staatssekretär Lorenz
   3 Bezirksschulinspektorin H.
   4 Direktor F.
   5 Parteisekretärin
   6 Klassenlehrer Andre M.
   7 Lehrer Manfred W.
   8 Schüler Benjamin
   9 Schülerin Georgia
   10 Schüler Kai
2) Wie wird erklärt, „wie es dazu kommen konnte"?
3) Wem wird die Verantwortung für den Fall zugeschrieben („Schuidtheorie")?
4) Werden im Nachhinein Handlungsalternativen sichtbar? Was hätte man tun können, tun sollen? Wann wäre der rechte Zeitpunkt zum Eingreifen gewesen?
5) Wer übte wann auf wen direkten oder indirekten Druck aus? Ihre Ergebnisse können Sie in einem Schaubild darstellen: Markieren Sie mit Richtungspfeilen, wer auf wen Druck ausübte.

Volksbildungsministerin
Direktor
Staatssekretär
Bezirksschulinspektorin
angegriffene Eltern
Stadtbezirksschulrätin
Lehrer/Genossen-Lehrer
Parteisekretärin
angegriffene Schüler
übrige Schüler
Eltern/Genossen-Eltern
Bezirksschulrätin
FDJ-Kreissekretär
FDJ-Bezirksleitung
SED-Kreisleitung
SED-Bezirksleitung

6) Wer hat zu welchem Zeitpunkt und in welcher Funktion als Täter gehandelt? Wer sind die Opfer? Können sich Täter- und Opferrollen, wie es häufig behauptet wird, in einer Person überschneiden? - „Klar abgrenzen kann man das nie, aber irgendwo muß man mit einer Abgrenzung anfangen." (Passauer Studentin 1992) Diskutieren Sie diese These.

Hilfe zur Bearbeitung

Urteil 1: Lehrer Manfred W.

Lehrer Manfred W. unterstützt die Motive der protestierenden Schüler. Er selbst versuchte seit Mitte der achtziger Jahre, in der Schule für die sowjetische Perestroika zu werben, indem er Artikel aus sowjetischen Zeitungen im Russischunterricht diskutieren ließ; Übersetzungen reichte er gelegentlich auch im Kollegium herum. Wer zur Veränderung einer Gesellschaft beitragen will, muß sich entscheiden, ob er dies innerhalb der Gesellschaft tut und damit ihre Strukturen erst einmal bis zu einem gewissen Grad akzeptiert oder ob er durch seine Aktionsformen den Ausschluß aus der Gesellschaft riskiert: „Wenn man etwas verändern will, muß man in diesem System drin bleiben. Man kann bis an die Grenze gehen, aber diese Grenze nicht überschreiten, weil man sonst herausgeschleudert wird und überhaupt handlungsunfähig wird." Für den Lehrer stand fest, daß es unklug sei, sich aus der Gesellschaft „selbst herauszukatapultieren". Ein Jahrzehnt früher hätte die Entscheidung, die staatliche Autorität herauszufordern, bedeutet, daß die Schüler „keine Chance mehr gehabt" hätten, „in diesem Staat irgendwas zu werden oder überhaupt Einfluß zu nehmen auf diesen Staat." Sie „wären rausgeflogen" und hätten auf diese Weise einmal durch ihre Aktion Aufmerksamkeit erregen können - und dann nicht wieder. Wenn der Lehrer seinen Schülern rät: „Gerade Ihr müßt Euch an die Spitze setzen, um was zu verändern!" so empfiehlt er ihnen eine Art „Marsch durch die Institutionen" nach dem Vorbild der Studentenbewegung in den westeuropäischen Ländern am Ende der sechziger Jahre. Er erklärt auch, warum schließlich der Zeitpunkt kam, „wo das nicht mehr richtig war": „Man rechnete ja damit, daß dieser Staat noch dreißig, vierzig Jahre existieren würde." Er existierte aber nur noch zwei Jahre lang (bis zum September 1990), gerade weil ein großer Teil der Bevölkerung nicht mehr bereit war, die autoritären Strukturen ihres Staates zu akzeptieren. „Und da waren die Schüler klüger, oder sie haben es gespürt."

Urteil 2: Direktor F.

Direktor F. beurteilt sein Handeln unter dem Gesichtspunkt der eigenen Austauschbarkeit: Vielleicht hätte jemand anders „die Prozesse genauso geführt". Der Direktor sieht sich als ein auswechselbares Rädchen im Gesamtsystem Volksbildung. Er beschreibt sich als Platzhalter, als Funktionär. Die Frage nach eigenen Handlungsspielräumen ist aus seiner Sicht bedeutungslos. Denn: Wenn er nicht mitgemacht hätte, hätte es „möglicherweise die gleiche Folge gehabt." Seine persönliche Verantwortung thematisiert er zunächst nicht (vgl. auch Dokument 19). Indem Direktor F. auf seinen Auftrag hinweist, „160 Schüler zum Abitur zu führen", deutet er statt dessen eine Verpflichtung den übrigen Schülern gegenüber an. Ist sein Verhalten aus dieser Perspektive gerechtfertigt gewesen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang seine Stellungnahme gegenüber dem Kreiskriminalamt Pankow (letzter Absatz des Urteils 2)?

Urteil 3: Klassenlehrer Andre M.

Klassenlehrer Andre M. hatte zunächst „ein gewisses Vertrauen zu seinen Vorgesetzten". Erst „im Zuge dieser ganzen Prozesse" hat er „irgendwie ein schlechtes Gewissen bekommen". Ist er ein Opfer seiner eigenen Naivität? Während er „langsam zweifelt", schwindet auch das Vertrauen seiner Schüler in ihn. Lernen Lehrer und Schüler - Georgia: „Und zu dem Zeitpunkt habe ich mir sehr viele Gedanken darüber gemacht" - gemeinsam? Klassenlehrerin Petra L. nach den Relegationen: „Dann weinte ich, und dann weinte ein Teil der Schüler, und wir waren uns in unserer Hilflosigkeit und Ohnmacht eigentlich so nahe auch, daß das eigentlich irgendwo schon wieder ein neuer Anfang war. Wir begannen dann ganz langsam darüber zu sprechen, was eigentlich passiert war. Und das hatte so ein bißchen den Effekt einer Gruppentherapie..." (Seite 92). " :

Urteil 4: Volksbildungsministerin Honecker

Die frühere Ministerin bekennt sich „voll zu der Verantwortung". Ob die Schulstrafen allerdings ihre Entscheidung gewesen sind, läßt sie offen (vgl. auch Dokument 57). Gleichzeitig möchte sie einen Schlußstrich ziehen, „das hier nicht noch einmal aufwärmen". Unklar bleibt auch, wozu sie sich eigentlich bekennt. Mit der scheinbar unbeholfenen Wendung „was damals war" vermeidet sie zunächst, die

Schulausschlüsse werten zu müssen. Waren die Strafen angemessen, gerecht, leider unvermeidlich, eine repressive Maßnahme oder gar ein Versehen? Die Feststellung, es habe „so viele Verstrickungen und Verzwickungen" gegeben, legt die Vermutung nahe, diese Frage könne im Nachhinein nicht mehr beantwortet werden.

„Die sind von anderen etwas mißbraucht worden." - Gemeint sind Oppositionelle in der DDR und westliche Medien. Denkmuster: Die bestraften Schülerinnen und Schüler hätten ihre Kritik nicht selbständig entwickelt. Sie seien von außen gesteuert worden. Können Sie diese Behauptung nachvollziehen? Welches Menschenbild verbirgt sich dahinter?

Zum Schluß wertet die Ministerin: Es sei niemand bestraft - gemeint ist: zu Unrecht bestraft - worden. Es sei eine „normale Schulorganisation" - also keine politische, sondern eine sachliche Entscheidung - gewesen. Um sich zu rechtfertigen, verweist sie auch auf die „anderen Eltern", die schließlich Ruhe und Lerndisziplin für ihre Kinder gefordert hätten.

„Der Sohn von Egon Krenz war auch an der Schule." - Der Sohn von Egon Krenz hatte den Artikel über die Situation in Polen (Dokument 8) mit nach Hause genommen, einen Gegenartikel verfaßt und anschließend eine Diskussionsveranstaltung zum Thema vorgeschlagen. Hat Egon Krenz, damals Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Sicherheit, Jugend und Sport, die Bestrafung der Schülerinnen und Schüler auf dem „Kurzen Dienstweg" über Volksbildungsministerin Margot Honecker veranlaßt (vgl. Seite 100)? Aus Margot Honeckers Feststellung „Ja, der hat sich auch damit auseinandergesetzt" darf der Schluß gezogen werden, daß Egon Krenz informiert war und sich eingeschaltet hat. Warum wüßte Margot Honecker sonst, daß sich sein Sohn „auch damit auseinandergesetzt" hat?

Urteil 5: Parteisekretärin

Die Parteisekretärin legt ein Schuldbekenntnis ab - anders als Bezirksschulinspektorin H., die ihre Handlungen rückblickend zwar nicht für richtig hält, sie aber im Einklang mit der damaligen „schulpolitischen Orientierung" sieht und, da sie die politische Linie für richtig hielt, zwar von einer „Verantwortung", nicht aber von persönlicher „Schuld" spricht.

Die Parteisekretärin meint, subjektiv „ehrlich", gleichzeitig aber zu „unkritisch" gewesen zu sein. Die Relegationen hätte sie von sich aus zwar nicht veranlaßt, und auch in der Parteiversammlung versuchte sie, eine eher vermittelnde Position einzunehmen, um die weitere Eskalation zu verhindern. Mitgemacht hat sie aber dennoch. Dafür nennt sie zwei Motive: Erstens sei sie überzeugt gewesen, daß die herrschende Partei, der sie angehörte, insgesamt die richtige Politik vertrat. Daher sei sie bereit gewesen, ihr auch in einem Fall zu folgen, in dem sie selbst eine abweichende Position hatte oder, genauer formuliert, hätte haben können, wenn - und das ist das zweite Motiv - die Parteidisziplin sie nicht von vornherein daran gehindert hätte, eine solche Position überhaupt zu entwickeln. Der Wunsch, „alles Gute zu machen für den damaligen Staat", führte zur Identifikation mit der diesen Staat repräsentierenden Partei. Die Parteidisziplin - der Punkt, „wo es irgendwie ‚Klick' macht" und die eigene Überzeugung freiwillig und bedingungslos den Beschlüssen eines Kollektivs untergeordnet wird - wirkte so in erster Linie über die Internalisierung der Parteinormen in das Gewissen des einzelnen.

Urteil 6: Schülerin Georgia
Urteil 7: Schüler Kai
Urteil 8: Schüler Benjamin

Georgia antwortet auf die Frage, ob sie in ihren Ansichten einen „Knacks" erlitten habe, „bis dahin" habe sie gar keine Meinung gehabt (vgl. dazu Christa Wolf: „Das haben wir nicht gelernt", Dokument 54). Erst „in dem Moment", in dem das Schulsystem auf ihre vermeintlich feindliche Einstellung reagierte, habe „dieses Ganze ganz offen" vor ihr gelegen. Sie beschreibt ihre eigene Politisierung. Benjamin und Kai dagegen sehen ihren Ausschluß aus der Schule als Folge ihrer politischen Auffassungen. Geändert habe sich ihre Lebensperspektive. Kai beantwortet auch die Frage, ob der Konflikt „zwischen dem Schulsystem und mir" anders hätte ausgehen können. Die Konfliktfähigkeit (= die Fähigkeit, Konflikte auszuhalten) des Schulsystems reichte nicht aus, ihn mit seinen abweichenden Auffassungen in dieses System zu integrieren: „Also mußte ich da irgendwie raus..."

Urteil 9: Staatssekretär Lorenz

Wie die frühere Ministerin Honecker übernimmt auch der damalige Staatssekretär Lorenz die „volle Verantwortung": für ein Vorgehen, das den gültigen Gesetzen entsprochen habe. Er habe nach Aktenlage

entschieden. Die Informationen, die er erhalten habe, seien aber unvollständig gewesen. Im übrigen habe sein Minister „die Entscheidungskompetenz" gehabt. Nachdem er sich auf diese Weise juristisch abgesichert hat, kann er zugeben, daß er die Entscheidung dennoch für richtig gehalten habe. Doppelzüngigkeit möchte er sich - ebenso wie Inspektorin H., aber im Gegensatz zu Direktor F. - nicht vorwerfen lassen. Das Selbstbild des Staatssekretärs, der mehr als ein Vierteljahrhundert im Amt war: „Ich habe meine Arbeit ehrlich gemacht."

Urteil 10: Bezirksschulinspektorin H.

Doppelzüngigkeit möchte sich Inspektorin H. nicht vorwerfen lassen: Sie sei von ihrer Entscheidung überzeugt gewesen. Sie beruft sich auf die Authentizität ihres Handelns: Eine andere Position habe sie nicht gehabt. Ihre Haltung ordnet sie - im sprachlichen Stil der politischen Klasse der DDR - in die „Orientierungen und Inhalte unserer schulpolitischen Orientierung" ein. Ihr „Vorgehen" sei eine „Auswirkung" des Bildungs- und Gesellschaftskonzepts der DDR gewesen - für dieses „Konzept" sei sie aber nicht verantwortlich.

Zu Dokument 54:

„Das haben wir nicht gelernt" *(Christa Wolf)*

Vergangenheitsbewältigung

Jede Zeit hat ihre Schlagwörter, eins der neueren heißt: „Vergangenheitsbewältigung", eine mißlungene Wortschöpfung. Denn man kann bewältigen, was vor einem liegt, die Vergangenheit aber liegt hinter uns, endgültig. Sie liegt fest. Sie ist so, wie sie ist, wir können, was geschehen ist, nicht ungeschehen machen. Aber wir können uns auf verschiedene Weise zum Vergangenen verhalten: vergessen oder erinnern, verdrängen oder besprechen.

Unsere Vergangenheit, die DDR-Vergangenheit, ist nun nicht mehr nur unsere Sache, sie ist eine gesamtdeutsche geworden. Das hat einen Vorteil. Es fällt uns deshalb zum Glück schwerer, sie einfach beiseite zu legen und zu verschweigen, bis eine Generation später unsere Kinder uns entsetzt oder gar mit Verachtung fragen: Was habt ihr damals getan und gedacht und gewußt? Das fragen uns heute schön unsere westlichen Mitbürger, und es ist gut, wenn wir ausführlich zu erzählen versuchen, wie es genau war.

Daß unsere Vergangenheit nun ein gesamtdeutsches Thema geworden ist, hat,aber auch einen Nachteil. Manche Westdeutsche werfen sich nämlich nun in die Brust und feiern ihre angebliche moralische Überlegenheit. Einer hat mir geschrieben: Was sind denn die DDR-Bürger? Enthemmte rechtsradikale Dorftrottel, Täter und Opfer zugleich. Das brauchen wir uns nicht bieten zu lassen. Die Zonengrenze hat definiert, wer DDR-Bürger wurde, und sonst nichts. Daß jenseits der Zonengrenze zufällig die besseren Menschen lebten, ist eine ganz absurde Behauptung. Die meisten Westdeutschen hätten sich unter unseren Verhältnissen nicht viel anders verhalten als wir. Das können wir denen ohne Umschweife sagen, die sich jetzt als Moralapostel aufspielen nach dem Motto: „Wir bewältigen euch mal eure Vergangenheit." Es ist ja zum Glück nicht die Mehrheit in der alten Bundesrepublik, die so selbstgerecht und pharisäisch denkt. (…)

Menschen sind selten Helden. Sie werden aneinander schuldig und vergiften sich dadurch die Zukunft. Wenn sie zurückfinden wollen zu einem freien Umgang miteinander, dann müssen sie die alten Sachen, die zwischen ihnen rumgeistern, bereinigen. Und dafür gibt es nur einen Weg: das Schuldbekenntnis und die Vergebung.

Es kostet einige Überwindung, zu jemandem hinzugehen und ihm zu sagen: „Ich bin es gewesen, der Sie damals angeschwärzt hat." Wenn er das sagt, liefert er sich ja dem anderen aus. Er ist abhängig von seiner Gnade. Er ist in dem Moment selbst in der Lage eines Opfers. Aber ohne einen solchen Bittgang kann es keine Vergebung, keine Bereinigung der alten Sachen geben. Andererseits: ein Schuldbekenntnis kann Wunder wirken. Es kann beim Opfer den Groll und Zorn über das Geschehene auslöschen. Wer sich durch ein Schuldbekenntnis von seinen Taten distanziert, darf darauf rechnen, sollte darauf rechnen können, daß der andere ihn von seinen Taten unterscheidet, und das eben ist Vergebung. Sicher ist es nicht, daß der andere vergibt, aber wer dieses Risiko scheut, der bleibt eben Gefangener seiner Vergangenheit, (…)

Ich wünsche den Tätern den Mut zum Schuldbekenntnis und den Opfern den Großmut der Vergebung. (…)

Und wenn die Täter gar nicht bereit sind, ihre Schuld zu bekennen, wenn sie sogar bestreiten, daß es für sie Schuld zu bekennen gibt, wenn sie behaupten, sie hätten doch im Glauben an eine gute Sache gehandelt und nur ihre Pflicht getan, wenn die Spitzel sagen: Spitzel gibt's doch überall, was dann? Niemand kann zu einem Schuldbekenntnis gezwungen werden. Wenn wir als freie Menschen miteinander umgehen wollen, müssen wir auch das Unvermögen oder die Unwilligkeit zum Schuldbekenntnis akzeptieren. Wir können denjenigen, die so reden, die sich so rausreden, zwar keine öffentlichen Ämter anvertrauen, denn offensichtlich sind sie nicht selbstkritisch genug für Vertrauensstellungen. Aber wir können sie auch nicht ächten und ausgrenzen.

Und wir müssen uns hüten vor der Selbstgerechtigkeit. Wir wissen doch, wie es in der DDR war. Wir haben nicht alle täglich gelitten. Jeder hat sich so oder so eingerichtet und teils leichten, teils schweren Herzens Kompromisse geschlossen, und jedenfalls hat jeder die Situation erlebt, daß er geschwiegen hat, wo er besser etwas gesagt hätte. Nun, da die Stasiherrschaft vorüber ist und wir uns auch freier eingestehen, was uns bedrückt hat, möchten viele die Täter benannt und bestraft sehen. Manche möchten vielleicht auch einen Prügelknaben oder Sündenbock haben, dem die Schuld ganz zugeschoben und aufgebürdet werden kann, von der wir, wenn wir ehrlich sind, wissen, daß wir irgendwo auch an ihr beteiligt sind.

Manche stellen sich den Neuanfang als eine große Säuberung vor. Vorsicht! Das Wort ist verräterisch. Stalin hat es gebraucht. Einen Neuanfang sollten wir allerdings machen, aber einen anderen. Wir sollten zueinander Vertrauen wagen, allerdings nicht die blinde Vertrauensseligkeit. Trau, schau wem. Wir sollten wagen, offen und ehrlich miteinander umzugehen, und auch denen, die das alte Regime getragen haben, zutrauen, daß sie dazulernen können, vielleicht nicht sofort, aber doch nach und nach. Wir sollten uns Zeit lassen. Es gibt ja auch so etwas wie eine ansteckende Gesundheit. Wir können doch jetzt offen miteinander sprechen. Wir sollten diese Möglichkeiten fair nutzen. Wir sollten offen und vorsichtig miteinander umgehen, wir sollten uns als Personen ernst nehmen.

aus: Richard Schröder, in: „Der Tagesspiegel", 1. November 1991 (Richard Schröder lehrt als Theologe Philosophie und war in der demokratisch gewählten Volkskammer der DDR Vorsitzender der SPD-Fraktion.)

Arbeitsanregung:

„Die meisten Westdeutschen", vermutet Richard Schröder, „hätten sich unter unseren Verhältnissen nicht viel anders verhalten als wir."

Ein Lehrer der Carl-von-Ossietzky-Schule meint: „Die Verantwortung des einzelnen darf man natürlich nicht beiseite wischen. Dennoch: Ich ärgere mich immer über Leute, die jetzt von drüben kommen und so

tun, als wenn sie, wenn sie hier gewesen wären, natürlich ganz anders gehandelt hätten. Mit ihnen hätte man das natürlich nicht machen können. - Gewiß: In einzelnen Fällen vielleicht. Aber ich glaube, auch 95% der Lehrer in Westdeutschland hätten sich.ähnlich verhalten, wenn sie unter ähnlichen oder denselben Umständen hätten handeln müssen." (aus: Interview A. Zühlke mit Lehrer Manfred W., Mai 1991)

Stimmen Sie dieser Behauptung zu?

Zu den Dokumenten 55, 56 und 57:

Strafanzeige, Beurteilung durch die Pankower Staatsanwaltschaft und Anzeigenprüfungsverfahren gegen Margot Honecker

Im Zeitraum November 1989 bis Mai 1990 untersuchte eine von der Stadtbezirksversammlung Berlin-Pankow eingesetzte öffentliche Untersuchungskommission die Vorgänge an der Ossietzky-Schule. Sie lud die ehemals Verantwortlichen vor und zog Akten des Bildungsministeriums und anderer beteiligter Stellen ein. Die Stadtbezirksversammlung bestand zu diesem Zeitpunkt noch aus den Abgeordneten der SED und ihrer Blockparteien. Nach Protest der betroffenen Schüler und ihrer Eltern wurden von diesen drei Personen ihres Vertrauens zusätzlich in die Kommission gewählt: Der Schriftsteller Stephan Hermlin, eine Lehrerin der POS „Wilhelm Pieck" und eine weitere Person. Hermlin sagte aber ab und wurde nur als Zeuge geladen.

Benjamins Vater erstattete nach Abschluß der Untersuchung namens der betroffenen Familien Strafanzeige. Der Vorsitzende der Untersuchungkommission wies ihn auf die Möglichkeit hin, einen gerichtlichen Tadel aussprechen zu lassen (= Vorstrafe). Benjamins Vater: „Und da dachte ich mir: *(lacht herzlich:)* Ein Tadel für die Funktionäre der Volksbildung - das wäre doch was!"

Die Strafanzeige richtet sich gegen die am Verfahren beteiligten Funktionäre des Ministeriums für Volksbildung, der SED und der FDJ sowie gegen unbekannt. Angezeigt werden nicht nur die institutionell beteiligten Personen, sondern auch eine als unbekannt bezeichnete Person, von der angenommen wird, daß sie die „Verleumdungskampagne" initiiert habe. Vergleichen Sie dazu Seite 100 und Dokument 53 (dort Urteil 4). Die Parteisekretärin wird nicht angezeigt. Die Lehrer werden als Opfer gesehen.

Moniert werden unter anderem Verstöße gegen die Artikel 27 und 38 Absatz IV der Verfassung der DDR. Vergleichen Sie dazu die Seiten 42 und 69. Die Verfassungsartikel werden dort zitiert und kommentiert.

Die inhaltliche Begründung der Strafanzeige bietet Ihnen noch einmal einen Überblick über die Ereignisse. Aus Sicht der betroffenen Schülerinnen und Schüler, in deren Namen die Anzeige gestellt wird, ist ihre Bestrafung „selbst nach der damaligen ‚politischen Orientierung'" rechtswidrig gewesen. Sie widersprechen damit Bezirksschulinspektorin H., die ihre Handlungen rückblickend zwar nicht für richtig hält, sie aber im Einklang mit der damaligen „schulpolitischen Orientierung" sieht (Dokument 53, Urteil 10). Wenn sie falsch gehandelt habe, so sei dies, urteilt H., kein individuelles Vergehen, sondern Ursache eines verkehrten Bildungs- und Gesellschaftskonzepts. Justiziabel wäre ihr Vorgehen aber nur dann, wenn der Nachweis einer individuellen Schuld gelänge. Diesen Nachweis zu erbringen, ist das Anliegen der Strafanzeige. So heißt es dort zum Beispiel: „Lehrer wurden bedrängt, ihre Schüler im Vorhinein dazu zu bestimmen, für den Ausschluß [aus der FDJ] zu votieren." Dieser Vorwurf richtet sich insbesondere gegen Bezirksschulinspektorin H. Vergleichen Sie dazu insbesondere Seite 87.

Arbeitsanregung:

1) Teilen Sie die Auffassungen des Pankower Staatsanwalts?

2) Halten Sie die justizielle (gerichtliche) Aufarbeitung für sinnvoll (im politischen, moralischen, evtl. strafrechtlichen Sinn)? Worin liegen ihre Möglichkeiten, wo sind ihre Grenzen? Beachten Sie: Gemäß rechtsstaatlichem Strafrecht sind rückwirkende Verurteilungen nach neuen Gesetzen problematisch. Zur rechtlichen Beurteilung können Sie nach herrschender Meinung ausschließlich die Gesetze der DDR heranziehen, sofern nicht supranationale Rechtssätze, auf die sich auch die Führung der DDR

berief (Menschenrechte, KSZE-Schlußakte von Helsinki), verletzt worden sind. Zweifelhaft ist, inwieweit eine juristische Aufarbeitung der Vergangenheit überhaupt sinnvoll ist. Sollte man sich auf die politische und moralische Klärung konzentrieren?

3) Nach dem Ende der DDR ist in der öffentlichen Diskussion wiederholt ein „Tribunal" zur Aufarbeitung der Geschichte des ostdeutschen Staates gefordert worden - ein Terminus, der später durch den Begriff „Forum" ersetzt wurde. Diesem Vorschlag wurden die Prinzipien des Rechtsstaats entgegengehalten. Die folgenden Ausschnitte können Ihnen helfen, die beiden Positionen (Pro und Contra) zu beurteilen.

Pro

Man darf sich unter diesem Terminus Tribunal, den man mal aus dem Verkehr ziehen muß, wenn man ein passenderes Wort gefunden hat, keine Aburteilungsvorgänge vorstellen, das wäre gespenstisch. Das darf keine Show-Veranstaltung werden, auch keine Orgie der Rechthaberei, so wenig wie eine Orgie des Selbstmitleids.

Das Stichwort Tribunal meint den Versuch, öffentliche, strengere Formen des Gesprächs zu finden über den elementaren Zusammenhang zwischen einem System und dem Verhalten der Menschen, die in unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten zum Funktionieren dieses Systems beigetragen haben. Ich denke, in dem Vorgang des strengen öffentlichen Gesprächs ist auch ein Angebot enthalten, allzu forsche, moralische Beurteilungen vom hohen Roß - sei es das hohe Roß des Opfers, sei es das ganz billige Urteil des westlichen Beobachters - zu relativieren und zu begreifen, daß es nur ganz wenige Heilige gegeben hat. Die DDR war ein Geflecht von Verhaltensweisen, das in dem Zwischenraum der beiden Extreme existierte. Dennoch gibt es die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern.

… Gegen Rachegefühle und Entlastungsverlangen, gegen Mythisierung und Dämonisierung des SED-Stasi-Regimes könnte ein solches Tribunal eine selbstkritische Analyse der Dialektik von Verhalten und Verhältnissen versuchen, die dieses System ermöglicht und stabilisiert hat, eine Untersuchung der DDR als ein System des alltäglichen, des leisen Terrors, das des Mittuns und des Mitschweigeps vieler bedurfte; es könnte politische und moralische Schuld da benennen, wo das Straf recht seine Grenzen hat.

Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD, in einem Interview der „tageszeitung" vom 26. November 1991 und in der Wochenzeitung „Die ZEIT" vom 6. September 1991.

Contra

Kein Zweifel, die justizielle Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur muß unbefriedigend bleiben, auch wenn sie die ersten Anlaufschwierigkeiten überwunden haben wird. (…)

Den Letzten erwischen die Richter - soll das die Praxis rechtsstaatlicher Justiz sein? Ganz abgesehen von der Frage, ob die westdeutsche Justiz nachträglich ihr Gesetz auf Taten in der DDR anwenden kann. Angesichts dieser immensen Schwierigkeiten erscheint der Vorschlag eines Tribunals geradezu als ein Patentrezept, zumal er eindrucksvolle Befürworter hat: Was das Gesetz nicht zu bereinigen vermag, wird an die Moral verwiesen. Doch stolpert man auf diesem Ausweg nur von einer Falle in die andere - wie sich, bei aller Sympathie für Personen und Motive, hoffentlich bald herausstellen wird. (…)

Es mag angesichts der offenkundigen Probleme der Vergangenheitsbewältigung unfair sein, diese Vorschläge scharf zu kritisieren. Aber muß es nicht von vornherein zu denken geben, daß man auf einen Staat, der eine durch und durch „politische" Justiz betrieben hatte, nun mit einem „politischen" Tribunal reagieren will? (…)

Doch der Kern des Problems steckt noch tiefer. Er liegt in einem Mißverständnis des Rechtsstaats. *Nullapoena sine lege,* keine Strafe ohne ein Gesetz - dies bedeutet nicht allein, daß der Staat nur im voraus und genau definierte Verfehlungen mit Strafe belegen darf. Es heißt in einem weiteren Sinne zugleich, daß der Staat seine Bürger in Ruhe zu lassen hat, wo nicht Gesetze anderes verfassungsgemäß bestimmen. Und es bedeutet erst recht: Wo nicht einmal der Staat etwas von seinen Bürgern verlangen kann, haben Dritte, haben zum Beispiel Tribunen erst recht nichts verloren. (…)

Es ist im übrigen ja nicht so, daß wir ohne Tribunal daran gehindert wären, die Wahrheit über das SED-Regime zu erfahren. Zeitgeschichtler und Journalisten stehen hier vor einer großen Aufgabe. Es fehlt auch nicht an den Möglichkeiten des moralischen Urteilens; dem öffentlichen Streit darüber sind geringe Grenzen gezogen. Aber dies werden immer nur partikuläre Beiträge zur Wahrheitsfindung und Meinungsbildung sein, wie dies in einer offenen bürgerlichen Gesellschaft nicht anders der Fall sein kann.

Robert Leicht in der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 11. Oktober 1991.

Methodische Hinweise zur Durchführung eines Tribunals/Forums:

Wenn Sie die Methode des „Tribunals" bzw. eines „Forums" zur abschließenden Auswertung des Konflikts einsetzen möchten, sollten Sie nach unseren Erfahrungen folgendes beachten:

Ein Tribunal sollten Sie nur in einer Gruppe durchführen, die sich kennt und deren Teilnehmer über eine gewisse Selbstdisziplin verfügen, denn es können im Verlauf des Tribunals Verhärtungen auftreten, die zu Aggressionen untereinander führen.

Möglicherweise wird das Tribunal inhaltlich keine neuen Aspekte erbringen. Es wird von Teilnehmern aber dennoch positiv bewertet, da es die Möglichkeit bietet, den Konflikt perspektivisch zu erleben. Es handelt sich um eine prozeßorientierte Lernzielkontrolle.

Entscheiden Sie zunächst, ob Sie das Tribunal zur Realzeit (also 1993 in der Bundesrepublik Deutschland) oder in zeitlicher Nähe zum Konflikt (also Frühjahr 1990-etwa parallel zur Pankower Untersuchungskommission) durchführen möchten. Die zweite Variante zwingt zur „DDR immanenten" Argumentation und ist nach unserer Erfahrung wesentlich anspruchsvoller.

Zunächst lesen die Rollenträger ihre Urteile vor (Dokument 53). Bilden Sie vier Gruppen:

1. Richter oder Moderatoren (jeweils ein Richter/Moderator für jede Gruppe)
2. Schüler
3. Lehrer
4. SED bzw. Administration außerhalb der Schule

Erfahrungsgemäß sind die Personen der Gruppe 4 (z.B. Staatssekretär Lorenz, Bezirksschulinspektorin H.) schwieriger zu vertreten, da die vorliegenden Materialien weniger Charakterisierungen bieten. Die Parteisekretärin muß entscheiden, ob sie sich der Lehrer- oder der SED-Gruppe zurechnet.

Die Richtergruppe bereitet die Veranstaltung vor. Geeignet sind Karten mit Arbeitsaufgaben. Beispiel:

Name und Funktion: Staatssekretär Lorenz

Leitfaden: Seiten …

Dokumentenband: Dokumente …

Arbeitsaufträge:

1. Was werfen Sie den anderen Teilnehmern als einzelner und als Gruppe vor?
2. Welche Vorwürfe können Sie sich gegen sich und Ihre Gruppe vorstellen?
3. Überlegen Sie sich eine Verteidigung für Ihre eigene Position.

Stillarbeitsphase: Bearbeitung der Fragen in Gruppenarbeit. Jede Gruppe wird durch einen spezialisierten Richter mit Hintergrundwissen betreut.

Zur Durchführung des Tribunals wird die Sitzordnung umgestaltet:

Richter
bzw.
Moderatoren

SED
Schulverwaltung

Schüler

Lehrer

Oder bilden Sie einen „Runden Tisch".

Zunächst trägt jede Gruppe ihre vorbereitete Anklage vor. Sie kann sich richten gegen

a) eine der beiden anderen Gruppen .

b) beide andere Gruppen

c) die eigene Gruppe

d) gegen „das System".

Im anschließenden Gespräch, das durch einen Vorsitzenden Richter moderiert wird, besteht die Möglichkeit der Reaktion und Verteidigung.

Das Tribunal/Forum kann unter mehreren Aspekten ausgewertet werden:
- Ist die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern möglich (sinnvoll)?
- In welchen konkreten Situationen hätten für jeden Beteiligten Handlungsalternativen bestanden (Zivilcourage)?
- Ist das Tribunal/Forum eine geeignete Form der Vergangenheitsaufarbeitung?

Zu den Dokumenten 58 und 59:

Zivilcourage

Die beiden Artikel erschienen im Februar und Juli 1990 in der „Kietz"-Zeitung,[8] einer Lokalzeitung mit geringer Auflage, die in einigen Stadtteilen Ost-Berlins erhältlich war.

Im ersten Artikel wird an einen Fall aus dem Jahr 1952 erinnert. Damals sei eine Kampagne gegen Schüler der Ossietzky-Oberschule geführt worden, weil sie sich geweigert hätten, an einer vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen. Tatsächlich findet sich unter der Überschrift „Stärkung der ideologischen Wachsamkeit - Mittelpunkt der Arbeit der neuen Kreisleitung in Pankow" im Juliheft 1952 der DDR-Zeitschrift „Neuer Weg" ein mehrseitiger Bericht über die Parteiarbeit im Berliner Stadtbezirk Pankow. Die Meldung aus der Schule ist in einem Absatz versteckt, die dem „ideologischen Kampf zur Überwindung der Reste des Pazifismus" gewidmet ist. (Die Schulstrafen dagegen, die im Herbst 1988 ausgesprochen wurden, fanden in der Presse der DDR nicht einmal in dieser Form Erwähnung. „Negative Meldungen" durfte es nicht geben.)

„Keine Zeit für Schießzirkel..."

Eine besondere Rolle spielt im Kreis Pankow der ideologische Kampf zur Überwindung der Reste des Pazifismus, der noch bei einigen Genossen und Mitgliedern der FDJ zu finden ist. Solche herrlichen Beispiele, wie die der Blankenfelder Bauern, die sich verpflichteten, die Arbeit der Traktoristen zu übernehmen, die sich zur Volkspolizei meldeten, oder das Beispiel des Instituts für Lehrerbildung in Pankow, wo durch eine gute Aufklärungsarbeit der an dieser Schule tätigen Parteiorganisation 50 Prozent der Studenten sich bereit erklärten, das Buch mit der Waffe zu vertauschen, wenn es der Schutz unserer demokratischen Ordnung verlangt, wurden von der Kreisleitung nicht genügend herausgestellt und im Rechenschaftsbericht nicht erwähnt. Auch wurde von der Kreisleitung zur Werbung für die Volkspolizei nur eine ungenügende Diskussion durchgeführt. Da dies fehlte, kam es zu solchen Erscheinungen, wie es der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung Pankow in seiner Diskussion schilderte: „... an der Ossietzky-Oberschule in Pankow erklärten drei Mitglieder der FDJ-Leitung: ,... wir haben keine Zeit für Schießzirkel, wir haben vom Staat den Auftrag zu lernen!'"

aus: „Neuer Weg" 14/1952, S. 7 (Kürzungen im Original).

Arbeitsanregungen:

1) Direktor F. habe „Zivilcourage" bewiesen, wird im ersten Artikel behauptet. Sind Sie auch dieser Ansicht? Was spricht für, was gegen eine solche Bewertung? Sein eigenes Urteil kennen Sie aus Dokument 53.

2) „Aber das Unrecht zu begrenzen, ein Fünkchen Menschlichkeit zu zeigen, das hätte auch Herrn F. nicht den Direktorensessel gekostet", heißt es dagegen im zweiten Artikel. Warum mußte er zur Relegation einen Appell in der Aula (Dokument 44), noch dazu in der geschilderten Form (vgl. Seite 91 f.), durchführen?

3) Hätten nicht auch die Lehrerinnen und Lehrer der Ossietzky-Schule die beschuldigten Schüler einmal direkt ansprechen, vielleicht auch Verständnis signalisieren können? Einige haben es versucht. Und die anderen? In den folgenden Interviewpassagen versuchen sie, ihr Verhalten zu erklären. Wie bewerten Sie die angeführten Gründe? Welche Motive können Sie nachvollziehen? Kennen Sie ähnliche Situationen? Wie hätten Sie sich verhalten?

8 „Kiez" ist die berlinische Bezeichnung für ein Wohnviertel.

„Es wuchs mir über den Kopf!"

Parteisekretärin: Wie hätte ich anders handeln sollen? Wie hätte ich anders reagieren sollen?

Wissen Sie, wir haben das ja schon durchgespielt und durchgesprochen - hinterher. Auch in der Parteileitung. Wenn wir jetzt versucht hätten… Auch Herr L. [Vater von Benjamin] sagte das zu mir: „Warum habt ihr denn kein offenes Wort geredet? Ihr hättet doch in mir einen Verbündeten gefunden." So in etwa sagte er das. Andere Genossen sagten dann so was Ähnliches. Bloß, wissen Sie: Wer sagt uns denn, daß wir wirklich Verbündete gehabt hätten?

Ich muß auch sagen: Das wuchs mir selber über den Kopf. Es wuchs mir einfach über den Kopf! Und außerdem bin ich auch nicht so ein Typ, der nun diese Zivilcourage aufbringt und jetzt gegen den Strom schwimmt.

„… mich da rauszuhalten, um selbst überleben zu können"

Lehrerin R.: Ich muß sagen: Ich war feige! Ich wollte gar nicht soviel wissen. Ich war nicht Klassenleiter zu der Zeit, ich hatte bei den meisten Schülern keinen Unterricht, ich kannte also die Schüler nicht. Und weil ich ja ständig in großen Schwierigkeiten mit mir selbst und meiner Umwelt gelebt habe, habe ich einfach - das sage ich ganz ehrlich - versucht, mich da rauszuhalten, um selbst überleben zu können.

Denn welche Alternative hätte ich denn gehabt mit 50 Jahren? Welche Alternative hätte ich denn gehabt? Vor zehn Jahren sollte ich ja schon mal die Schule verlassen - da hat nicht einer für mich ein Wort eingelegt.

Ich stand genau in der Situation, daß ich zu meinem Mann gesagt habe: „Sage ich jetzt was oder sage ich nichts?" Wenn ich was gesagt hätte, wäre ich gegangen worden irgendwann. Ich hatte einfach in dieser Situation nicht den Mut, ich war feige. Das muß ich so sagen. Und um überhaupt überleben und mich auch noch ansehen zu können im Spiegel, habe ich versucht, mir da gar nicht so viele Informationen noch auf den Tisch zu holen. Das muß ich ganz ehrlich sagen. Und ich glaube, so geht es sicherlich vielen.

„Wir wären genauso über die Klinge gesprungen."

Lehrerin S.: Aber es ist jetzt natürlich irgendwo absurd, nicht? Nach zwei Jahren sagen wir alle, jeder hat irgendwo denselben Gedanken gehabt. Wir haben - das waren drei oder vier Kollegen - wir haben gesagt: „So, was machen wir? Stehen wir auf?" Und wir wußten, wir vier wären genauso über die Klinge gesprungen. Aber vielleicht hätten wir, wenn wir sechs oder acht gewesen wären …

aus: Interview A. Zühlke mit dem Kollegium der EOS „Carl von Ossietzky", Februar 1991.

4) Wenn Sie Ihre Analyse vertiefen wollen, nehmen Sie den Text „Die Tugend der Zivilcourage" (Dokument 59) zu Hilfe! Vergleichen Sie die Begründungen individuellen Verhaltens, die Sie eben gelesen haben, mit diesem Text.

5) „Das gesellschaftliche Wertesystem, nach dem die überwiegende Mehrzahl der Menschen in der DDR bislang gelebt hat, ist untauglich geworden", meint die Autorin einer Studie, die im folgenden in einem kurzen Auszug dokumentiert wird. Fehlende Risikobereitschaft und mangelnder persönlicher Mut der ehemaligen DDR-Bürger könnten, befürchtet sie, den wirtschaftlichen Neubeginn in Ostdeutschland behindern. Teilen Sie diese Ansicht? Welche Erfahrungen machen Sie?

„Allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeiten" - in der freien Marktwirtschaft nicht gefragt

Kollision erlernter Verhaltensweisen mit den neuen Anforderungen

Ein Ziel der 40jährigen SED-Herrschaft bestand in der Herausbildung der „allseitig entwickelten, sozialistischen Persönlichkeiten". Was bei dieser letzten Endes gescheiterten Erziehungsdiktatur herauskam, ist jedoch dem rauhen Wind der freien Marktwirtschaft vielfach nicht gewachsen. Das gesellschaftliche Wertesystem, nach dem die überwiegende Mehrzahl der Menschen in der DDR bislang gelebt hat, ist untauglich geworden. Gewohnte Verhaltensweisen sind nicht mehr hilfreich, oft ist eher das Gegenteil der Fall. So erweist sich etwa die Art, wie man sich in der DDR gegen „die da oben" wehrte - indem man sich aus schwierigen Fragen heraushielt, abweichende Meinungen nicht kundtat, stillschweigend erduldete, was man eigentlich nicht akzeptieren konnte -, unter den veränderten Lebensbedingungen als unangemessen. Verhaltensweisen, die in der ehemaligen DDR nicht gefragt waren, unter den neuen Bedingungen aber wesentliche Voraussetzungen für das individuelle Vorwärtskommen sind, nämlich eigenständiges Handeln, können nicht über Nacht erlernt werden. (…)

Solche für den wirtschaftlichen Neubeginn in Ostdeutschland so wichtige Verhaltensweisen wie Risikobereitschaft oder persönlicher Mut sind zu DDR-Zeiten kaum gefordert worden. Wer sich dennoch engagierte, lief im Zweifel Gefahr, „zurückgepfiffen" oder im Kollektiv, wo es natürlich bequemer war, eine vergleichsweise niedrige Norm zu erfüllen, abgewertet zu werden. Weil höhere Leistungen im allgemeinen nicht entsprechend honoriert wurden, arbeitete jeder so viel, wie gerade notwendig war. (…)

In der DDR waren die Lebensläufe mehr oder weniger festgelegt, was das Leben zwar weniger spannungsvoll und selbstbestimmt, aber dafür weitgehend übersichtlich und berechenbar machte. Nun sind die Lebenswege ungewiß und unüberschaubar geworden. Das erzeugt Angst. Man möchte lieber abwarten, als möglicherweise etwas Falsches tun.

aus: Katharina Belwe, Psycho-soziale Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende im Herbst 1989, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn 1991 (Analysen und Berichte 1/1991), S. 16f.

Zu Dokument 60:

Politik und Erziehung: Ein Kommentar

Die „Umweltblätter" erschienen in monatlichen Abständen als „Innerkirchliche Information". Dies war eine - fast die einzige - Möglichkeit, die staatliche Zensur zu umgehen. Kirchliche Zeitungen, die in der Regel nur geringe Auflagen erreichten (100 bis 1000 Stück), wurden seit Mitte der achtziger Jahre von der politischen Führung zwar geduldet, einzelne Ausgaben aber immer wieder verboten. Seit Anfang 1988 entwickelte sich die kirchliche „Umweltbibliothek" im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg zu einem Sammelpunkt für oppositionelle Gruppen in der DDR. Das Titelbild „Solidarität mit den bestraften Schülern" ist die Kopie eines T-Shirt-Aufdrucks. Die T-Shirts wurden in Eigenarbeit hergestellt, in der Öffentlichkeit aber nicht getragen. Zu finden war das Emblem aber auch auf selbstgefertigten Aufklebern und Plaketten.

Der Kommentar „Politik und Erziehung", erschienen 1988 in der Dezember-Ausgabe der „Umweltblätter", reiht die „Schulaffäre an der Carl-von-Ossietzky-Oberschule" in eine Reihe weiterer staatlicher Maßnahmen ein. Einige Worterklärungen:

„Sputnik": Im November 1988 wird die deutsche Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik" in der DDR indirekt verboten. Der Grund: Der „Sputnik" gilt als Verfechter der sowjetischen „Perestroika". Offiziell wird die Zeitschrift auf Anweisung des DDR-Postministeriums lediglich aus dem Postzeitungsvertrieb (PZV) entfernt. Da Zeitungen und Zeitschriften in der DDR ausschließlich über den PZV zu erhalten sind, kommt dies jedoch de facto einem Verbot gleich.

„Perestroika", deutsch: „Umgestaltung", stand in den Jahren 1985 bis 1991 als Schlagwort für die Politik des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow. Ziel der Perestroika war zunächst die Effektivierung der sowjetischen Planwirtschaft, später auch die Demokratisierung der Gesellschaft. Die in der Verfassung festgeschriebene Führungsrolle der KPdSU, der kommunistischen Partei der Sowjetunion, wurde dabei zunächst nicht in Frage gestellt. Verzichtet wurde jedoch auf den „Export" der Russischen Revolution in andere Länder.

„Neues Deutschland": Das „ND" war als „Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" die auflagenstärkste Parteizeitung und zugleich die größte Tageszeitung in der DDR. Es erschien landesweit täglich in Millionenauflage und kostete 15 Pfennig pro Ausgabe.

Der Urheber des Sputnik-Verbots bei Petrus

- Ein Tagebuch -

19. November 1988: Man wird *oben* immer primitiver in der Feindschaft zur Perestroika und Glasnost, immer mißtrauischer zu unserem Volk. Die Situation wird immer gefährlicher, *oben* arbeitet man immer stärker auf einen Zusammenstoß mit *unten* hin. Unglaublich diese Verblendung! (…)

27. November 1988: Dies war die Woche des „Sputnik"-Verbots, der größten Dummheit unter Honecker. Die Bevölkerung, insbesondere die Parteimitglieder, offen empört. Wir hatten eine öffentliche Parteiversammlung, konstituierten uns für zehn Minuten in eine Gewerkschaftsversammlung und sandten ein Protestschreiben an [den Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes] Harry Tisch; darauf konstituierten wir uns in eine Parteiversammlung und beschlossen, den Brief an Harry Tisch auch an unseren Kreissekretär zu senden.

3. Dezember 1988: Ich hörte folgende Geschichte: Ein alter Genosse kommt in den Himmel und fragt gleich bei Petrus an, ob er, für den Fall, daß der Autor des „Sputnik"-Verbots in den Himmel kommen sollte, ihn in den Arsch treten dürfe. Darauf Petrus: „Aber natürlich. Hier ist die Liste, trage Dich ein."

aus: Jürgen Kuczynski, Schwierige Jahre - mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987-1989. Berlin (Ost) 1990, S. 122ff.

Nach zahlreichen Verhaftungen von Mitgliedern oppositioneller Gruppen und einzelner Maßnahmen wie dem Verbot sowjetischer Filme und der Zeitschrift „Sputnik" ist der „Fall Ossietzky-Schule" ein weiterer Anstoß für die oppositionellen Bürgerbewegungen in der DDR gewesen. Die Ausreisewelle von Menschen aus der DDR über die im Sommer 1989 nach Österreich geöffnete ungarische Grenze, der Machtverlust der Sowjetunion und die im Land selbst erstarkenden Bürgerbewegungen führen im Herbst 1989 zum Einsturz des politischen Systems der DDR.

Im November 1989 werden die Schulstrafen rückgängig gemacht. Die relegierten Schülerinnen und Schüler der EOS „Carl von Ossietzky" können ihre Ausbildung fortsetzen.

Was ist aus den Schülerinnen und Schülern geworden?

Kai, im Herbst 1988 aus der 11. Klasse relegiert, besuchte ab Anfang 1989 ein kirchliches Internat und machte dort Abitur.

Benjamin, im Herbst 1988 aus der 11. Klasse relegiert, besuchte ab November 1989 die Liszt-EOS in Berlin-Pankow und machte dort Abitur. Er studiert Physik in Berlin.

Georgia, im Herbst 1988 in die Humboldt-EOS in Berlin-Buch umgeschult, machte dort Abitur. Sie studiert Psychologie in Berlin.

Katja, im Herbst 1988 aus der 11. Klasse relegiert, besuchte ab Herbst 1989 zunächst die Abendschule, wechselte dann wieder zur Ossietzky-EOS und machte dort Abitur.

Shenja-Paul, im Herbst 1988 in die Planck-EOS umgeschult, machte dort Abitur. Anschließend leistete er 1 Jahr Zivildienst. (Noch unter der Regierung Modrow, die bis zu den ersten freien Wahlen im März 1990 amtierte, war die Möglichkeit eines einjährigen Zivildienstes geschaffen worden.)

Philipp, im Herbst 1988 aus der 11. Klasse relegiert, besuchte ab November 1989 wieder die Ossietzky-EOS und machte dort Abitur.

Arbeitsanregung:

Ihren Lernerfolg faßte eine Studentin aus den alten Bundesländern am Ende einer einsemestrigen Lehrveranstaltung zum Konflikt an der Ossietzky-Schule so zusammen: „Es ärgert mich auch irgendwie, daß jetzt alles weniger klar ist, als es vorher war." Wie hat sich Ihr Bild vom SED-Staat im Verlauf der Arbeit mit dieser Fallstudie verändert?

Abkürzungen

ABF	Arbeiter- und Bauernfakultät
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AHB	Außenhandelsbetrieb
APO	Abteilungsorganisation
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BZ	Berliner Zeitung
DDR	Deutsche Demokratische Republik
E.H.	Erich Honecker
EOS	Erweiterte Oberschule
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
Gen(n).	Genosse(in)
GO	Grundorganisation
GOL	Grundorganisationsleitung
HSI	Hauptschulinspektion
JW	Junge Welt
KL	Kreisleitung
KOL	Klassenorganisationsleitung
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
M.H.	Margot Honecker
NATO	Nordantlantisches Verteidigungsbündnis
ND	Neues Deutschland
NVA	Nationale Volksarmee
PAP	Polnische Presseagentur
PB	Politbüro
POS	Polytechnische Oberschule
PVAP	Vereinigte Polnische Arbeiterpartei
PZV	Postzeitungsvertrieb
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPO	Schulparteiorganisation
Stasi	(Ministerium für) Staatssicherheit
VD	Vertrauliche Dienstsache
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
VR	Volksrepublik
VuM	Verfügungen und Mitteilungen
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZI	Zentralinstitut
ZK	Zentralkomitee
ZR	Zentralrat

Literatur

Ändert, Reinhold/Wolfgang Herzberg, Der Sturz: Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1990.

Autorenkollektiv unter der Leitung von Eberhard Poppe, Grundrechte des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1980.

Belwe, Katharina, Psychp-soziale Befindlichkeit der Menschen in den neuen Bundesländern nach der Wende im Herbst 1989, hrsg. vom Gesamtdeutschen Institut, Bonn 1991 (Analysen und Berichte 1/1991).

Bernet, Wolfgang, Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR, in: Kritische Justiz 2/90, S. 153-161.

Böhme, Irene, Die da drüben - Sieben Kapitel DDR, Berlin (West) 1983.

Brunner, Georg, Einführung in das Recht der DDR, München 1979.

DDR-Handbuch. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln, 3., Überarb, und erweiterte Aufl. 1985.

Dörner, Andreas, Politische Sprache - Instrument und Institution der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17/91, S. 3-11.

Ebert, Theodor, Gewaltfreier Aufstand: Alternative zum Bürgerkrieg. Erg. Neuaufl., 3. Aufl. Waldkirch 1981.

Eckart, Gabriele, So sehe ick die Sache: Protokolle aus der DDR: Leben im Havelländischen Obstanbaugebiet, Köln 1984.

Fend, Helmut, Sozialgeschichte des Aufwachsens: Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1988.

Fischer, Bernd-Reiner und Norbert Schmidt, Das zweifache Scheitern der DDR-Schule, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37-38/1991, S. 27-36.

Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984.

Gill, David/Ulrich Schröter, Das Ministerium für Staatssicherheit: Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.

Glaeßner, Gert-Joachim, Der politische Prozeß in der DDR, in: Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 275), S. 509-531.

Glaeßner, Gert-Joachim, Der schwierige Weg zur Demokratie: Vom Ende der DDR zur Deutschen Einheit, Opladen 1991.

Grammes, Tilman/Agnes Tandler, Die Fallstudie (Case Study): Lernen politischer Urteilskompetenz am Beispiel des Volkszählungsgesetzes von 1983, in: Methoden in der politischen -Bildung - Handlungsorientierung, Bonn 1991 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 304), S. 213-247.

Grammes, Tilman/Ari Zühlke, Partizipation: Willensbildung im SED-Staat als Gegenstand des politischen Unterrichts, in: Adolf Noll und Lutz-R. Reuter (Hrsg.), Politische Bildung im vereinten Deutschland: Geschichte, Konzeptionen und Perspektiven, Leverkusen 1992, (im Erscheinen).

Grunenberg, Antonia, Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Hrsg. von Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann. Bonn 1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 275), S. 221-238.

Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat: Vom Versagen des real existierenden Sozialismus, Reinbek 1989.

Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-Februar 1989. Hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin (Ost) 1990.

Jann, W., Policy-orientierte Aus- und Fortbildung für den öffentlichen Dienst: Erfahrungen in den USA und Lehren für die Bundesrepublik Deutschland, Basel/Boston/ Stuttgart 1987.

Johnson, Uwe, Ingrid Babendererde (Reifeprüfung 1953), Frankfurt/M. 1987.

Kalkbrenner, Jörn, Urteil ohne Prozeß: Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler, Berlin (Ost) 1990.

Kant, Hermann, Die Aula, Leipzig 1966 und Frankfurt/M. 1968.

Klier, Freya, Lüg Vaterland: Erziehung in der DDR, München 1990.

Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR: Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989.

Kuczynski, Jürgen, Schwierige Jahre - mit einem besseren Ende? Tagebuchblätter 1987-1989, Berlin (Ost) 1990.

Kunze, Reiner, Die wunderbaren Jahre, Frankfurt/M. 1976.

Loest, Erich, Eine Falte, spinnwebfein, in ders.: Pistole mit sechzehn, Hamburg 1979.

Lüderssen, Klaus, Der Staat geht unter - das Unrecht bleibt? Regierungskriminalität in der ehemaligen DDR, Frankfurt/M. 1992.

Maaz, Hans-Joachim, Der Gefühlsstau: Ein Psychogramm der DDR, Berlin (West) 1990.

Merseburger, Peter, Grenzgänger: Innenansichten der anderen deutschen Republik, München 1988.

Meuschel, Sigrid, Legimitation und Parteiherrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt/M. 1992.

Riecker, Ariane/Anett Schwarz/Dirk Schneider, STASI intim: Gespräche mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern, Leipzig 1990.

Rottenburg, Richard, Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen: Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB, in: Zeitschrift für Soziologie 4/1991, S. 305-322.

Schabowski, Günter, Das Politbüro: Ende eines Mythos. Hrsg. von Frank Sieren und Ludwig Köhne, Reinbek bei Hamburg 1990.

Schröder, Richard, Die DDR einst - und jetzt?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41/92, S. 3-12.

Simon, Günter, Tisch-Zeiten: Aus den Notizen eines Chefredakteurs 1981 bis 1989, Berlin (Ost) 1990.

Sommer, Theo (Hrsg.), Reise ins andere Deutschland, Reinbek 1986.

Stojanov, Christo, Das „Immunsystem" des „real existierenden Sozialismus", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/91, S. 36-46.

Süß, Walter, Gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Organisationen in der DDR, in: Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 275), S. 152-164.

Wassermann, Rudolf, Kann man mit DDR-Richtern einen Rechtsstaat machen? in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/91, S. 51-60.

Wawrzyn, Lienhard, Der Blaue: Das Spitzelsystem der DDR, Berlin (West) 1991.

Weber, Hermann, DDR - Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover, 1991.

Wilkening, Christina, Staat im Staate: Auskünfte ehemaliger Stasi-Mitarbeiter, Berlin und Weimar 1990.

Winkler, Karl, Zur Klärung eines Sachverhalts, Berlin und Weimar 1990.

Wolf, Christa, Reden im Herbst, Berlin und Weimar 1990.